

1H7407F

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Der Weg der Partei



Theoretisches Organ der KPD/Marxisten-Leninisten

- **30 Jahre Volksrepublik China
— 30 Jahre Lüge und Betrug**

Zweimonatszeitschrift/Preis 3 DM

4'79

Der Weg der Partei

Theoretisches Organ der
KPD/ML Nr. 4/1979

Herausgeber: ZK der KPD/ ML
September 1979

Verlag Roter Morgen GmbH,
4600 Dortmund 30, Wellingho-
fer Str. 103, Tel.: 0231/433691
und 433692. Verantwortlicher
Redakteur: Ulrich Leicht, Dort-
mund. Druck: Alpha-Druck
GmbH, 4600 Dortmund. Erschei-
nungsweise zweimonatlich, Ein-
zelpreis 3,00 DM, Abonnement:
15,00 DM für sechs Ausgaben in-
klusive Porto. Bestellungen an:
Verlag Roter Morgen, Postfach
300526, 4600 Dortmund 30. Die
jeweilige Abonnementsgebühr
ist im voraus nach Erhalt der
Rechnung auf das Postscheck-
konto Dtmd. 79600-461 zu über-
weisen. Das Abonnement verlän-
gert sich jeweils um ein Jahr,
wenn es nicht einen Monat vor
Ablauf gekündigt wird.
ISBN 3-88196-310-3

INHALT

30 Jahre Volksrepublik China — 30 Jahre Lüge und Betrug	1
Die „Neue Demokratie“	2
Zur Politik der KP Chinas vor 1949 Die bolschewistische Partei — eine unerläßliche Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus	9
Die Entwicklung der Industrie von 1949 - 1957	16
Der Charakter des staatlichen Sektors der Industrie	20
Die Entwicklung in der Landwirtschaft (1949 - 1956)	24
Mao Tse-tung über den chinesischen „Sozialismus“	30
Die Volkskommunen und der „Große Sprung nach vorn“ (1958 - 1960)	36
Die Periode nach dem „Großen Sprung“ (1961 - 1965)	46
Die Kulturrevolution	51
Die Mobilisierung der Schüler und Studenten 53 / Die Liquidierung der Schüler- und Studentenbewegung durch die Armee 54 / Der Widerstand der Arbeiter gegen die Kultur- revolution 55 / Der IX. Parteitag 57 / Die sozialökonomische Konzeption der Kultur- revolution 59	
Die Entwicklung nach der Kultur- revolution	61
Anmerkungen	66

30 Jahre Volksrepublik China — 30 Jahre Lüge und Betrug

Im Oktober dieses Jahres jährt sich zum 30. Mal die Gründung der Volksrepublik China. Diese Gründung hatte den Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution über Imperialismus und Feudalismus besiegelt und stellte somit ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung dar. Die fortschrittlichen Menschen in aller Welt begrüßten diesen Sieg des chinesischen Volkes und glaubten, daß China nunmehr auf dem Weg zum Sozialismus wäre. Insbesondere nach der Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion und einer Reihe ehemals volksdemokratischer Länder blickten die Kommunisten und fortschrittlichen Menschen auf China, das gemeinsam mit Albanien dem Revisionismus die Stirn zu bieten schien.

Auch unsere Partei betrachtete China als „Bollwerk der Weltrevolution“. Die chinesische Propaganda tat alles, um derartige Ansichten zu nähren: Sie stellte die Mao-Tse-tung-Ideen in eine Reihe mit dem Marxismus-Leninismus, ja sie gab die Lehren Mao Tse-tungs als den „Marxismus-Leninismus der heutigen Epoche“ aus, den die Völker der ganzen Welt als ihre Richtschnur betrachten sollten.

Die chinesische Propaganda wurde nicht müde zu behaupten, China sei „das Zentrum der Weltrevolution“, ein „blühendes sozialistisches Land“ unter Führung der „großen, ruhmreichen und korrekten Kommunistischen Partei Chinas“.

Als nach dem Putsch der offen konterrevolutionären Deng-Hua-Clique offenkundig wurde, daß in China die Bourgeoisie herrschte, begann unsere Partei eine umfangreiche Diskussion über die Lehren und die Rolle Mao Tse-tungs und kam zunächst zu der Erkenntnis, daß Mao Tse-tung den Marxismus keineswegs weiterentwickelt, sondern in wichtigen Fragen verfälscht hat. Demgemäß wies der „Weg der Partei“ 4/78 anhand einiger Fragen nach, daß Mao Tse-tung kein Klassiker des Marxismus-Leninismus ist. Nach weiterer gründlicher Diskussion in der Partei stellte der IV. Parteitag fest, daß die Mao-Tse-tung-Ideen ihrem Wesen nach anti-marxistisch-leninistisch sind. Was die Entwicklung in China nach dem Sieg der bürgerlich-demokratischen Revolution betrifft,

kam der Parteitag zu folgender wissenschaftlich begründeter Feststellung, die wir im vorliegenden Artikel im einzelnen erläutern wollen:

„In der Praxis wurden in China insbesondere die allgemeingültigen Erfahrungen der Sowjetunion Lenins und Stalins beim Aufbau des Sozialismus entstellt, so das Leninsche Prinzip der Politik für die Kollektivierung der Landwirtschaft ‚Stützen auf die Dorfarmut, Bündnis mit den Mittelbauern, Kampf dem Kulakentum‘, das Prinzip des Primats der Produktion von Produktionsmitteln gegenüber der Produktion von Konsumtionsmitteln, das Prinzip des Aufbaus der Wirtschaft nach einem einheitlichen, zentralisierten Plan und das Prinzip der ständigen Festigung des staatlichen Sektors der Wirtschaft. Die Mao-Tse-tung-Ideen übernehmen in diesen Fragen stattdessen Positionen des Chruschtschow-Revisionismus und des Tito-Revisionismus. Die Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion Lenins und Stalins und in Albanien ebenso wie die negativen Erfahrungen der Entartung des Sozialismus in den revisionistischen Ländern haben bestätigt, daß der Sozialismus nur aufgebaut werden kann, wenn die Arbeiterklasse unter der ungeteilten Führung ihrer marxistisch-leninistischen Vorhutpartei in der gewaltsamen Revolution die proletarische Diktatur errichtet und ständig festigt und sich auf allen Gebieten, in Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Militärwesen vom Marxismus-Leninismus, von den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin leiten läßt und ihn prinzipienfest und schöpferisch auf die konkreten Bedingungen des Landes anwendet“ (1).

Da dies in China nicht der Fall ist, konnte der Sozialismus dort nicht aufgebaut werden. Wir werden im folgenden nachweisen, daß — im Gegensatz zu den hohlen Phrasen der Pekinger Propaganda — der Sozialismus und die Diktatur des Proletariats in China zu keinem Zeitpunkt geherrscht haben.

Zuvor wollen wir noch eine Anmerkung zu der Literatur machen, die wir in diesem Artikel verwendet haben.

Einerseits wurde umfangreiche chinesische Literatur herangezogen; diese zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie oftmals die wirklichen Vorgänge in China verschleiert und statt Fakten nur leere Formeln enthält. Schon aus diesem Grunde waren wir gezwungen, auch westliche und sowjetrevisionistische Literatur zu verwenden. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Westen ein Interesse daran hat, China einerseits als sozialistisch zu verkaufen und andererseits schlechtzumachen; die sowjetrevisionistische Literatur verfolgt das Ziel, sich selber als marxistisch-leninistisch auszugeben und China als Konkurrenten in ein schlechtes Licht zu stellen. Beiden kann man also nicht alle Behauptungen

über China ungeprüft abnehmen. Man kann jedoch unterscheiden, an welchen Stellen gewissenhaft Fakten wiedergegeben und untersucht werden und an welchen Stellen rein propagandistische Zwecke verfolgt werden. Zum anderen kann man untersuchen, welche Angaben verschiedener Stellen übereinstimmen und ob die Angaben in den allgemeinen Zusammenhang passen. Diese Methoden wurden bei der Verwertung westlicher und sowjetrevisionistischer Schriften angewendet.

Was die Mao-Schriften betrifft, die erst nach seinem Tod von der chinesischen Führung veröffentlicht wurden (zum Beispiel der Band 5 der Ausgewählten Werke), so halten wir sie für echt. Zum einen wird es sich die chinesische Führung kaum leisten können, sie zu fälschen, zumal es innerhalb dieser Führung offenbar gewisse Widersprüche gibt. Es scheint auch, daß die Auswahl der Schriften zum Beispiel in Band 5 einen Kompromiß darstellt — es sind durchaus Schriften mit „linkem“ Zungenschlag darin.

Zum anderen ist ja entsprechend diesen Schriften Politik gemacht worden, was sich nachweisen läßt. Aus diesen Gründen wäre die Annahme, Deng und Hua hätten diese Schriften in irgendwelchen finsternen Winkeln ausgebrütet, absurd und unseriös. So etwas kann sich ußerdem kein Staat der Welt leisten, ohne befürchten zu müssen, daß es aufgedeckt wird.

DIE „NEUE DEMOKRATIE“

Die Gründung der Volksrepublik China vor nunmehr 30 Jahren war das Ergebnis des jahrzehntelangen erbitterten Kampfes des chinesischen Volkes gegen ausländische Imperialisten, Feudalherren und die Kompradorenbourgeoisie. Ihrem Charakter nach war die chinesische Revolution eine antiimperialistische und antifeudale Revolution. Sie löste die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution.

Das mußte aber nicht heißen, daß nun die Errichtung der Diktatur der Bourgeoisie und der Aufbau des Kapitalismus unumgänglich waren. Genau wie in den volksdemokratischen Ländern Osteuropas, die sich durch den Kampf ihrer Völker und mit Hilfe der sozialistischen Sowjetunion von der Herrschaft des Hitlerfaschismus befreit hatten, bestand die Möglichkeit, von der bürgerlich-demokratischen zur proletarisch-sozialistischen Revolution hinüberzuwachsen.

Was waren die besonderen Bedingungen, die ein solches Vorgehen ermöglichten? Es waren dies 1. das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern unter Führung der Arbeiterklasse; 2. die führende Rolle der

kommunistischen Parteien im nationalen Befreiungskampf (es wird noch später die Rede davon sein, ob diese Bedingungen in China tatsächlich erfüllt waren) und 3. die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

Sollte diese Politik zum Erfolg führen, war aber an erster Stelle völlige Klarheit über den Charakter der Volksdemokratie notwendig. Auch der volksdemokratische Staat konnte nicht die Teilung der Herrschaft unter mehrere Klassen beinhalten. Diese Auffassung mußte unweigerlich zum Erstarken der Bourgeoisie und zum Sieg des Kapitalismus führen. Er mußte eine Form der Diktatur des Proletariats sein.

Diese Auffassung vertrat auch die KP Albanien, wenn sie betont: „Mit der Annahme der Verfassung war der Vorgang der politischen Organisierung der volksdemokratischen Ordnung als Staat der Diktatur des Proletariats vollendet“ (1).

Georgi Dimitroff sagte zu diesem Thema auf dem V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei: „Als Verkörperung der Herrschaft der Werktätigen unter Führung der Arbeiterklasse kann und muß das Regime der Volksdemokratie in der gegebenen historischen Situation, wie die Erfahrung bereits gezeigt hat, bei der Liquidierung der kapitalistischen Elemente und der Organisierung der sozialistischen Wirtschaft mit Erfolg die Funktionen der Diktatur des Proletariats ausüben“ (2).

Er nennt vier wichtige Besonderheiten der Volksdemokratie und des Staates der Volksdemokratie, von denen wir zwei hier anführen möchten:

„a) Der volksdemokratische Staat ist die Herrschaft der Werktätigen, der gewaltigen Mehrheit des Volkes, unter Führung der Arbeiterklasse. Das bedeutet erstens, daß die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer gestürzt und die Herrschaft der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse errichtet ist; die Arbeiterklasse als die fortgeschrittenste Klasse der modernen Gesellschaft spielt die führende Rolle im Staat und im öffentlichen Leben; zweitens, daß der Staat ein Werkzeug des Kampfes der Werktätigen gegen die Ausbeuterelemente ist, des Kampfes gegen alle Versuche und Tendenzen, die auf den Wiederaufbau des kapitalistischen Systems und der Herrschaft der Bourgeoisie gerichtet sind.

b) Der volksdemokratische Staat ist ein Staat der Übergangsperiode, er ist dazu berufen, die Entwicklung auf dem Weg zum Sozialismus zu sichern. Das bedeutet, daß die Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zwar gestürzt und das Vermögen dieser Klassen in Volkseigentum übergeführt ist, die wirtschaftlichen Wurzeln des Kapitalismus jedoch noch nicht liquidiert sind, daß kapitalistische Elemente noch vorhanden sind und sich entwickeln, bemüht, die kapitalistische Sklaverei wiederherzustellen. Deshalb ist ein Vorwärtsschreiten zum Sozialismus

nur möglich, wenn ein unversöhnlicher Klassenkampf gegen die kapitalistischen Elemente bis zu deren völliger Liquidierung geführt wird. Nur wenn der volksdemokratische Staat unentwegt auf dem Wege zum Sozialismus vorwärtsschreitet, kann er sich festigen und seine historische Berufung erfüllen. Würde die Volksdemokratie aufhören, die kapitalistischen Elemente niederzuhalten und zu verdrängen, dann würden diese unweigerlich die Oberhand gewinnen und nicht nur die Grundlage der Volksdemokratie untergraben, sondern sie zum Untergang bringen“ (3).

Diesen Auffassungen haben sich Mao Tse-tung und die Führung der KP Chinas von vornherein widersetzt. Betrachtet man die in den „Ausgewählten Werken“, Band 1 bis 4 enthaltenen Schriften und Reden Mao Tse-tungs, dann fällt einem auf, daß eines seiner Lieblingsthemen darin bestand, zu betonen, daß die „bürgerlich-demokratische Revolution“ in China „lange andauern wird“ (4). Es ist keineswegs nur ein Unterschied in Worten, wenn Mao Tse-tung nicht von der Volksdemokratie spricht, sondern stattdessen sein Programm der „Neuen Demokratie“ entwickelt. Er unterteilt die bestehenden Staatssysteme ihrem Klassencharakter nach in drei Typen:

„1. unter der Diktatur der Bourgeoisie stehende Republiken; 2. unter der Diktatur des Proletariats stehende Republiken; 3. unter der gemeinsamen Diktatur mehrerer revolutionärer Klassen stehende Republiken“ (5).

Damit leugnet er den Klassencharakter des Staates. Die Klassen, die sich zur „demokratischen Diktatur des Volkes“ zusammenschließen sollen, sind nach seiner Auffassung die Arbeiterklasse, die Bauern, das städtische Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie. Mao beschränkte diese Staatsform keineswegs auf den gemeinsamen Kampf gegen die japanischen Imperialisten.

So betont er zum Beispiel in seiner Schrift „Über die Koalitionsregierung“: „Nur über die Demokratie kann man zum Sozialismus gelangen — das ist ein unerschütterliches Gesetz des Marxismus. Und in China wird der Kampf für die Demokratie noch lange dauern. Eine sozialistische Gesellschaft auf den Trümmern der kolonialen, halbkolonialen und halbfeudalen Ordnung aufbauen zu wollen (...), das wäre nichts als eine vollkommene Utopie“ (6).

Mao bekämpfte entschieden die marxistisch-leninistische Lehre, wonach die demokratische und die sozialistische Etappe als zusammenhängender Prozeß zu betrachten und zu behandeln sind. Mao zufolge „müssen die Revolutionen in allen kolonialen und halbkolonialen Ländern (...) eine dritte Staatsform wählen“, nämlich weder die Diktatur der Bourgeoisie noch die Diktatur des Proletariats, wobei er betont,

daß diese dritte Staatsform für eine ganze „Geschichtsperiode“ bestehen soll (7).

Auch am 30. Juni 1949 erklärte er noch: „Der nationalen Bourgeoisie kommt im gegenwärtigen Stadium sehr große Bedeutung zu.“ Daher „müssen wir uns mit der nationalen Bourgeoisie für einen gemeinsamen Kampf zusammenschließen“ (8).

Aufgabe der neudemokratischen Ordnung sollte es sein, China von den Fesseln der ausländischen und feudalen Unterdrückung zu befreien, unter anderem auch deswegen, damit die privatkapitalistische Wirtschaft frei entwickelt werden kann. Das „gesamte, auf anständige Weise erworbene Privateigentum“ sollte geschützt werden (9).

Mao Tse-tung schrieb der nationalen Bourgeoisie eine sehr große Rolle beim Aufbau der Volkswirtschaft zu: „Auf der anderen Seite garantiert man einen rechtmäßigen Gewinn aus der vernünftigen Bewirtschaftung staatlicher, privater und genossenschaftlicher Unternehmen. Das alles soll bewirken, daß sich sowohl der staatliche als auch der private Sektor und sowohl Arbeit als auch Kapital gemeinsam um die Entwicklung der Industrieproduktion bemühen“ (10).

Zwar sollte die freie Entwicklung des Kapitalismus durch die schon von Sun Yat-sen geforderte Politik der „Regulierung des Kapitals“ eingeschränkt werden. Man sieht aber deutlich, daß dieses Programm weit über eventuell notwendige taktische Zugeständnisse gegenüber der nationalen Bourgeoisie hinausgeht. Mao propagiert die Interessengleichheit von Arbeiterklasse und Kapital. Der Klassenwiderspruch hat für ihn keinen antagonistischen Charakter mehr. So soll sich dann der Übergang zum Sozialismus auch nicht durch den unversöhnlichen Klassenkampf vollziehen, sondern durch die Ummodelung und Erziehung der Bourgeoisie: „Es verbleibt die nationale Bourgeoisie; in der gegenwärtigen Phase kann an vielen unter ihren Angehörigen schon ein gutes Stück entsprechender Erziehungsarbeit geleistet werden. Wenn der Zeitpunkt kommt, den Sozialismus zu verwirklichen, also die Privatunternehmungen zu verstaatlichen, werden wir einen Schritt weiter zu ihrer Erziehung und Ummodelung gehen. In den Händen des Volkes befindet sich ein starker Staatsapparat, und man braucht eine Rebellion der nationalen Bourgeoisie nicht zu fürchten“ (11).

Diese Politik gegenüber der nationalen Bourgeoisie, die Mao mit den Besonderheiten der chinesischen Wirtschaft und der chinesischen Revolution begründete, unterschied das Konzept der „Neuen Demokratie“ deutlich von der marxistisch-leninistischen Auffassung von der Volksdemokratie. Dieser Unterschied war der chinesischen Parteiführung auch durchaus bewußt. Auch in der 1951 verfaßten Schrift „30 Jahre —

Geschichte der KP Chinas“ heißt es: „Die Volksrepublik China läßt auf der gegenwärtigen historischen Stufe die nationale Bourgeoisie noch bestehen. Darin liegt der Unterschied zwischen der Volksdemokratie in China und den Volksdemokratien im Osten Europas“ (12).

Die Theorie von der „Neuen Demokratie“ ist die Theorie eines dritten Weges zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats.

Diese Auffassungen blieben keine reine Theorie, sondern bestimmten die Politik der Volksrepublik China. Im „Allgemeinen Programm“ sind sie in verfassungsmäßiger Form festgehalten: „Das grundlegende Prinzip für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in der Volksrepublik China ist die Entfaltung der Produktion und das Streben nach einer blühenden Wirtschaft durch eine Politik der Beachtung sowohl öffentlicher als auch privater Interessen, eine Politik, die sowohl der Arbeiterschaft als auch dem Kapital Nutzen bringt (...)“ (13).

Bereits bei der Entwicklung seiner Theorie von der „Neuen Demokratie“ hat Mao die Beteiligung der nationalen Bourgeoisie an der politischen Macht gefordert. Aber auch nach 1949 trat er für die Politik der Klassenzusammenarbeit und die Beteiligung der Kapitalisten an Wirtschaft und Staat ein. So schrieb er 1953:

„Manche Kapitalisten halten große Distanz zum Staat und haben ihre Profitgier immer noch nicht aufgegeben. Manche Arbeiter gehen zu rasch vor und wollen es den Kapitalisten überhaupt nicht mehr erlauben, Profite zu machen. Wir müssen die einen wie die anderen erziehen und ihnen helfen, sich allmählich (aber möglichst schnell) den politischen Richtlinien des Staates anzupassen, die besagen, daß Chinas Privatindustrie und Privathandel hauptseitig der Volkswirtschaft sowie der Lebenshaltung des Volkes dienen und nebenseitig den Kapitalisten zu Profiten verhelfen sollen und so auf den Weg des Staatskapitalismus zu führen sind. (...) Es ist notwendig, die Erziehung der Kapitalisten im Sinne des Patriotismus fortzusetzen. Zu diesem Zweck sollte man systematisch eine Anzahl weitblickender Kapitalisten, die bereit sind, sich der Kommunistischen Partei und der Volksregierung anzunähern, heranziehen, um durch sie die Mehrheit der Kapitalisten zu überzeugen“ (14).

Im folgenden ist dann die Rede davon, daß die „Kapitalisten freiwillig mitmachen“ müssen, denn es handele sich um „ein Werk der Zusammenarbeit, und Zusammenarbeit duldet keinen Zwang.“

Es ist offensichtlich, daß diese Politik der Zusammenarbeit nicht auf den Sieg über die Kapitalisten berechnet war. Kapitalisten wie Arbeiter will man gleichermaßen „erziehen“, damit sich beide den „politischen Richtlinien des Staates anpassen“! Fragt sich, was das eigentlich für ein Staat ist.

1957, als nach Maos Meinung die sozialistische Ordnung schon im wesentlichen geschaffen war, sagte er in seiner Rede „Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk“: „Der Widerspruch zwischen der nationalen Bourgeoisie und der Arbeiterklasse, ein Widerspruch zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, ist an und für sich antagonistisch. Aber unter den konkreten Bedingungen unseres Landes kann dieser antagonistische Klassenwiderspruch, wenn er richtig behandelt wird, in einen nichtantagonistischen umgewandelt werden und auf friedlichem Wege gelöst werden“ (15).

Die Mittel dafür sind „Koexistenz auf lange Sicht und gegenseitige Kontrolle“ (16). Die Bourgeoisie soll nicht liquidiert, sondern umerzogen werden, der Klassenkampf findet nur noch in der ideologischen Sphäre statt.

Noch 1962, als in China angeblich schon vollständig sozialistische Produktionsverhältnisse bestanden, erklärte Mao: „Arbeiter, Bauern, Angehörige des städtischen Kleinbürgertums, patriotische Intellektuelle, **patriotische Kapitalisten** und andere patriotische Demokraten machen 95 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Sie alle gehören unter unserer demokratischen Diktatur des Volkes zur Kategorie des Volkes. Und innerhalb des Volkes muß Demokratie praktiziert werden.

Die demokratische Diktatur des Volkes unterdrückt die Grundherren, Großbauern, Konterrevolutionäre, die üblen Elemente und antikommunistischen Rechten“ (17, Hervorhebung von uns).

Die Teilung der Herrschaft mit der Bourgeoisie, die Mao zunächst nur für die Übergangsphase empfahl, rettet er also in den Sozialismus hinüber. Es muß nur eine kleine Schönheitskorrektur vorgenommen werden: Die „demokratische Diktatur des Volkes“ wird kurzerhand zur Diktatur des Proletariats erklärt, was Mao vor 1949 noch abgelehnt hatte. „Demokratie innerhalb des Volkes und Diktatur über die Feinde des Volkes — diese beiden Seiten sind untrennbar miteinander verbunden, und die Verbindung dieser beiden Seiten, das ist die Diktatur des Proletariats, oder, anders gesagt, die demokratische Diktatur des Volkes“ (18).

Mit anderen Worten: Die Bourgeoisie ist an der Diktatur des Proletariats beteiligt und genießt weiterhin alle demokratischen Rechte, sich zu entwickeln. Das ist eine absurde, antimarxistische Vorstellung, die Theorie vom friedlichen Hineinwachsen der Bourgeoisie in den Sozialismus.

Ausgehend von dieser Staatstheorie ist es logisch, daß die nationale Bourgeoisie in der sozialistischen Revolution nicht unterdrückt, sondern nur umerzogen werden soll, weil sie ja angeblich keine feindliche

Klasse ist.

Lenin und Stalin dagegen sprachen immer nur von der Umerziehung der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums in der Revolution, nie aber von der Ummodelung der Bourgeoisie. Hier ist eine Umerziehung nicht möglich, bestenfalls eine Neutralisierung bzw. Gewinnung einzelner Elemente aus der nationalen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie als Klasse strebt, solange sie existiert, danach, den Kapitalismus und ihre Herrschaft zu erhalten bzw. zu restaurieren.

Aus all dem ist ersichtlich, daß die Bildung des gemischt staatlich-privaten Sektors keineswegs eine Taktik der „Übergangsperiode zum Sozialismus“ war. Die Führung der KP Chinas hat sich vielmehr mit der nationalen Bourgeoisie arrangiert und ihr nicht nur den ökonomischen Einfluß gelassen, sondern sie auch an der politischen Macht beteiligt.

ZUR POLITIK DER KP CHINAS VOR 1949

DIE BOLSCHEWISTISCHE PARTEI — EINE UNERLÄBLICHE VORAUSSETZUNG FÜR DEN SIEG DES SOZIALISMUS

Der dreißigjährige Leidensweg des chinesischen Volkes, der so lange andauern wird, bis das Proletariat in China sein Machtwort spricht, war, wie bereits gesagt, kein unvermeidbares Schicksal. Wenn in einem unterentwickelten Land die bürgerlich-demokratische Revolution gesiegt hat, dann ist die Entwicklung des Kapitalismus nicht zwangsläufig; vielmehr kann und muß das Proletariat in einer zweiten Etappe die Revolution zum Sozialismus weiterführen, wobei diese beiden Etappen der Revolution, die demokratische und die sozialistische, einen zusammenhängenden revolutionären Prozeß bilden.

Voraussetzung dafür ist, daß das Proletariat während dieser ganzen Entwicklung eine marxistisch-leninistische Vorhutpartei besitzt, die bei allen notwendigen taktischen Zugeständnissen und Kompromissen die langfristigen Interessen des Proletariats konsequent und hartnäckig verfolgt. Somit stellt sich die Frage, warum die KP Chinas diese Aufgabe nicht erfüllt hat.

Es ist schwierig, eine zuverlässige Darstellung der Entwicklung der KP Chinas in der Zeit vor 1949 zu geben, denn die offiziellen chinesischen Quellen sind völlig unbrauchbar und stellen nichts weiter als eine hemmungslose Fälschung der Parteigeschichte zum Zweck der Glorifizierung Mao Tse-tungs dar.

Trotzdem sind genügend Tatsachen bekannt, die den Schluß nahelegen, daß die KP Chinas niemals die wirklich bolschewistische

Vorhutpartei der chinesischen Arbeiterklasse gewesen ist, als die sie sich darstellt.

Gerade in einem so stark kleinbürgerlich geprägten Land wie China muß die kommunistische Partei besonders darauf achten, nicht im kleinbürgerlichen Milieu zu versinken, sondern sich auf die Arbeiterklasse zu konzentrieren. Sicherlich war es nötig, der Arbeit unter den Bauern als wichtigstem Bündnispartner des Proletariats größte Aufmerksamkeit zu schenken; dies ändert jedoch nichts daran, daß die kommunistische Partei eines Landes mit einem zahlenmäßig geringen Proletariat ganz besonders auf die Reinhaltung ihrer proletarischen Ideologie und auf die klassenmäßige Zusammensetzung ihrer Reihen achten muß, damit das Proletariat seine führende Rolle in der Revolution verwirklichen kann. Die Geschichte der KP Chinas zeigt jedoch, daß es gerade in der grundlegenden Frage der Hegemonie des Proletariats immer wieder Abweichungen gegeben hat, bis es schließlich Mao Tse-tung gelang, in der Partei eine Linie durchzusetzen, die die führende Rolle des Proletariats leugnet.

Die Gründung der KP Chinas im Jahre 1921 erfolgte unter dem Einfluß der stark anwachsenden Klassenkämpfe des Jahres 1919 sowie auch unter dem Einfluß der russischen Oktoberrevolution und dem Aufbau des ersten sozialistischen Staates der Welt in der Sowjetunion. Beim Gründungsparteitag zählte die Partei rund 50 Mitglieder, in erster Linie kleinbürgerliche Intellektuelle. So verzichtete das auf dem II. Parteitag 1922 verabschiedete Programm darauf, die Führung der Arbeiterklasse in der demokratischen Revolution zu fordern. Die Arbeiter und Bauern wurden lediglich aufgefordert, an der demokratischen Revolution teilzunehmen und für ihre Rechte zu kämpfen (1).

Das bedeutete faktisch, die Führung der Bourgeoisie zu überlassen. Dieser Punkt war keineswegs ein Versehen, sondern entsprach den Ansichten einiger Parteiführer. Das sollte sich in den Jahren 1924 bis 1927 noch bitter rächen. Mit Rücksicht auf die Kräfte der Großgrundbesitzer und des Bürgertums innerhalb der Kuomintang traten sie gegen die selbständigen Kämpfe der Arbeiter und Bauern auf. Diese Haltung wurde von Stalin aufs schärfste kritisiert (2).

Allerdings konnten die politischen, ideologischen und organisatorischen Schwächen der noch jungen Partei nicht bedeuten, daß sie sich nicht zu einer wirklich bolschewistischen Partei hätte entwickeln können. Sie war bereits 1922 der Kommunistischen Internationale (KI) beigetreten und kämpfte unter deren Führung. Die KI ließ ihr alle mögliche Hilfe zukommen, kritisierte Fehler und war ständig um die Bolschewisierung der KP Chinas bemüht.

Von 1926 bis 1927 wuchs die Zahl der Parteimitglieder von 900 auf 57 900 an (3). Auch die soziale Zusammensetzung wurde beträchtlich verbessert. Nach einer sowjetrevisionistischen Quelle waren zu diesem Zeitpunkt 58 Prozent der Parteimitglieder Arbeiter (4).

Stalin hatte allerdings bereits 1926 einige Punkte in der Politik der KP Chinas kritisiert und sie vor folgenschweren Fehleinschätzungen gewarnt (5). Er wies auf die ernste Gefahr hin, daß sich die ausländischen Imperialisten der konterrevolutionären Kräfte in China bedienen würden, um eine Intervention gegen die Revolution durchzuführen. Stalin wandte sich gegen die Unterschätzung der Arbeit in der revolutionären Armee und gegen die Unterschätzung des Proletariats. Er stellte fest, daß die Revolution ohne die Führung durch die Arbeiterklasse scheitern mußte.

Diese Kritik und weitere konkrete Anweisungen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale konnten sich jedoch in der KP Chinas nicht durchsetzen. So traf sie der konterrevolutionäre Putsch Tschiang Kai-scheks weitgehend unvorbereitet. Zehntausende Kommunisten und andere Revolutionäre wurden ermordet.

Laut Mao überlebten nur 10 000 Kommunisten diesen weißen Terror (6). In den folgenden Jahren wurde die Parteiorganisation in den Städten praktisch zerschlagen und die Partei zog sich immer mehr in die ländlichen Gebiete zurück. Ihre soziale Zusammensetzung verschlechterte sich dadurch rapide.

Die Kommunistische Internationale wies mehrmals darauf hin, daß aufgrund des Fehlens jeglicher spürbarer Arbeit in der Arbeiterklasse für die KP Chinas die konkrete Gefahr bestand, ihre proletarische Basis zu verlieren. Ein Beispiel dafür ist der Mitgliederstand der Gewerkschaften, die unter Führung der KP Chinas standen. Waren in ihnen 1927 noch 2,8 Millionen Arbeiter organisiert, so sank die Zahl bis 1930 auf 60 000.

Der 5. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale stellte fest, daß die roten Gewerkschaften in China nur schwach in den Betrieben verankert waren. Die meisten Streiks wurden ohne ihre Beteiligung organisiert und geführt.

1929 mußte das ZK der KP Chinas feststellen, daß sich der Großteil der Zellen in den Städten im Zustand der Auflösung befand. Die meisten Arbeiter konnten die Partei nicht mehr finden und fielen aus der Organisation heraus. Das Zentralkomitee stellte fest, daß zu diesem Zeitpunkt höchstens noch 4 000 Arbeiter unter den Parteimitgliedern waren.

1931 sagte Thälmann zu den „Abweichungen in der chinesischen Frage“: „...wurde unsere chinesische Bruderpartei dazu verleitet, ihre ganze Massenkraft fast ausschließlich auf den Bereich der Sowjets, die nur in ländlichen Gebieten sind, zu konzentrieren und die großen und

wichtigsten Industriebetriebe, die unter dem Imperialismus und unter der Tschiang-Kai-schek-Regierung schmachten, zu vernachlässigen“ (7).

Es war insbesondere Mao Tse-tung, der die Orientierung der chinesischen Partei auf das Proletariat stets bekämpft hat und ihr seine These „Das Dorf muß die Stadt einkreisen“ entgegengehalten hat. 1927 schrieb Mao unter der Überschrift „Die Vorhut der Revolution“:

„Die Führung durch die armen Bauern ist eine absolute Notwendigkeit. Ohne die armen Bauern gäbe es keine Revolution. (...) Was die allgemeine Richtung der Revolution betrifft, haben sie nie Fehler begangen“ (8).

Das ist nicht die Sprache eines Kommunisten, denn für einen Kommunisten ist die einzige Klasse, die als Klasse „nie Fehler begeht“, das Proletariat; für einen Kommunisten ist deshalb die Führung durch die Arbeiterklasse „eine absolute Notwendigkeit“.

Ab 1937 hielt sich die gesamte Führung der KP Chinas und ein großer Teil der Parteimitglieder für über zehn Jahre in Yenan, einem bäuerlichen Gebiet in Nordchina, auf. Dies war zunächst durch militärische Notwendigkeiten erzwungen worden und brachte die KP Chinas in eine schwierige Lage, da die Verbindung zum chinesischen Proletariat dadurch naturgemäß äußerst erschwert wurde. Diese Bedingungen gaben Mao die Gelegenheit, die Abwendung der Partei von der Arbeiterklasse mit allen Kräften voranzutreiben. 1940 äußerte er in seiner Schrift „Über die Neue Demokratie“:

„...daß die chinesische Revolution ihrem Wesen nach eine Bauernrevolution ist und daß der gegenwärtige Widerstand gegen die japanische Aggression seinem Wesen nach ein antijapanischer Widerstand der Bauernschaft ist. Die Politik der Neuen Demokratie bedeutet ihrem Wesen nach, daß man den Bauern zur Macht verhilft. Die neuen, die echten Drei Volksprinzipien sind ihrem Wesen nach Prinzipien einer Bauernrevolution. Kultur der Massen bedeutet dem Wesen der Sache nach die Hebung des Kulturniveaus der Bauern. Der Widerstandskrieg gegen Japan ist seinem Wesen nach ein Bauernkrieg. Wir leben jetzt in einer Zeit der ‚Theorie-des-In-die-Berge-Gehens‘, und alles — die Versammlungen, die verschiedene Arbeit, der Unterricht, die Herausgabe von Zeitungen, das Verfassen von Büchern, die Veranstaltung von Theateraufführungen — spielt sich in den Bergen ab, geschieht dem Wesen der Sache nach für die Bauern. Und alles, was für den Widerstandskrieg und für das Leben benötigt wird, geben uns dem Wesen der Sache nach die Bauern“ (9).

Mao Tse-tung machte also aus der Not eine Tugend und erklärte es für ganz normal, daß die kommunistische Partei ihre Arbeit im Proletariat

so gut wie einstellte. Es dürfte kaum eine Übertreibung sein, wenn eine sowjetrevisionistische Quelle zu berichten weiß, daß infolge der Politik Mao Tse-tungs der Anteil der Arbeiter in der Partei von ca. 58 Prozent im Jahre 1927 auf ca. 3 Prozent im Jahre 1949 sank (10).

Zur Rechtfertigung seiner Politik erklärte Mao 1944. „Der VI. Parteitag hatte auch Mängel; beispielsweise hat er weder auf den überaus langwierigen Charakter der Revolution in China noch auf die außerordentliche Wichtigkeit der ländlichen Stützpunktgebiete für die chinesische Revolution hingewiesen“ (11).

Auf diese Weise hat Mao alles getan, um zu verhindern, daß sich die KP Chinas zu einer wirklich bolschewistischen Partei der chinesischen Arbeiterklasse entwickelte.

Da diese Politik Maos im scharfen Widerspruch zu den Lehren des Marxismus-Leninismus und den Richtlinien der Kommunistischen Internationale stand, war Mao stets bemüht, die „chinesischen Besonderheiten“ hervorzuheben, denen man Rechnung tragen müsse. In diesem Zusammenhang ist die bekannte Kampagne gegen „Dogmatismus“ und „Parteischematismus“ zu sehen, womit Mao die allgemeingültigen Lehren des Marxismus-Leninismus meinte. Ihm zufolge sollten an die Stelle dieser „ausländischen Schemata (...) der frische, lebhaft-chinesische Stil und die frische, lebhaft-chinesische Manier treten“ (12). Somit wird auch verständlich, was die chinesischen Revisionisten mit den „falschen Ratschlägen“ Stalins meinten, die dieser in der internationalen kommunistischen Bewegung angeblich gegeben hat (13).

Sie werfen Stalin vor, daß er konsequent von den Klasseninteressen des Proletariats ausgegangen ist, anstatt die „besonderen chinesischen Verhältnisse zu berücksichtigen“.

Sicher, Mao spricht auch bisweilen von der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Ebenso aber hebt er ein anderes Mal wieder die führende Rolle der Bauern oder der studierenden Jugend hervor. Wie hätte er sich auch als Marxist ausgeben können, wenn er offen die Hegemonie des Proletariats geleugnet hätte? Solche Aussagen waren aber ohne praktische Bedeutung für die Politik der KP Chinas.

So wurde zwar im revolutionären Bürgerkrieg bis 1949 in weiten Gebieten die Bodenreform durchgeführt, ein konkretes Programm für die soziale Befreiung der Arbeiterklasse gab es aber immer noch nicht.

Auch in seiner Schrift „Über die Neue Demokratie“ hat Mao keine Anstrengungen in dieser Richtung erkennen lassen. Immerhin erwähnt er die Arbeiterklasse 1945 in seinem Artikel „Über die Koalitionsregierung“ im konkreten Programm in einem Punkt unter insgesamt 39: „...die Lebensbedingungen der Arbeiter verbessern, die Arbeitslosen

unterstützen und den Arbeitern helfen, sich zu organisieren, um die Entwicklung der industriellen Produktion zu fördern“ (14).

Es scheint also, daß Mao und der KP Chinas die nationale Bourgeoisie weit mehr am Herzen gelegen hat. In seinen Reden und Schriften betont er immer wieder, daß „wir (...) jeden nationalen Kapitalisten in Schutz“ nehmen (15). Offensichtlich wollte Mao die Kapitalisten insbesondere vor den Arbeitern in Schutz nehmen. 1948 erklärte er:

„Man muß verhüten, daß die auf dem Lande im Kampf gegen die Grundherren und Großbauern sowie zur Beseitigung der feudalen Kräfte durchgeführten Maßnahmen fälschlicherweise in den Städten angewendet werden. Ein strenger Unterschied muß gemacht werden zwischen der von den Grundherren und Großbauern praktizierten feudalen Ausbeutung, die abgeschafft werden muß, und den von den Grundherren und Großbauern betriebenen Industrie- und Handelsunternehmungen, die geschützt werden müssen. Ebenso muß man streng unterscheiden zwischen dem richtigen Kurs auf die Entwicklung der Produktion, auf das Aufblühen der Wirtschaft, auf die Berücksichtigung sowohl der staatlichen wie auch der privaten Interessen und auf den beiderseitigen Nutzen für Arbeit und Kapital einerseits und der einseitigen und engstirnigen Unterstützungspolitik — eine Politik der sogenannten Förderung des materiellen Wohls der Arbeiter —, die in Wirklichkeit Industrie und Handel ruiniert und die Sache der Volkswirtschaft schädigt, andererseits. Unter den Genossen, die in den Gewerkschaften arbeiten, und unter den Massen der Arbeiter muß eine Aufklärungstätigkeit entfaltet werden, damit sie einsehen, daß man keinesfalls nur die einseitigen Interessen des unmittelbaren materiellen Wohls sehen und dabei die langfristigen Interessen der Arbeiterklasse vergessen darf“ (16).

Wir wollen hier nicht bestreiten, daß die Arbeiterklasse in der Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution in bestimmten Situationen taktische Rücksichten gegenüber Teilen der Bourgeoisie nehmen muß. Diesem Umstand hat die Kommunistische Internationale auch Rechnung getragen; in einem von Stalin zitierten Komintern-Dokument von 1926 heißt es:

„Es gilt, besonders danach zu streben, daß sich der Kampf in den Städten gegen die Schichten der Großbourgeoisie und vor allem gegen die Imperialisten richtet, damit die chinesische Klein- und Mittelbourgeoisie nach Möglichkeit im Rahmen der Einheitsfront gegen den gemeinsamen Feind bleibt“ (17).

Maos Vorstellungen gehen aber weit über solche Rücksichtnahmen hinaus. Das Komintern-Dokument hebt vor allem hervor, daß die Kommunisten bestrebt sein müssen, dem Kampf der Arbeiter „für die

Verbesserung der materiellen und rechtlichen Lage (...) einen organisierten Charakter zu verleihen“ (18). Mao hingegen diffamiert den Kampf der Arbeiter für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen als „einseitig“ und „engstirnig“.

Diese Politik wurde auch in Zukunft fortgesetzt, wie wir noch sehen werden. Der „Große Sprung“ war für viele Menschen mit einer unglaublichen Ausdehnung des Arbeitstages und einer rapiden Verschlechterung der Lebensbedingungen verbunden. In der Kulturrevolution wurde der Kampf der Arbeiter für materielle Verbesserungen offiziell als „Eigensucht“ und „konterrevolutionärer Ökonomismus“ beschimpft.

Das ist nicht die Sprache einer Arbeiterpartei. Mao hatte die Abkehr vom Proletariat mit vollem Erfolg betrieben. Wie bereits erwähnt, hatte sich das auch in der sozialen Zusammensetzung der Partei widergespiegelt, in der die Arbeiterklasse nur eine kleine Minderheit darstellte. 1949 erklärte Mao, daß man nun den Schwerpunkt der Arbeit von dem Land auf die Stadt verlagern und sich dort in verstärktem Maße auf die Arbeiter stützen müsse.

Dadurch änderte sich die soziale Zusammensetzung der Partei folgendermaßen: 1956 zur Zeit des VIII. Parteitages waren von 10,5 Millionen Parteimitgliedern 14 Prozent aus der Arbeiterklasse, 69,1 Prozent aus der Bauernschaft, 11,2 Prozent aus der Intelligenz und 5,2 Prozent aus „den übrigen sozialen Schichten“ (19).

Wenn man bedenkt, daß die KP Chinas zu diesem Zeitpunkt bereits sieben Jahre lang die führende Partei im ganzen Land war, blieb der Anteil der Arbeiter doch sehr gering. Die Dokumente des IX. und des X. Parteitages geben keine Auskunft über die soziale Zusammensetzung, was ja auch nicht für eine durchgreifende Verbesserung spricht.

Der IX. Parteitag wirft aber noch von einer anderen Seite ein äußerst bezeichnendes Licht auf die Ansichten der chinesischen Parteiführung. Die dort vorgenommenen Änderungen des Statuts widersprechen den grundlegenden marxistisch-leninistischen Organisationsprinzipien. Lehnte sich das auf dem VIII. Parteitag verabschiedete Statut noch weitestgehend seinem Wortlaut nach an den anderer kommunistischer Parteien an, so wurden 1969 auch hier die „besonderen chinesischen Verhältnisse“ berücksichtigt: Der Abschnitt über die Rechte der Parteimitglieder wurde gleich ganz gestrichen. Von dem Recht zu wählen und gewählt zu werden, ist auch im restlichen Text nicht die Rede. Stattdessen werden „die leitenden Organe aller Ebenen (...) durch demokratische Konsultation gewählt“ (20).

Dieses Vorgehen ist bezeichnend für die chinesische Parteiführung. Wie Mao hin und wieder von der führenden Rolle der Arbeiterklasse

sprach, um sich als Marxist-Leninist zu tarnen, sie in Wirklichkeit aber aufs entschiedenste bekämpfte, wird der demokratische Zentralismus als Organisationsprinzip der Partei im Munde geführt und gleichzeitig die Rechte der Mitglieder ersatzlos gestrichen.

Die Kommunistische Partei Chinas war nie eine bolschewistische Partei, die bestehenden Möglichkeiten, es zu werden, wurden von der kleinbürgerlichen Führung unter Mao Tsetung endgültig zunichte gemacht. Ein grundlegendes Prinzip wie die Führung der Arbeiterklasse in der Partei und in der Revolution wurde von ihr nie anerkannt und konnte sich in keiner Phase der Parteientwicklung durchsetzen. Statt auf die Arbeiterklasse stützte sie sich vor allen Dingen auf die Bauernschaft und auf die nationale Bourgeoisie.

Als 1949 in China der Imperialismus und Feudalismus besiegt wurden, bestand die Möglichkeit, von der bürgerlich-demokratischen Etappe der Revolution zur sozialistischen überzugehen. Bereits 1926 hatte Stalin darauf hingewiesen, daß eine der Besonderheiten der chinesischen Revolution in der Schwäche der nationalen Großbourgeoisie liegt und dadurch die Führung durch das Proletariat leichter zu erreichen wäre als in Rußland in der Periode von 1905.

Hinzu kam, daß der Imperialismus durch den zweiten Weltkrieg geschwächt war und ein großes sozialistisches Lager entstanden war, auf dessen Hilfe das chinesische Proletariat zählen konnte.

Aber die chinesische Arbeiterklasse besaß keinen revolutionären Kampfstab, keine mit der Waffe des Marxismus-Leninismus ausgerüstete Vorhutpartei. Sie besaß keine Führung, die sie durch alle Windungen und Wendungen des Klassenkampfes hindurch auf ihr Ziel orientieren konnte: die Zerschlagung der Bourgeoisie und den Aufbau des Sozialismus.

So konnten die unzweifelhaften Erfolge der ersten Jahre der Volksrepublik China wieder zunichte gemacht werden und der Kapitalismus noch einmal den Sieg davontragen.

DIE ENTWICKLUNG DER INDUSTRIE VON 1949 BIS 1957

Entsprechend dem Programm der „Neuen Demokratie“ wurden folgende Bereiche der Industrie enteignet: Die Betriebe der ausländischen Imperialisten, der Kompradorenbourgeoisie und das „bürokratische“ Kapital. Hierunter verstand man das Kapital, welches bereits unter der Kuomintang-Regierung verstaatlicht war, darunter auch die japanischen Industriebetriebe der Mandschurei. Der hieraus entstandene staatliche Sektor umfaßte 1949 34,7 Prozent (1) der gesamten Industrieproduktion,

1950 waren es bereits 45,3 Prozent. Damit befanden sich allerdings die wichtigsten Bereiche der Produktion in staatlicher Hand. Es waren dies der größte Teil der Schwerindustrie, so zum Beispiel fast die gesamte Roheisen- und Stahlproduktion (2).

Das Kapital der nationalen Bourgeoisie wurde nicht enteignet und bildete den privatkapitalistischen Sektor der Industrie. Dieser Sektor lieferte 1949 55,8 Prozent der gesamten Industrieproduktion und 1950 immerhin noch 36,9 Prozent.

Außerdem gab es noch den gemischt staatlich-privaten Sektor der Industrie. Er bestand zunächst aus Unternehmen der nationalen Bourgeoisie, von denen sich Aktienanteile in den Händen von Kuomintang-Bürokraten und Kriegsverbrechern befunden hatten und enteignet wurden. Dieser Sektor umfaßte 1949 insgesamt 9,5 Prozent der Industrieproduktion und 1950 17,8 Prozent.

Wie sollte nun die sozialistische Umgestaltung der privatkapitalistischen Industrie vor sich gehen? Sie sollte durch die Erweiterung des staatlich-privaten Sektors, der auch als staatskapitalistisch bezeichnet wurde, erfolgen.

Der Staat versuchte, durch verschiedene Maßnahmen auf die privaten Betriebe Einfluß auszuüben. So schloß er zum Beispiel mit Mühlen, Textilfabriken und anderen Betrieben Warenlieferungsverträge ab. Diese Betriebe bekamen vom Staat Rohmaterial zur Weiterverarbeitung geliefert. Der Staat nahm die Endprodukte zu Festpreisen wieder ab. Die Kapitalisten erhielten dabei einen „10-, 20-, oder 30-prozentigen Gewinn“ (3). So konzentrierte der Staat größere Warenmengen in seinen Händen und konnte seinen Marktanteil, besonders im Großhandel, erweitern.

In den Jahren 1953 bis 1956 wuchs der staatlich-private Sektor sehr schnell an. Das wurde durch staatliche Investitionen erreicht. Mit diesen Mitteln wurden die privaten Betriebe ausgebaut, steigerten sie die Produktion und wurden konkurrenzfähiger. Der Staat wurde Teilhaber.

Diese Methode war äußerst attraktiv für die Kapitalisten, denn die Profite wuchsen beträchtlich an. Sie erhielten vom gesamten Gewinn einen Anteil, der ihrem Anteil am Betriebskapital entsprach.

Ende 1954 umfaßte der staatlich-private Sektor 1700 Betriebe, in denen mehr als 500 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren. Der gesamte Produktionswert betrug mehr als 5 Milliarden Yuan, ein Drittel des gesamten nicht rein staatlichen Sektors (4).

1956 wurden dann gesamte Branchen in staatlich-private Betriebe umgewandelt. Von nun an erhielten die Kapitalisten einen Festzins von fünf Prozent auf ihre Anteile. Am Ende des Jahres gehörten praktisch alle pri-

vaten Unternehmen zu diesem Sektor, der nun 32,5 Prozent der gesamten Industrieproduktion lieferte (5). Wie ist nun diese Politik zu beurteilen? Wenn die Revolution in einem unterentwickelten Land siegt, kann es durchaus notwendig sein, der Bourgeoisie gewisse taktische Zugeständnisse zu machen — schon allein deshalb, weil man die Mitarbeit der bürgerlichen Spezialisten benötigt, solange man selbst keine entsprechenden Kader zur Verfügung hat. Sogar in Rußland mußten nach dem Sieg der Revolution dem Kapitalismus eine Zeitlang taktische Zugeständnisse gemacht werden, nämlich in der Zeit der „Neuen Ökonomischen Politik“ (NÖP). Das kann auch in einem Land wie China mit einer halbfeudalen und halbkolonialen Wirtschaft der Fall sein, wo vor der Revolution die Industrie nur zehn Prozent der gesamten Volkswirtschaft ausmachte und das Industrieproletariat nur 4 Millionen zählte, damit ein knappes Prozent der Bevölkerung umfaßte.

Wenn eine kommunistische Partei aber der Bourgeoisie taktische Zugeständnisse macht, muß sie die langfristigen Interessen des Proletariats im Auge behalten, die darin bestehen, letztendlich die gesamte Bourgeoisie zu beseitigen. Taktische Zugeständnisse müssen dazu dienen, diese Offensive vorzubereiten. So schreibt Stalin über die NÖP:

„Die NÖP ist eine besondere Politik des proletarischen Staates, berechnet auf die Zulassung des Kapitalismus, wobei sich die Kommandohöhen in den Händen des proletarischen Staates befinden, berechnet auf den Kampf zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen Elementen, berechnet auf die wachsende Rolle der sozialistischen Elemente zum Nachteil der kapitalistischen Elemente, berechnet auf den Sieg der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen Elemente, berechnet auf die Abschaffung der Klassen, auf den Aufbau des Fundaments der sozialistischen Ökonomik. Wer diese Übergangsatur, diese zwiespältige Natur der NÖP nicht begreift, der wendet sich vom Leninismus ab“ (6).

Daß sich die Kommandohöhen in den Händen des proletarischen Staates befinden, ist die Grundvoraussetzung für die sozialistische Umgestaltung. In China konnte jedoch keine Rede davon sein.

Was das weitere Schicksal der gemischt staatlich-privaten Betriebe betrifft, gibt es in der chinesischen Literatur kaum Hinweise. Der Sektor, der 1956 noch fast ein Drittel der gesamten Industrieproduktion lieferte, verschwindet dann völlig nach 1957 aus den offiziellen Statistiken. In der Peking-Rundschau 52/77 wird auf Seite 12 allerdings gesagt:

„Nach Beratungen mit den Kapitalisten legte der Staat einen Festzins von fünf Prozent auf ihre Anteile in den gemeinsamen Unternehmen für sieben Jahre fest. Nach diesen sieben Jahren sollte alles weitere

entsprechend den neuen Gegebenheiten entschieden werden. Nach den sieben Jahren wurden die Zahlungen noch um weitere drei Jahre verlängert. 1966, nach dem Beginn der großen Kulturrevolution, war die Frist für die Zahlungen abgelaufen.“

Durch diese Formulierung wird der Eindruck erweckt, als seien die Zahlungen 1966 eingestellt worden; es deutet aber vieles darauf hin, daß dies nicht so ist. In der Kulturrevolution war zwar viel vom „Kampf gegen die Bourgeoisie“ die Rede, doch waren damit immer nur die Gegner Maos in der Parteispitze gemeint. Die Bourgeoisie als Klasse wurde so gut wie gar nicht angegriffen. Aber selbst wenn die Zahlungen formal eingestellt worden sein sollten, so heißt das nicht, daß die Bourgeoisie ihren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einfluß verloren hat.

Sehen wir, wie die „sozialistische Umgestaltung“ vor sich ging: „Zu dieser Zeit lud der Vorsitzende Mao einige Repräsentanten der Bourgeoisie zu einer Beratung ein. Er sagte zu ihnen, sie sollten sich Klarheit über die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung verschaffen. Der Kapitalismus werde unvermeidlich in den Sozialismus übergehen, das sei eine objektive Gesetzmäßigkeit. Sie sollten ihr Geschick in die eigenen Hände nehmen und sich der lichten Zukunft zuwenden. Sie sollten sich entschließen, die Umgestaltung zu akzeptieren, dies bedeute ihre lichte Zukunft. Der Vorsitzende Mao wies darauf hin, daß die Partei und der Staat die Industriellen und Geschäftsleute, die dies akzeptieren würden, politisch und bezüglich ihrer Posten angemessen behandeln und weiterhin die Politik des Aufkaufs verfolgen würden. Er ermutigte sie, sich zu bemühen, aus Ausbeutern Werktätige zu werden, die sich durch eigener Hände Arbeit ernähren“ (7).

Die „lichte Zukunft“ sah dann zunächst so aus: Außer dem Festzins wies der Staat „ihnen eine Arbeitsstelle zu und zahlte ihnen weiter ihre früheren hohen Gehälter“ (8). Diese Arbeitsstelle war dann in der Regel der Posten eines Direktors im eigenen oder einem anderen Betrieb. Sie dirigierte nun nicht nur das eigene Kapital, sondern das um die staatlichen Investitionen vermehrte (9). Außerdem bekamen sie im Laufe der folgenden zehn Jahre in Form des Festzinses 50 Prozent ihres Kapitals ausbezahlt. Es gibt einen weiteren Umstand, der die Vermutung nahelegt, daß es sich bei dem forcierten Ausbau des staatlich-privaten Sektors eher um eine großzügige Förderung des Privatkapitals handelte. Sollte diese Methode wahrhaftig eine Übergangsform zum Sozialismus sein, wäre auf jeden Fall eine strikte staatliche Kontrolle über die gesamte Volkswirtschaft notwendig gewesen. Indessen wurde genau das Gegenteil angestrebt. 1956 war gerade das Jahr, in dem Mao Tsetung seine Rede „Über die zehn großen Beziehungen“ hielt, worin er eine Dezentralisie-

rung der Wirtschaft forderte:

„...ist gegenwärtig darauf zu achten, die Befugnisse der lokalen Ebenen etwas zu erweitern, ihre Selbständigkeit zu erhöhen und ihnen einen größeren Handlungsspielraum zu geben... Wir dürfen nicht dem Beispiel der Sowjetunion folgen und alles in den Händen der Zentralbehörden konzentrieren, die lokalen Organe fesseln und ihnen jedes Recht auf Bewegungsfreiheit nehmen“ (10).

Wie sich die von Mao eingeleitete Dezentralisierung auf die Wirtschaft auswirkte, ist der folgenden Tabelle zu entnehmen: (11)

**Zentral und dezentral geleitete Betriebe 1957 - 1958 (in Prozent der Brutto-
produktion der Industriebetriebe)**

	1957	1958
zentral geleitete Betriebe	46 Prozent	1958
dezentral geleitete Betriebe	54 Prozent	73 Prozent

Wenn Maos Rede „Über die zehn großen Beziehungen“ auch sehr schön klingende Worte über die „Dialektik von zentraler Leitung und lokaler Initiative“ enthält, kann das doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Dezentralisierung unter den Verhältnissen dieser Jahre unbedingt den Einfluß der Bourgeoisie auf die Wirtschaft verstärken mußte.

So nimmt auch in diesen Jahren die zentrale Planung der wirtschaftlichen Entwicklung ein jähes Ende. Der zweite Fünfjahrplan (1958 - 1962) ging im Chaos des „Großen Sprungs“ unter. Der dritte Fünfjahrplan (1966 - 1970) und die sich anschließenden vierten und fünften enthalten erst gar keine konkreten Zahlenangaben. Als der stellvertretende Ministerpräsident Yü Tji-lu am 23. Oktober 1977 vor dem ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses über die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft berichtete, machte er sich erst gar nicht die Mühe, seine Angaben auf festgelegte Planziffern zu beziehen. Das gleiche war aber auch schon 1975 bei Tschou En-Lais Bericht an den Nationalen Volkskongreß der Fall.

DER CHARAKTER DES STAATLICHEN SEKTORS DER INDUSTRIE

Es war bisher nur von dem Sektor der Industrie die Rede, in dem die Bourgeoisie unmittelbaren Einfluß hatte. Es stellt sich nun aber die Frage nach dem Charakter des staatlichen Sektors. Denn allein aus der staat-

lichen Eigentumsform folgt keineswegs zwangsläufig der sozialistische Charakter dieses Sektors. Das sieht man etwa am Beispiel der heutigen Sowjetunion und der anderen revisionistischen Staaten. Auch in China war ja bekanntlich schon ein großer Teil der Industrie unter der Herrschaft der Kuomintang verstaatlicht worden.

Eine sozialistische Wirtschaft zeichnet sich dadurch aus, daß nicht mehr die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus gelten, sondern die des Sozialismus. Nicht mehr der Profit ist das leitende Prinzip, sondern „Sicherung der maximalen Befriedigung der ständig wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft durch ununterbrochenes Wachstum und stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion auf der Basis der höchstentwickelten Technik“ (1).

Für den Charakter des staatlichen Sektors ist es alleine entscheidend, welche Klasse die Macht hat. Ist es die Arbeiterklasse, die sich auf ein Bündnis mit den Bauern und dem städtischen Kleinbürgertum stützt, dient er der maximalen Befriedigung der Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft und hat sozialistischen Charakter. Ist aber die Bourgeoisie die herrschende Klasse, kann er auch nur zur Befriedigung ihrer Profitinteressen dienen und hat kapitalistischen Charakter.

Für China ist diese Frage von großer Bedeutung. Denn bekanntlich hat es ja gerade Mao abgelehnt, die „Neue Demokratie“ als eine Form der Diktatur des Proletariats zu betrachten. Das Besondere an seiner Theorie war ja gerade die Beteiligung der nationalen Bourgeoisie an der Staatsmacht.

Zweifellos sind in den ersten Jahren des Bestehens der Volksrepublik China eine Reihe von wirtschaftlichen und politischen Maßnahmen durchgeführt worden, die den Übergang zum Sozialismus erleichtert hätten. Das geschah in erster Linie unter Ausnutzung der Erfahrungen und mit Hilfe der damals noch sozialistischen Sowjetunion und des sozialistischen Lagers. Sie ermöglichten ein rasches Anwachsen der Industrieproduktion und der gesamten Volkswirtschaft. Der Übergang zum Sozialismus hätte aber nur im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie erreicht werden können. Die anfangs der 50er Jahre durchgeführten Kampagnen gegen Spekulation, Korruption, Steuerhinterziehung usw. beseitigten aber nur Auswüchse des Kapitalismus. Seine ökonomischen Grundlagen wurden nicht berührt. So mußte also mit dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung auch die Bourgeoisie erstarken und die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus von der gesamten Volkswirtschaft Besitz ergreifen.

Nehmen wir zum Beispiel das Verhältnis von Schwerindustrie und Leichtindustrie. Das ununterbrochene Wachstum der Produktion im So-

zialismus kann nur dadurch erreicht werden, daß der Produktion von Produktionsmitteln der wichtigste Platz eingeräumt wird. Sie muß schneller wachsen als die Leichtindustrie und ihr Anteil an der industriellen Gesamtproduktion muß sich ständig vergrößern.

Der Aufbau der Schwerindustrie aber erfordert sehr hohe Investitionen, lange Zeiten für Bau und Planung, das Kapital hat eine lange Umschlagszeit, im Verhältnis zum investierten Kapital ist der Profit relativ gering. Für einen Kapitalisten ist so eine Investition also unrentabel, wenn er auf eine andere Art und Weise eine höhere Profitrate erreichen kann. Daher entstehen immer wieder starke Disproportionen, die am Entstehen der Krisen beteiligt sind.

Im Sozialismus aber hat die Rentabilität eine andere Bedeutung. Sie hat nicht in erster Linie den einzelnen Betrieb oder bestimmte Wirtschaftszweige im Auge, sondern im Vordergrund steht die langfristige Rentabilität für die gesamte Gesellschaft. Daher kann im Sozialismus durch die planmäßige proportionale Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft ein ständiges Wachstum der Produktion erreicht werden.

Ein Anwachsen der Produktion hat aber ein Anwachsen der Produktionsmittel zur Voraussetzung. Lenin hat das vorrangige Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln als ein ökonomisches Gesetz bezeichnet.

Auch die Volksrepublik China folgte in ihrem ersten Fünfjahrplan dieser Politik. In den Jahren 1953 - 1957 gingen in jedem Jahr mehr als 80 Prozent der gesamten Industrieinvestitionen in die Schwerindustrie (2). Dadurch hatte sich 1957 gegenüber 1949 die Industrieproduktion von Konsumgütern fast vervierfacht, die Produktion von Produktionsmitteln aber mehr als verzehnfacht. Mao hatte bereits 1956 in seiner Rede „Über die zehn großen Beziehungen“ einen Vorstoß gemacht, den Schwerpunkt in der Wirtschaft zu verlagern. Wie wir bereits in „Weg der Partei“ 4/78 (S. 36 ff) dargelegt haben, kritisierte er das Primat der Schwerindustrie in der Sowjetunion und schlug vor, im Verhältnis Industrie/Landwirtschaft die Landwirtschaft und im Verhältnis Schwerindustrie/Leichtindustrie die Leichtindustrie stärker zu betonen. Und zwar deshalb, weil „Leichtindustrie und Landwirtschaft mehr und schneller akkumulieren“ (3). Man muß nun nur noch feststellen, daß Mao im gleichen Jahr die führenden Kapitalisten eingeladen hatte, um ihnen die Vorzüge des Sozialismus zu erklären. Zu dieser Zeit waren ja noch große Teile gerade der Leichtindustrie privatkapitalistisch. Und im gleichen Jahr werden die staatlichen Beteiligungen so weit vorangetrieben, daß am Ende des Jahres der gemischt staatlich-private Sektor fast die gesamte private Industrie aufgesogen hat.

In der stärkeren Betonung der Leichtindustrie lag ganz offensichtlich das Interesse der Bourgeoisie auf größere Rendite. Zwar wurde in der folgenden Zeit versucht, der Politik weiterhin einen marxistisch-leninistischen Anstrich zu geben, indem weiterhin vom Primat der Produktion von Produktionsmitteln gesprochen wurde(4). Aber mit der Zeit hat Maos Auffassung auch Eingang in den offiziellen Sprachgebrauch gefunden. In der Broschüre „Das erste Vierteljahrhundert des neuen China“ liest man unter der Überschrift „Warum in China kleine Fabriken aufgebaut werden“:

„Die kleinen Unternehmen verlangen viel geringere Investitionen, geringere Bauzeit und einfachere Ausstattung als die großen. Sie können von Provinz-, Stadt- und Kreisverwaltungen und sogar von Volkskommunen aufgebaut werden. Die vielen kleinen Betriebe wurden mit je zwischen einigen Zehntausend und einigen Hunderttausend Yuan gebaut. Ihr Bau dauert nur wenige Monate, höchstens ein Jahr. Diese kleinen Fabriken können ebenso fortgeschrittene Produkte herstellen wie die Großbetriebe“ (5).

Den letzten Satz kann man getrost ins Reich der Legende verweisen. Es ist einfach eine Tatsache, daß auf diese Weise die Produktion nicht auf der Basis der höchstentwickelten Technik, sondern auf einem niedrigen technologischen Niveau erweitert wurde. Was soll diese Politik, die mit Sprüchen wie „Auf zwei Beinen gehen“ und „Sich auf die eigenen Kräfte stützen“ kaschiert wurde, bezwecken? Was für einen Sinn hat es, die ohnehin knappen Mittel für Investitionen auf zehntausende von technologisch rückständigen Klein- und Kleinstprojekten zu zersplittern, anstatt sie gezielt zum Aufbau einer fortgeschrittenen Schwerindustrie zu verwenden? Nur sie kann ja die Maschinen liefern, die dann die Leichtindustrie von ihrer Rückständigkeit befreien. Des Rätsels Lösung findet sich, wenn man liest: „Die Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie schafft Märkte und Fonds für die Schwerindustrie und beschleunigt deren Entwicklung“ (6).

Das ist der Weg der Industrialisierung, wie er sich in der Regel in den kapitalistischen Ländern abgespielt hat. Zunächst entwickelte sich die rentablere Leichtindustrie. Erst wenn die dort akkumulierten Mittel eine entsprechende kaufkräftige Nachfrage nach neuen Produktionsmitteln geschaffen haben, entwickelt sich die Schwerindustrie.

Dieser Weg wurde auch China aufgezwungen. Durch die Dezentralisierung der Industrie mußten die Städte, Kreise, Bezirke und Volkskommunen die Industrialisierung aus eigenen Mitteln bestreiten. Das wird durch eine Vielzahl chinesischer Quellen belegt. Es wurde sogar als besonders anzustreben hingestellt, keine Mittel vom Staat zu fordern. Diesen

unteren Ebenen bleibt also gar nichts anderes übrig, als durch die Landwirtschaft und durch kleine, primitive Industriebetriebe erst einmal Geld zu akkumulieren, damit sie sich Produktionsmittel **kaufen** können.

Waren in den ersten Jahren durch die Ausweitung des zentral geleiteten staatlichen Sektors die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus eher eingeschränkt worden, so mußten sie durch diese Politik zu neuer Blüte kommen.

DIE ENTWICKLUNG IN DER LANDWIRTSCHAFT (1949-1956)

Die Bodenreform in der Volksrepublik China mußte zunächst die Aufgaben der antifeudalen bürgerlich-demokratischen Revolution lösen. Nach dem „Gesetz über Umgestaltungen in der Landwirtschaft in der Volksrepublik China“ von 1950 wurden der Grundbesitz, das landwirtschaftliche Inventar, das Arbeitsvieh und die Gebäude der Großgrundbesitzer, Klöster und Tempel entschädigungslos konfisziert und unter die Bauern und Landarbeiter verteilt. Sie waren damit von der Zahlung der drückenden Grundrente befreit; gleichzeitig wurden die gesamten Schulden der Bauern annulliert (1).

Diese Maßnahmen bedeuteten die Befreiung der Bauern vom Joch des Feudalismus (2). Selbstverständlich waren es noch keine sozialistischen Maßnahmen; das Agrarreformgesetz legte in Artikel 6 sogar ausdrücklich fest, daß „reiche Bauern (...) das Land, das von ihnen selbst oder von Landarbeitern bewirtschaftet wird, weiter behalten“ können (3). Es gab auf dem Land also weiterhin Kulaken, die fremde Arbeit ausbeuteten und erbitterte Feinde des Sozialismus waren; es gab Mittelbauern, deren Zahl aufgrund der Landverteilung gestiegen war, und es gab arme Bauern und Landarbeiter, deren Zahl aus dem gleichen Grund zurückgegangen war. Auch nachdem die Bodenreform 1953 im wesentlichen abgeschlossen war, umfaßten die armen Bauern und die unteren Schichten der Mittelbauern nach wie vor 60 bis 70 Prozent der Landbevölkerung (4).

An die Stelle des Großgrundbesitzes waren nun die zersplitterten kleinbäuerlichen Einzelwirtschaften getreten. Es war also klar: Würde man der Entwicklung des Kapitalismus freien Lauf lassen, würde man die Freiheit des Handels — des Warenaustauschs zwischen den einzelnen Kleinproduzenten — zulassen, dann würden auf die Dauer die Kulaken immer reicher werden und immer mehr Macht gewinnen, die armen Bauern würden verelenden, und die Mittelbauern würden sich differenzieren. Einige würden zu Kulaken aufsteigen, während die Masse zu

armen Bauern und Lohnarbeitern herabsinken würde.

Die einzige Möglichkeit, diese Entwicklung zu vermeiden bestand darin, das Dorf auf den Weg des sozialistischen Kollektivierung zu führen. Kollektivwirtschaften kann man aber nur bilden, wenn der Bauer darin einen Vorteil sieht, denn sonst würde er dies als Enteignung auffassen. Lenin schrieb dazu:

„(...) die Ummodelung des kleinen Landwirts, die Ummodelung seiner ganzen Mentalität und seiner ganzen Gewohnheiten ist eine Sache, die Generationen erfordert. Diese Frage in Bezug auf den kleinen Landwirt zu lösen, sozusagen seine ganze Mentalität gesunden lassen, kann nur die materielle Basis, die Technik, die massenhafte Verwendung von Traktoren und Maschinen in der Landwirtschaft, die weitgehende Elektrifizierung (5).

„Die einzige materielle Grundlage des Sozialismus kann nur die maschinelle Großindustrie sein, die imstande ist, auch die Landwirtschaft zu reorganisieren“ (6).

Demgemäß wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetunion angepackt. Der vorrangige Aufbau der Schwerindustrie ermöglichte es dem Staat, landwirtschaftliche Maschinen zu produzieren und den Bauern in Form von „Maschinen- und Traktorenstationen“ (MTS) zur Verfügung zu stellen, wobei die MTS Staatseigentum bleiben.

Selbstverständlich mußten zur Durchführung dieser Politik zunächst gewisse Opfer gebracht werden. Damit die Schwerindustrie im nötigen Tempo vorangetrieben werden konnte, mußte, wie Stalin sagt, „die Bauernschaft außer den üblichen Steuern, die sie an den Staat zahlt, den direkten und indirekten, noch eine Art Mehrsteuer leisten in der Form, daß sie die Industriewaren überbezahlt, durch die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse aber unterbezahlt wird“ (7). Dies kam aber nicht zuletzt der Bauernschaft selbst zugute, denn „das schnelle Wachstum der Industrie (...) ist nicht nur für die Industrie selbst erforderlich, sondern vor allem für die Landwirtschaft, für die Bauernschaft, die jetzt am dringendsten Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen, Kunstdünger braucht“ (8).

Mao stellt die Dinge also völlig auf den Kopf, wenn er der Stalinschen Sowjetunion vorwirft:

„Die Sowjetunion hat mit ihren Maßnahmen die Bauern zu sehr geschröpft (...) wird dem Bauern zu viel weggenommen und zu wenig dafür gezahlt. Auf diese Weise Geldmittel zu akkumulieren, hat die Begeisterung der Bauern für die Produktion sehr gedämpft. Du willst, daß die Henne mehr Eier legt, willst sie aber nicht füttern (...). Unsere Politik den Bauern gegenüber ist anders als die der Sowjetunion. Wir be-

rücksichtigen beides, die Interessen des Staates und die der Bauern (...). Beim Austausch von industriellen und landwirtschaftlichen Produkten verfolgen wir eine Politik der Verkleinerung der Preisschere, eine Politik des gleichwertigen oder fast gleichwertigen Austausches (...). Die Bauern erleiden dabei keinen Schaden“ (9).

Nun, wer bei dieser Politik „Schaden erlitten“ hat und wem sie genutzt hat, werden wir noch sehen! Die Politik Stalins führte jedenfalls dazu, daß die sozialistische Kollektivierung der Landwirtschaft, die mit der Mechanisierung einherging, erfolgreich durchgeführt wurde:

„Der Masseneintritt der Bauern in die Kollektivwirtschaften, der sich in den Jahren 1929/30 vollzog, war das Ergebnis der gesamten vorhergehenden Arbeit der Partei und der Regierung. Das Wachstum der sozialistischen Industrie, die Traktoren und Maschinen für die Landwirtschaft massenweise herzustellen begann, der entschiedene Kampf gegen das Kulakentum während der Getreidebeschaffungskampagne von 1928 und 1929; (...) all dies bereitete den Übergang zur durchgängigen Kollektivierung vor (...).

Das Zentralkomitee der Partei erachtete es in Anbetracht des wachsenden Kollektivierungstempos für notwendig, den Bau von Fabriken zur Herstellung von Traktoren, Mähdreschmaschinen, Anhängergeräten für die Traktoren usw. noch mehr zu beschleunigen“ (10).

Das Erstarken der sozialistischen Kollektivwirtschaften führte wiederum dazu, daß die Bolschewiki — gestützt auf die Dorfarmut und im Bündnis mit den Mittelbauern — Kurs auf die Liquidierung der Kulakenkasse nehmen konnten.

Wie ging nun die Entwicklung in China vor sich? Da die industrielle Basis nicht ausreichte, eine umfassende Mechanisierung der Landwirtschaft zu gewährleisten, konnte in den ersten Jahren die Kollektivierung auch nur in bescheidenem Umfang vorgenommen werden.

Zunächst wurde der Aufbau von Gruppen der gegenseitigen Hilfe in Angriff genommen. Da sich diese Organisation der kollektiven Arbeit dem Einzelbauern überlegen zeigte, traten 1952 bereits 40 Prozent aller Bauernhöfe diesen Gruppen bei, 1954 waren es etwa 58 Prozent (11). Ab 1952 wurde von dieser Grundlage aus zur Bildung sogenannter halbsozialistischer Produktionsgenossenschaften übergegangen. Dabei blieb das Privateigentum an Boden und Produktionsmitteln bestehen, der Boden wurde aber nach einem einheitlichen Produktionsplan bewirtschaftet.

Die Einkünfte der Genossenschaften wurden entsprechend der Menge und der Qualität des eingebrachten Bodens, Arbeitsviehs und der anderen Produktionsmittel verteilt (12). Von diesen Genossenschaften gab es Ende 1951 etwas über 300, im Jahr 1955 waren es 670 000. Zu dieser Zeit waren

darin etwa 17 Millionen Bauernhöfe zusammengeschlossen, fast 15 Prozent. Den Planziffern des 1. Fünfjahresplanes zufolge sollten 1956 33 Prozent aller Bauernhöfe diesem Sektor der Landwirtschaft angehören (13).

Die dritte Stufe waren schließlich diejenigen Kollektivwirtschaften, die als „vollsozialistische Produktionsgenossenschaften höherer Stufe“ bezeichnet wurden. Sie sahen folgendermaßen aus:

„Das Ackerland wurde Gemeinschaftsbesitz der Genossenschaft, und die Produktionsmittel der Bauern, Zugtiere und größere landwirtschaftliche Geräte, wurden gegen Entschädigung in die Genossenschaft eingebracht“ (14).

Es muß zunächst festgestellt werden, daß es sich hierbei schon deshalb um keine wirklich vollsozialistischen Genossenschaften handelte, weil Boden und Produktionsmittel nicht Staats- sondern Genossenschaftseigentum sind. Würde man eine solche Genossenschaft als Übergangsform zu sozialistischen Produktionsverhältnissen auf dem Land betrachten, dann wäre dies sicherlich eine gute Sache; die Kennzeichnung als „vollsozialistische LPG“ bedeutet aber, daß man bei diesen Eigentumsverhältnissen stehenbleiben will. In China aber konnten Boden und Produktionsmittel sogar gekauft und verkauft werden. Dieser Umstand gewann um so mehr an Bedeutung, als die Kollektivierung nicht mit einer Offensive gegen die Kulaken verbunden war und auch nicht verbunden sein konnte, da man auf ihre Produktionsmittel angewiesen war.

Aber diese dritte Stufe spielte 1955 noch keine große Rolle. Ihr gehörten lediglich 0,03 Prozent aller Bauernhöfe an (15). Diese Zahlen machen deutlich, daß für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft für die erste Zeit kein allzu großes Tempo veranschlagt war, was auch den realen Möglichkeiten entsprach. Der Schwerpunkt mußte auf die Entwicklung der Schwerindustrie gelegt werden. Erst wenn dadurch die Grundlage für die umfassende Mechanisierung der Landwirtschaft gelegt war, konnte die durchgängige Kollektivierung erfolgreich in Angriff genommen werden.

Mao beschrieb die Situation im Juli 1955 wie folgt: „Heute besteht auf dem Lande das kapitalistische Eigentum der Großbauern und das wie ein Ozean unübersehbare Eigentum der Einzelbauern. Jeder konnte sehen: In den letzten Jahren sind die spontanen Kräfte des Kapitalismus auf dem Lande ständig gewachsen, überall sind neue Großbauern auf den Plan getreten, und viele wohlhabende Mittelbauern streben danach, Großbauern zu werden. Viele arme Bauern (...) sind in Schulden verstrickt (...) verkaufen ihren Boden (...)“ (16).

Um so mehr muß es erstaunen, wenn nur ein Jahr später die sozialisti-

sche Umgestaltung der Landwirtschaft im wesentlichen als vollendet bezeichnet wird!

Und in der Tat nahm die Kollektivierung 1956 ein rasantes Tempo an. 1957 waren bereits 94,6 Prozent (17) aller bäuerlichen Haushalte in Genossenschaften des höheren Typs zusammengeschlossen. Aber als sozialistisch kann man diese Kollektivierung aus zwei Gründen nicht bezeichnen:

Erstens: Die Position der Großbauern, denen auch erlaubt wurde, in die Genossenschaften einzutreten (18), wurde in keiner Weise angetastet. Bekanntlich wurden sie für Zugtiere und größere landwirtschaftliche Geräte entschädigt. Es konnten ja im wesentlichen nur die Großbauern sein, die solche Geräte einbrachten, denn die armen Bauern besaßen keine, und der Staat stellte den Genossenschaften kaum Maschinen und Traktoren zur Verfügung. Was taten sie nun mit dem Geld? Es liegt auf der Hand, daß sie sich mit Spekulationen befaßten, wenn sie Gelegenheit dazu fanden. Zwar spricht die chinesische Propaganda nicht gerne darüber, aber in der Broschüre „In einer Volkskommune“ heißt es so ganz nebenbei:

„Nach der Bodenreform im Jahre 1950 besserte sich das Leben der Werktätigen. In jenem Jahr wurden in allen Dörfern Versorgungs- und Absatzgenossenschaften gebildet. Gefördert von der Regierung und unterstützt von **Bauern mit kleinen Geldeinlagen** (Hervorhebung von uns) lieferten sie zuerst nur wenige Dinge. (...) Von da an entwickelte sich der dörfliche Handel schnell mit tatkräftiger Unterstützung seitens des Staates. Im Jahre 1951 schlossen sich Versorgungs- und Absatzgenossenschaften in angrenzenden Dörfern zu größeren zusammen, die 1956 auf einer gebietsweiten Basis verschmolzen“ (19).

Im folgenden wird dann beschrieben, wie diese Versorgungs- und Absatzgenossenschaften weiter akkumulierten, Warenhäuser, Restaurants, Geschäftsnebenstellen etc. betrieben; dies wurde zwar von den Brigaden betrieben, aber es liegt auf der Hand, daß die erwähnten „Bauern mit kleinen Geldeinlagen“ — auf deutsch: die Kulaken — sich nicht aus reinem Idealismus mit solchen Geschäften befaßten, sondern sich entsprechende Positionen in den Genossenschaften sicherten.

Innerhalb der Genossenschaften mußte es also gesetzmäßig zu einer starken Klassendifferenzierung kommen, da erstens Boden und Produktionsmittel nicht in staatlicher Hand, sondern Genossenschaftseigentum waren und zweitens, die Kulaken in den Genossenschaften eine starke — wenn nicht dominierende — Rolle spielten.

Zweitens: Die Kollektivierung ging nicht mit der Mechanisierung der Landwirtschaft einher. In der Broschüre „Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas“ heißt es:

„Nach Vollendung der Bodenreform ist der erste Schritt die Kollektivierung und dann der zweite Schritt die Mechanisierung der Landwirtschaft“ (20).

Es fällt immerhin auf, daß der „zweite Schritt“, die Mechanisierung, heute immer noch als Ziel für die nächste Zeit angegeben wird (vgl. etwa den Artikel in Peking Rundschau 8/78 „Landwirtschaftliche Mechanisierung: Ziele bis 1980“). Die Kollektivierung konnte aber schon deshalb nicht mit der Mechanisierung einhergehen, der Staat konnte den Genossenschaftsbauern schon deshalb keine Maschinen zur Verfügung stellen, weil er kaufte, welche produzierte. So gab es 1957 gerade 380 staatliche MTS (21), und auch die wurden später aufgelöst bzw. an die Kollektivwirtschaften verkauft (22). Mao war der Meinung, die lokalen Stellen müßten die Mechanisierung auf eigene Faust durchführen; so erklärte er 1966:

„Die Mechanisierung müssen die Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und autonomen Gebiete auf eigene Faust bewerkstelligen (...). Es geht nicht, die Arbeit spontan zu beginnen, indem alle auf einmal die Hände nach Hilfe ausstrecken. Wenn die notwendigen Bedingungen nicht vorhanden sind, verschieben wir die Sache lieber um einige Jahre“ (23).

Stalin hat aber selbst für ein Land wie die Sowjetunion des Jahres 1952 nachgewiesen, daß das Konzept der „Mechanisierung auf eigene Faust“ völlig illusorisch ist:

„Das weitere Wachstum der Kollektivwirtschaftsbewegung und die Entwicklung des kollektivwirtschaftlichen Aufbaus überzeugten sowohl die Kollektivbauern als auch die leitenden Funktionäre endgültig davon, daß die Konzentration der Hauptinstrumente der landwirtschaftlichen Produktion in den Händen des Staates, in den Händen der Maschinen- und Traktorenstationen, das einzige Mittel ist, um ein schnelles Wachstumstempo der kollektivwirtschaftlichen Produktion zu sichern.

Wir alle freuen uns über das kolossale Wachstumstempo der landwirtschaftlichen Produktion (...). Die Quelle dieses Reichtums ist die moderne Technik, sind die zahlreichen modernen Maschinen (...). Es handelt sich hier nicht nur um die Technik schlechthin, sondern darum, daß die Technik nicht auf der Stelle treten darf (...). Aber was bedeutet es, Hunderttausende von Rädertraktoren auszurangieren und durch Raupentraktoren zu ersetzen, Zehntausende von veralteten Mähdreschern durch neue zu ersetzen, neue Maschinen für, sagen wir, technische Nutzpflanzen zu schaffen? Das bedeutet Milliardenausgaben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Können etwa unsere Kollektivwirtschaften solchen Summen aufbringen, selbst wenn sie Millionäre sind? Nein, das können sie nicht, weil sie nicht in der Lage sind, Milliarden aus-

zugeben, die sich erst in sechs bis acht Jahren bezahlt machen können. Diese Ausgaben kann nur der Staat übernehmen, denn er — und nur er — ist in der Lage, die Verluste auf sich zu nehmen, die entstehen, wenn die alten Maschinen ausrangiert und durch neue ersetzt werden, denn er — und nur er — ist in der Lage, diese Verluste sechs bis acht Jahre lang zu ertragen, um erst nach Ablauf dieser Zeit für die von ihm verausgabten Summen entschädigt zu werden“ (24).

Der chinesische Staat war nicht bereit, solche Ausgaben zu tragen. Darum verurteilte er die Landwirtschaft dazu, ihre rückständigen Produktionsmethoden beizubehalten. Blieben die hauptsächlichen Produktionsmittel bei der Kollektivierung in der Sowjetunion in Form der MTS Eigentum des proletarischen Staates, so mußten sie in China gekauft werden und wurden somit zu Waren. Wir haben bereits in „Der Weg der Partei“ 4/78 (Seite 35 f) gezeigt, daß der — von Mao ausdrücklich befürwortete — Beschluß Chruschtschows, die MTS in den Besitz der Kolchosen zu überführen, nicht nur ein Schritt rückwärts war — von einer höheren Eigentumsform zu einer niedrigeren, sondern ihm gleichzeitig dazu diente, die Restauration des Kapitalismus auf dem Land voranzutreiben.

China schlug gleich diesen Weg ein.

Unter diesen Bedingungen konnte selbstverständlich von einer **sozialistischen** Kollektivierung keine Rede sein.

Untersuchen wir in diesem Zusammenhang die Behauptung von Dschang Tschun-tjiao, Lenin habe in seinem bekannten Zitat, daß die Kleinproduktion täglich und stündlich neue Bourgeoisie erzeugt, keineswegs nur von der Situation vor der Vergenossenschaftlichung gesprochen (25). Diese Behauptung ist absurd: Wo gab es denn in der Sowjetwirtschaft nach der Vergenossenschaftlichung noch Kleinproduktion? Der sozialistische Genossenschaftssektor ist doch keine Kleinproduktion! Richtig ist allerdings, daß in China nach der Kollektivierung gesetzmäßig täglich und stündlich Bourgeoisie entstehen mußte, weil es sich nicht um eine sozialistische Kollektivierung handelte.

MAO TSE-TUNG ÜBER DEN CHINESISCHEN „SOZIALISMUS“

Noch kurz vor seinem Tod ließ Mao folgenden Ausspruch im ganzen Land propagieren:

„Lenin sprach vom Aufbau eines bürgerlichen Staates ohne Kapitalisten zum Schutz der bürgerlichen Rechte. Wir selbst haben einen solchen

Staat aufgebaut, er unterscheidet sich nicht sehr von der alten Gesellschaft: Es gibt Hierarchie, acht Lohnstufen, eine Verteilung jedem nach seiner Leistung und Austausch gleicher Werte“ (1).

Mao gibt diese Gesellschaft als sozialistisch aus; dabei verwischt er allerdings den grundlegenden Unterschied von Kapitalismus und Sozialismus und revidiert die marxistisch-leninistische Lehre über den Sozialismus.

Betrachten wir zunächst die Frage des „bürgerlichen Staates“: Lenin sprach zwar vom „Aufbau eines bürgerlichen Staates“, aber nur in einem ganz bestimmten Zusammenhang und unter einem ganz bestimmten Aspekt: Erstens schränkte er ein, daß dies nur bezüglich der Verteilung der Konsumtionsmittel gilt (2), zweitens spricht er unmittelbar darauf von den „Überresten des Alten im Neuen“ (3), drittens hebt er vor allen Dingen hervor, daß der Staat ein „Staat der bewaffneten Arbeiter“ ist (4). Mao hingegen reißt dieses Zitat vom „bürgerlichen Staat“ aus dem Zusammenhang. Indem er es verabsolutiert, kommt er zu dem absurden Schluß, es bestehe kein großer Unterschied zwischen dem Sozialismus und der alten Gesellschaft.

Der grundlegende Unterschied aber sollte sein, daß der sozialistische Staat ein Werkzeug der ungeteilten Machtausübung des Proletariats ist. Wenn man allerdings in Betracht zieht, daß Mao bekanntlich in China die Bourgeoisie von vornherein an der Staatsmacht beteiligen wollte und in dieser entscheidenden Frage die Lehren des Marxismus-Leninismus revidiert hat, wird die Bedeutung dieses Ausspruchs klar: Zwischen Maos „Sozialismus“ und dem Kapitalismus gibt es allerdings keinen Unterschied. Der Staat, der unter seiner Führung in China aufgebaut wurde, ist tatsächlich nichts anderes als ein bürgerlicher Staat. Wie steht es mit der Hierarchie?

Ein sozialistischer Staat ist nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut. Er garantiert breiteste Demokratie für die werktätigen Massen. Die sozialistische Demokratie mit bürgerlicher Hierarchie gleichzusetzen ist ebenfalls absurd. Aber Mao spricht ja über die konkreten Verhältnisse in China und weiß durchaus, was er sagt: Er gibt offen zu, daß der chinesische Staat nicht nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut ist, sondern eine bürgerliche Hierarchie herrscht. Betrachtet man die laufenden Machtkämpfe innerhalb der chinesischen Partei- und Staatsführung, muß man Mao Recht geben: Es gibt keinen großen Unterschied zur alten Gesellschaft.

Mao spricht das System der sozialistischen Verteilung „Jedem nach seiner Leistung“ an. Kann man sagen, daß es sich „nicht sehr“ vom Kapitalismus unterscheidet? Sicher nicht.

Bereits Marx und Engels haben bewiesen, daß die Grundlage für den Arbeitslohn im Kapitalismus nicht die geleistete Arbeit ist. Die Arbeitskraft wird zur Ware, und ihr Preis wird durch die Kosten reguliert, die zu ihrer Herstellung notwendig sind.

Im Sozialismus ist die Arbeitskraft keine Ware mehr und wird auch nicht verkauft. Der Arbeitslohn ist nicht mehr Preis für die Ware Arbeitskraft, sondern Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt. Er wird nicht mehr durch die Reproduktionskosten der Arbeitskraft beschränkt, sondern erweitert sich zu dem Umfang, den die Entwicklung der Produktivkräfte zulassen. Der Anteil jedes Werktätigen wird durch die Qualität und Quantität der von ihm geleisteten Arbeit bestimmt.

Das sozialistische Lohnsystem bedeutet Befreiung von Lohnsklaverei und Ausbeutung; es sichert den werktätigen Massen ständig steigenden Wohlstand. Und da sieht Mao keinen großen Unterschied zum Kapitalismus?

Aber auch hier redet er keinen reinen Unsinn. Denn das sozialistische Lohnsystem entsprach keineswegs den Vorstellungen der chinesischen Führung. Gerade Mao und seine Anhänger haben sich bekanntlich dafür eingesetzt, unter dem Vorwand der „ideologischen Erziehung“ von der Entlohnung entsprechend der Leistung abzugehen und die Löhne zu senken. Besonders in der Kulturrevolution wurden alle Bemühungen der Arbeiter, sich für eine Verbesserung ihrer materiellen Lebensbedingungen einzusetzen als „konterrevolutionärer Ökonomismus“ beschimpft. (Wir gehen später noch darauf ein.) Stattdessen wurde die Militarisierung der Arbeit propagiert, die eine völlige Versklavung der Arbeiter bedeutet hätte. So forderte beispielsweise die Zeitung Kung-jen jih-pao am 3. April und am 3. August 1966, „die Erfahrung der Arbeitsorganisation nach dem Muster militärischer Abteilungen zu studieren“ und aus Arbeitern „Gruppen in der Industrie nach dem Muster der Nationalen Befreiungsarmee“ zu bilden, wodurch eine „Armee ohne Uniformen“ entstünde (5). Breit propagiert wurde die Losung der „Übertragung des Geistes der Armee in die Produktion“; durch Übertragung militärischer Disziplin auf den Produktionsbereich sollte die Produktivität erhöht werden.

Eine derartige terroristische Politik der nackten Zwangsmethoden gegenüber der Arbeiterklasse wurde 1920 von Trotzki vorgeschlagen und von den Bolschewiki entrüstet zurückgewiesen; eine solche Politik, die die Arbeiter statt zu Herren des Landes zu Lohnsklaven macht, hat mit Sozialismus nichts gemein.

Die Politik der chinesischen Führung gegenüber der Arbeiterklasse kommt besonders deutlich in den Worten des „eisernen Wang“ zum Ausdruck, eines Meisters der Erdölproduktionsanlagen von Datjing, den

die chinesische Propaganda als „Musterbeispiel der Revolutionierung für die Arbeiter ganz Chinas“ bezeichnet hat:

„Von klein auf hütete ich Büffel, so bin ich mit ihnen vertraut. Sie arbeiten mit größter Energie, genießen aber die geringste Bequemlichkeit. Ich bin gewillt, wie ein ‚Büffel‘ zu leben, mein ganzes Leben lang dem Volke dienend“ (6).

Wie Büffel, gehorsam, leistungsfähig und anspruchslos, — so wollte die chinesische Führung die Arbeiterklasse gern haben. Man kann Mao nicht unbedingt widersprechen, daß hier kein großer Unterschied zur alten Gesellschaft besteht...

Betrachten wir nun noch die Frage des **„Austausches gleicher Werte“**: Kann man behaupten, wie Mao es tut, daß es bei der Wirkung des Wertgesetzes keinen großen Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus gibt? Das Wertgesetz besagt, daß die Waren entsprechend der zu ihrer Produktion notwendigen gesellschaftlichen durchschnittlichen Arbeit ausgetauscht werden. Es wirkt nicht nur im Kapitalismus, sondern in allen Gesellschaften, in denen Waren produziert werden. Das ist auch im Sozialismus der Fall, also wirkt auch das Wertgesetz; soweit hat Mao also recht.

Was aber sind die Auswirkungen des Wertgesetzes im Kapitalismus? Da die Produktion nach keinem einheitlichen Plan für die gesamte Volkswirtschaft organisiert ist, sondern jeder Kapitalist nach eigenem Gutdünken produziert, wirkt das Wertgesetz blind und spontan als Regulator der Produktion.

Die Preise für die produzierten Waren bilden sich auf dem Markt entsprechend dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Ist die Nachfrage größer als das Angebot, steigt der Preis über den Wert und der Kapitalist realisiert einen überdurchschnittlichen Profit. Ist hingegen das Angebot größer als die Nachfrage, fallen die Preise unter den Wert der Waren; damit fällt auch der Profit unter den Durchschnitt oder der Kapitalist macht sogar einen Verlust. Das Steigen und Fallen der Preise über bzw. unter den Wert und das damit verbundene Steigen und Fallen des Profits über bzw. unter den Durchschnitt lenkt nun die Investitionen immer zu den Produktionszweigen, wo die Aussicht auf einen überdurchschnittlichen Profit am größten ist.

Der Zustrom hält so lange an, bis wieder ein Überangebot an Waren entsteht und die Preise unter den Wert sinken. Dann beginnt das Spiel von Neuem.

Es ist offensichtlich, daß diese blinde und spontane Regulierung der Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige nicht allmählich und harmonisch verläuft, sondern krisenhaft

und chaotisch. Die durch die Anarchie der Produktion laufend entstehenden Disproportionen in der Volkswirtschaft werden in den zyklischen Überproduktionskrisen wieder ausgeglichen. Massenhafte Zerstörung von Produktionsanlagen, Arbeitslosigkeit uws. sind die Folgen.

Es ist klar, daß diese Auswirkungen des Wertgesetzes im Sozialismus nicht hingenommen werden können. Seine unbeschränkte und spontane Wirkung hätte aber unvermeidbar die gleichen Folgen. Daher müssen ihm strenge Grenzen gesetzt werden. Das Wertgesetz wirkt in erster Linie in der Warenzirkulation, hauptsächlich beim An- und Verkauf von Waren des persönlichen Bedarfs. Stalin betonte, daß ihm auf diesem Gebiet „natürlich in bestimmten Grenzen, die Rolle eines Regulators“ zufällt (7).

Bei der Festsetzung der Preise für Waren dieser Art muß sowohl der Wert als auch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage berücksichtigt werden.

Aber das Wertgesetz wirkt auch auf die Produktion ein:

„Es ist so, daß die Konsumgüter, die für die Deckung des Aufwands an Arbeitskraft im Produktionsprozeß notwendig sind, bei uns als Waren erzeugt und realisiert werden, die der Auswirkung des Wertgesetzes unterliegen. Hier gerade zeigt sich die Auswirkung des Wertgesetzes auf die Produktion. Im Zusammenhang damit haben in unseren Betrieben solche Fragen wie die wirtschaftliche Rechnungsführung und die Rentabilität, die Selbstkosten, die Preise und dergleichen aktuelle Bedeutung. Darum können und dürfen unsere Betriebe das Wertgesetz nicht außer Acht lassen“ (8).

Diese Wirkungen des Wertgesetzes zu kennen und zu berücksichtigen ist unerläßlich für eine wirtschaftliche Betriebsführung und die Leitung der gesamten Volkswirtschaft. Das bedeutet aber nicht, daß das Wertgesetz genauso unumschränkt wirkt wie im Kapitalismus. Vor allen Dingen darf es nicht die Rolle des Regulators der Produktion spielen. Für die Entwicklung der Produktion darf nicht die kurzfristige Rentabilität des einzelnen Betriebes der Maßstab sein, sondern die Rentabilität für die gesamte Volkswirtschaft über einen längeren Zeitraum.

Stalin sagte zu der These, daß auch im Sozialismus das Wertgesetz die Verteilung der Arbeit auf die verschiedenen Produktionszweige reguliere: „Wenn das stimmt, dann ist es unverständlich, warum bei uns nicht die Leichtindustrie als die rentabelste mit aller Macht entwickelt wird, warum ihr nicht der Vorrang gegeben wird vor der Schwerindustrie, die oftmals weniger rentabel und bisweilen überhaupt nicht rentabel ist.

Wenn das stimmte, dann ist es unverständlich, warum bei uns eine Reihe vorläufig noch unrentabler Betriebe der Schwerindustrie, in denen die Arbeit der Arbeiter nicht den ‚nötigen Effekt‘ zeitigt, nicht

geschlossen wird und nicht neue Betriebe der zweifellos rentableren Leichtindustrie eröffnet werden, in denen die Arbeit der Arbeiter einen „größeren Effekt“ zeitigen könnte“ (9).

Eine planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft in den richtigen Proportionen ist eben nur möglich, wenn der Wirkungsbereich des Wertgesetzes streng eingegrenzt wird. Ein wesentlicher Faktor dabei ist das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Indem der proletarische Staat die Produktionsmittel in seinen Händen konzentriert, entzieht er sie gleichzeitig der Warenzirkulation. Außer im Außenhandel können sie nicht mehr ge- und verkauft werden. Der Staat stellt sie seinen Betrieben zur Verfügung, aber sie bleiben Staatseigentum.

Das gilt auch für die landwirtschaftlichen Kollektive. Die Maschinen- und Traktorenstationen (MTS), wurden nicht an die Kollektivwirtschaften verkauft, sondern blieben Staatseigentum. Dadurch trugen sie dazu bei, daß auf dem Land die höhere Form des sozialistischen Eigentums, das allgemeine Volkseigentum, gegenüber der niedrigeren Form, dem kollektivwirtschaftlichen Eigentum, anwuchs. (10)

Auch dadurch werden die Auswirkungen des Wertgesetzes eingeschränkt, da es aufs engste mit dem Warenaustausch verknüpft ist. Zum einen wird ein wesentlicher Teil der Produkte, nämlich die Produktionsmittel, erst gar nicht zu Waren. Zum zweiten findet innerhalb des staatlichen Sektors kein Warenaustausch statt, da die Produkte ja nicht den Besitzer wechseln.

Zum dritten wird so zur allmählichen Aufhebung des Unterschieds zwischen Stadt und Land beigetragen. Die unterschiedlichen Eigentumsformen in Industrie und Landwirtschaft bedingen ja zum großen Teil den Warenaustausch im Sozialismus. Der Staat kauft landwirtschaftliche Erzeugnisse von den Kollektivwirtschaften, um den Lebensmittelbedarf der Städte zu decken und die Industrie mit Rohstoffen zu versorgen. Dafür liefert er Erzeugnisse der Industriebetriebe. Mit dem Ausbau der MTS wächst der Anteil des staatlichen Eigentums an den Produktionsmitteln und macht so einen allmählichen Übergang zum allgemeinen Volkseigentum erst möglich.

Es ist hier noch darauf hinzuweisen, daß auch bei der Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse der Wert nur einer der zu berücksichtigenden Faktoren ist. Die Preisschere zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Produkten (siehe Kapitel „Die Entwicklung in der Landwirtschaft“) kommt dadurch zustande, daß der Entwicklung der Schwerindustrie der Vorrang gegeben werden muß. Hierin kommt die Einschränkung des Wertgesetzes durch das Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft zum Ausdruck.

Es ist nicht möglich, an dieser Stelle die Rolle des Wertgesetzes im Sozialismus vollständig zu behandeln. Aber aus dem Angeführten wird deutlich, daß es hinsichtlich der Auswirkungen des Wertgesetzes im Kapitalismus und im Sozialismus große Unterschiede gibt. Wie kann Mao also behaupten, es gäbe einen Austausch gleicher Werte und folglich sei der Unterschied zur alten Gesellschaft nicht groß? Auch hier spricht er über die konkreten Verhältnisse in China, und da muß man ihm Recht geben.

Allerdings hat gerade Mao sich dafür eingesetzt, dem Wertgesetz möglichst großen Wirkungsspielraum zu geben und alle Einschränkungen aufzuheben. Auf seine Initiative hin wurde die Dezentralisierung der Volkswirtschaft durchgeführt. Indem die meisten Betriebe in das Eigentum der Volkskommunen und der örtlichen Behörden überführt wurden, wurde die Konzentration der Produktionsmittel in den Händen des Staates wieder rückgängig gemacht und die Entwicklung der Volkswirtschaft nach einem einheitlichen Plan unmöglich gemacht. Indem er der Leichtindustrie wegen ihrer höheren Rentabilität den Vorzug gab, bringt er ebenfalls zum Ausdruck, daß er dem Wertgesetz die Rolle des Regulators der Produktion zubilligte.

Die Dezentralisierung der Betriebe wirkte gleichzeitig einer Einschränkung der Warenzirkulation entgegen. Der Warenaustausch wuchs auf Kosten des einheitlichen staatlichen Eigentums. Auch Produktionsmittel wurden zu Waren und mußten ge- und verkauft werden. Das Gleiche gilt auch für die Landwirtschaft: anstatt staatliche MTS aufzubauen, sollten die Volkskommunen landwirtschaftliche Maschinen kaufen. Andererseits lehnte es Mao ab, die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse entsprechend den Erfordernissen der Volkswirtschaft festzulegen und garantierte den Bauern einen Austausch gleicher Werte.

Wenn heute in der ökonomischen Diskussion in China gefordert wird, das Wertgesetz und seine regulierende Rolle für die Produktion voll anzuerkennen, so wird damit nur die letzte Maske fallengelassen und den auch schon zu Maos Zeiten bestehenden Verhältnissen Rechnung getragen (11).

Maos „Sozialismus“ — da muß man ihm zustimmen — weist tatsächlich keine großen Unterschiede zum Kapitalismus auf.

DIE VOLKSKOMMUNEN UND DER „GROSSE SPRUNG NACH VORN“ (1958 - 1960)

Lehnte sich die Wirtschaftspolitik bis 1956 noch stärker an die Erfahrungen des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion Stalins an, so machte sich von da ab ein starker Umschwung bemerkbar. Wie bereits dargestellt

zeigte sich das zunächst an der Politik gegenüber der nationalen Bourgeoisie, der Kollektivierungspolitik sowie an der Dezentralisierung der Wirtschaft. Dies entsprach der von Mao in den „Zehn großen Beziehungen“ dargelegten Politik.

Der Vorschlag für den zweiten Fünfjahrplan, der auf dem ersten Plenum des VIII. Parteitags angenommen wurde, schrieb im wesentlichen die Erfolge des ersten Fünfjahrplans fort, wenn er auch die Leichtindustrie und die Landwirtschaft stärker betonte. Letzteres ist sicherlich auf den Einfluß der Politik Chruschtschows mit zurückzuführen, die auf dem VIII. Parteitag noch allgemein begrüßt wurde. Aber angesichts der nach wie vor angespannten Versorgungslage der Bevölkerung konnte man diese Politik nicht unbedingt verurteilen, wenn nach wie vor der führende Faktor und das Wachstumstempo der Schwerindustrie erhalten blieb.

Dieser Plan blieb allerdings auf dem Papier stehen und wurde nie in die Praxis umgesetzt. Die Planziffern wurden mehrmals abgeändert, eine Rechenschaft über die tatsächliche Erfüllung wurde niemals abgelegt.

Die Mechanisierung der Landwirtschaft sollte dann so bewerkstelligt werden, daß die „lokalen Regierungen auf allen Ebenen und die Volkskommunen dazu mobilisiert werden, mit eigenen Kräften kleine Fabriken zu errichten“ (1), was den Vorteil haben sollte, daß „die kleinen Unternehmen (...) viel geringere Investitionen (...) (verlangen) als die großen“. In der Broschüre „Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas“ heißt es dazu:

„Auf der Basis der Kollektivierung in der Landwirtschaft haben verschiedene Landesteile auf eigene Faust die landwirtschaftliche Mechanisierung in Angriff genommen und somit eine Reihe von diesbezüglichen Weisungen des Vorsitzenden Mao aktiv in die Tat umgesetzt. Die Landmaschinen werden hauptsächlich an Ort und Stelle hergestellt. Sie sind vorwiegend von mittlerer und kleinerer Größe, die Kosten für die Anschaffung der Maschinen trägt in erster Linie die Kollektivwirtschaft“ (2).

Wie wir bereits gesehen haben, ist dieses Konzept der „Mechanisierung auf eigene Faust“ völlig illusorisch, wie überhaupt der ganze „Sprung nach vorn“: Der Wirtschaft wurde die unerfüllbare Aufgabe gestellt, die Industrieproduktion innerhalb von fünf Jahren auf das 6,5fache zu steigern. Die maoistische Propaganda wetterte gegen den „blinden Glauben an Autoritäten“, d.h. gegen die nüchterne Berücksichtigung der objektiven Faktoren; ständig fanden Versammlungen statt, auf denen die „glänzenden Erfolge“ gepriesen, der „Konservatismus“ verurteilt und neue phantastische, alles bisherige übertreffende Verpflichtungen bezüglich der Produktionsziele übernommen wurden.

Auf Hinterhofhochöfen wurden -zig Millionen Tonnen Eisenerz bei dem Versuch, mit primitivsten Mitteln Stahl zu kochen, vergeudet; auf

dem Höhepunkt der Stahlkampagne Ende 1958 waren ca. 60 Millionen Menschen an 2 Millionen derartiger Kleinsthochöfen beschäftigt (3). Selbstverständlich war der auf diese Weise produzierte „Stahl“ unbrauchbar, so daß der „Große Sprung“ schon in dieser Hinsicht ein „großer Schlag ins Wasser“ war.

Maos voluntaristische Kampagnen konnten den Aufbau einer maschinellen Großindustrie nicht ersetzen.

Der „Große Sprung“ war im Grunde genommen die konsequente Durchführung der von Mao in den „Zehn Beziehungen“ dargelegten Politik. Die Dezentralisierung der Wirtschaft wurde in enormem Tempo vorangetrieben (vgl. die oben angeführte Tabelle). So wurde im Frühjahr 1958 die Verwaltung der Industrie dezentralisiert, angeblich, um die „örtliche Initiative nicht zu hemmen“. In den ersten Monaten des Jahres 1958 entstanden etwa 6 Millionen Kleinbetriebe in den Volkskommunen und etwa 1,5 Millionen in den Städten (4). Den Vorteil dieser Kleinbetriebe sah man darin, daß sie profitabler wären als die Großbetriebe. So schreibt der westdeutsche China-Forscher Biehl unter Berufung auf eine chinesische Quelle:

„Man kalkuliert (schematisierend) etwa so: Ein Kapital von 10 000 Yüan reicht aus, um in der modernen Großindustrie den Arbeitsplatz eines Mannes auszurüsten, der im Jahre 10 000 Yüan an Ware produziert. Das gleiche Kapital rüstet in der Kleinindustrie die Arbeitsplätze von vier Arbeitern aus, die jährlich jeder 5 000, zusammen 20 000 Yüan Ware hervorbringen“ (5).

Es ist klar, daß ein derartig überhöhtes Wachstum der Produktion, wie es für 1958 und das erste Halbjahr 1959 angegeben wird, nur auf dem Rücken der Arbeiter und Bauern möglich ist (6). Wenn Tschou En-lai anführt, daß die Volksmassen bei der Arbeit „manchmal Essen und Schlaf vergaßen“ so ist das bestimmt nicht allein auf den „Arbeitsenthusiasmus“ zurückzuführen (7). Das klingt auch in dem Beschluß des VI. Plenums des ZK Ende 1958 zu einigen Fragen der Volkskommunen an, nachdem die Arbeitszeit auf dem Land auch bei dringenden Arbeiten auf zwölf Stunden begrenzt wird (8). Daraus läßt sich entnehmen, daß eine weit größere Ausdehnung des Arbeitstages durchaus üblich war.

Gleichzeitig gab es 1958 eine Verknappung bei der Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen Verbrauchsgütern. Tschou En-lai, der diese Verschlechterung der Lebenslage der Bevölkerung zu verharmlosen sucht, nennt in seinem Bericht an den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses immerhin zehn Warengattungen, auf die das zutrifft. Darunter: Schweinefleisch, Rindfleisch, Hammelfleisch, Eiprodukte, Fischerzeugnisse, Zucker und Baumwollwatte (9).

Als Ursache führt er an, daß, abgesehen vom Produktionsrückgang in einigen Fällen, durch das Anwachsen der Zahl der Beschäftigten allein in den Städten die Kaufkraft um 30 Prozent angestiegen sei. Das ist auch völlig klar: wenn innerhalb kürzester Zeit völlig planlos eine so riesige Anzahl von Kleinbetrieben mit arbeitsintensiver Produktion aus dem Boden gestampft wird, steht dem ausbezahlten Lohn keine entsprechende Warenmenge gegenüber. Das bedeutet eine Entwertung des Arbeitslohns.

Die Lage verschärfte sich weiter; das Jahr 1958 hatte, auch infolge guter Witterungsbedingungen, zu einer Rekordernte geführt, deren Bedeutung noch dazu durch überhöhte Schätzungen weit überbewertet wurde. Zunächst wurde die Getreideernte mit 375 Millionen Tonnen angegeben, dann wurde die Zahl auf 250 Millionen gesenkt. Darauf fußte die Planung, 1959 275 Millionen Tonnen zu produzieren. Naturkatastrophen in weiten Teilen des Landes machten diesen Plan zunichte. Hinzu kam, daß infolge des unplanmäßigen Einsatzes vieler landwirtschaftlicher Arbeitskräfte in der Hinterhof-Stahlproduktion, Kleinindustrie und bei Bauprojekten in der Landwirtschaft ein großer Mangel an Arbeitskräften herrschte. So betrug die Weizenernte (nach Schätzungen) nur 165 Millionen Tonnen (10).

Solche verheerenden Mißerfolge waren aber kein Zufall. Sie waren das Ergebnis der völligen Abkehr von den Prinzipien sozialistischer Wirtschaftsführung, die im ersten Fünfjahrplan noch weitgehend angewendet wurden, und nun unter der Führung Maos als „Konservatismus“ verunglimpft wurden. So wurden die bescheidenen Ansätze zum Aufbau des Sozialismus wieder zunichte gemacht.

Der „Große Sprung“ war letztlich nichts anderes, als der Versuch, durch hemmungslose und ungezügelte Ausbeutung der chinesischen Arbeiter und Bauern bis an die Grenze der physischen Leistungsfähigkeit die Mittel zu akkumulieren, um China in einer einzigen Kampagne zu einer modernen kapitalistischen Großmacht machen zu können.

Die Hauptform zur Mobilisierung der Bauern für den „Großen Sprung“ in der Landwirtschaft waren die Volkskommunen. Im Verlauf von drei Monaten (August bis Oktober) des Jahres 1958 wurden auf Initiative Maos 740 000 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in 26 000 Volkskommunen umgewandelt, die mehr als 120 000 Millionen Bauernhöfe umfaßten.

Zu einer Volkskommune gehörten durchschnittlich 5 000 Bauernhöfe, über 20 000 Menschen und mehr als 4 000 Hektar Ackerland (11). Die Volkskommunen sollten sich nicht nur mit der landwirtschaftlichen Produktion befassen, sondern auch mit Industrie, Handel, Bildungswesen und militärischen Angelegenheiten. Sie sollten ja — gemäß der Politik der

„Mechanisierung auf eigene Faust“ — durch die Entwicklung einer eigenen Industrieproduktion die Versorgung der Landwirtschaft mit industriellen Geräten sichern. Andererseits sollten die Industriebetriebe — wie wir noch sehen werden — sich nach Möglichkeit selbst mit landwirtschaftlichen Produkten versorgen.

Auf diese Weise versuchte die Gruppe um Mao Tse-tung auf der Basis primitiver Produktivkräfte und einer dezentralisierten Wirtschaft weitgehend autarke Wirtschaftseinheiten zu schaffen, die sich mit den notwendigen Gütern selbst versorgen.

Die folgende Erklärung des stellvertretenden Premierministers T'an Chen-lin vermittelt einen Eindruck über die industriellen Aufgaben, die den Volkskommunen zugedacht waren:

„Die Volkskommunen sollen nicht nur die verschiedensten Betriebe zur Aufbereitung von Agrarprodukten schaffen, sondern auch — je nach den örtlichen Quellen — Kohlegruben, Kraftwerke, Metallhütten, chemische Fabriken, sie sollen Eisen und Stahl nach einheimischen Methoden gewinnen, landwirtschaftliches Gerät verbessern...“ (12)

Im Artikel eins des Musterstatuts der Volkskommunen heißt es: „Die Volkskommune ist die Grundeinheit der Gesellschaft (...). Ihre Aufgabe besteht in der Leitung der gesamten industriellen und landwirtschaftlichen Produktion, des Handels, des Kultur- und Erziehungswesens und der Politik“ (13).

Diese Konzeption der Volkskommunen war die Fortsetzung von Maos Politik der Dezentralisierung. Sie sollte nicht nur für die neuerrichteten Betriebe gelten; alle Betriebe, die vorher den Ministerien und dem Staatsrat unterstanden, sollten nun bis auf wenige Ausnahmen in die Hände der örtlichen Behörden übergehen. Zuerst sollte die Leichtindustrie, später dann nach und nach auch die Schwerindustrie übergeben werden (14).

Die Volkskommunen sollten dann voll und ganz über die Betriebe verfügen. Sie sollten Produktion, Austausch, Verbrauch und Akkumulation planen. Damit ist die staatliche Leitung der Produktion praktisch außer Kraft gesetzt.

Eine solche Politik widerspricht den Lehren des Marxismus-Leninismus, wonach es erforderlich ist, daß der proletarische Staat die hauptsächlichen Produktionsmittel in seinen Händen konzentriert und die gesamte Wirtschaft nach einem einheitlichen Plan leitet. So schrieben Marx und Engels im „Manifest der Kommunistischen Partei“:

„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu nutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren (...)“ (15).

Lenin führte nach dem Sieg der Oktoberrevolution einen energischen Kampf gegen alle Versuche, die einheitliche Leitung der Wirtschaft durch den proletarischen Staat in irgendeiner Weise abzuschwächen. So kritisierte er auf dem X. Parteitag der KPR (B) folgende These der „Arbeiteropposition“:

„Die Leitung der Volkswirtschaft zu organisieren, obliegt dem Gesamtrussischen Kongreß der Produzenten, die in gewerkschaftlichen Produktionsverbänden zusammenzuschließen sind. Diese wählen das zentrale Organ, das die gesamte Volkswirtschaft leitet.“

Lenin sagte dazu:

„Die Ideen, die dieser und zahlreichen ähnlichen Erklärungen zugrunde liegen, sind theoretisch von Grund auf falsch, denn sie bedeuten den völligen Bruch mit dem Marxismus und Kommunismus sowie mit den Ergebnissen der praktischen Erfahrung aller halbproletarischen Revolutionen und der jetzigen proletarischen Revolution.“

Erstens vereinigt der Begriff ‚Produzent‘ den Proletarier mit dem Halbproletarier und mit dem kleinen Warenproduzenten und gibt somit den Grundbegriff des Klassenkampfes und die Grundforderung, zwischen den Klassen zu unterscheiden, radikal preis.

Zweitens ist die Orientierung auf die parteilosen Massen bzw. das Liebäugeln mit ihnen, das in der angeführten These zum Ausdruck kommt, eine nicht weniger radikale Abkehr vom Marxismus.

Der Marxismus lehrt (...) daß nur die politische Partei der Arbeiterklasse, d.h. die kommunistische Partei, imstande ist, eine solche Avantgarde des Proletariats und der gesamten werktätigen Massen zu vereinigen, zu erziehen und zu organisieren, die allein fähig ist, den unvermeidlichen Traditionen und Rückfällen in zünftlerische Beschränktheit oder zünftlerische Vorurteile unter dem Proletariat zu widerstehen und die ganze zusammengefaßte Tätigkeit des Proletariats zu leiten, d.h. es politisch zu leiten, und durch das Proletariat und die werktätigen Massen zu leiten. Anders ist die Diktatur des Proletariats nicht zu verwirklichen.

Die falsche Auffassung von der Rolle der kommunistischen Partei zum parteilosen Proletariat und sodann im Verhältnis des ersten und des zweiten Faktors zur gesamten Masse der Werktätigen ist eine grundsätzliche theoretische Abkehr vom Kommunismus und eine Abweichung zum Syndikalismus und Anarchismus“ (16).

Lenin erklärt das Auftreten dieser anarcho-syndikalistischen Abweichung „hauptsächlich (...) durch die Einwirkung des kleinbürgerlichen Elements auf das Proletariat und die KPR“ (17).

Während das klassenbewußte Proletariat für die einheitliche Leitung

der Wirtschaft durch seinen Staat eintritt, haben die Kleinproduzenten naturgemäß eine Abneigung gegen diese einheitliche Leitung. Das kleinbürgerliche Element war gerade in China ungeheuer stark, und die Gruppe um Mao Tsetung wollte sich dieses Kleinbürgertum als soziale Basis beim Aufbau des Kapitalismus sichern.

Wie sehr sich Maos Konzeption an altbekannte kleinbürgerliche Rezepte anlehnte, wird auch in einer Äußerung Maos deutlich, die wir bereits oben angeführt haben. Darin kritisiert er die Politik der Sowjetunion gegenüber den Bauern und wirft dem proletarischen Staat vor, sie „auszupressen“. Stattdessen verspricht er beim Austausch landwirtschaftlicher und industrieller Produkte eine Politik des gleichwertigen oder fast gleichwertigen Austausches.

Es soll hier nicht bestritten werden, daß im Sozialismus **in der Regel** ein solcher gleichwertiger Austausch stattfindet; es geht vielmehr darum, daß Mao dem Kleinbürgertum ebenso wie der Anarchist Proudhon eine Gesellschaft verspricht, in der das Wertgesetz „ausschließlich und unverkürzt“ gilt, während die anderen Gesetze des Kapitalismus — die für das Kleinbürgertum äußerst unangenehm sind und es unter die Knute des großen Kapitals bringen — außer Kraft gesetzt sind. Bereits Engels hat im Vorwort zu Marx' Schrift „Das Elend der Philosophie“ dazu festgestellt:

„Einmal die Erkenntnis gegeben, daß die Arbeit das Maß des Warenwerts ist, muß sich auch das bessere Gefühl des braven Bürgers tief verletzt fühlen durch die Schlechtigkeit einer Welt, die dies Grundgesetz der Gerechtigkeit zwar dem Namen nach anerkennt, aber der Sache nach jeden Augenblick ungeniert beiseite zu setzen scheint. Und namentlich der Kleinbürger, dessen ehrlich Arbeit — wenn sie auch nur die seiner Gesellen und Lehrlinge ist — täglich mehr und mehr entwertet wird durch die Konkurrenz der Großproduktion und der Maschinen, namentlich der Kleinproduzent muß sich sehnen nach einer Gesellschaft, worin der Austausch der Produkte nach ihrem Arbeitswert endlich einmal eine volle und ausnahmslose Wahrheit wird; in anderen Worten: Er muß sich sehnen nach einer Gesellschaft, in der ein einzelnes Gesetz der Warenproduktion ausschließlich und unverkürzt gilt, aber die Bedingungen beseitigt sind, unter denen es überhaupt gelten kann, nämlich die übrigen Gesetze der Warenproduktion und weiterhin der kapitalistischen Produktion“ (18).

Genau eine solche Gesellschaft verspricht Mao dem Kleinbürgertum: volle Garantie des „Austauschs gleicher Werte“ bei gleichzeitiger Garantie, daß die Kleinproduzenten nicht von der großen Industrie verdrängt werden, sondern „auf die eigenen Kräfte gestützt“ weitgehende Autarkie genießen (19). Maos Konzept ist mit dem Sozialismus unvereinbar

Zumindest theoretisch hat dieses Konzept gewisse Ähnlichkeiten mit der „Selbstverwaltung der Produzenten“ im revisionistischen Jugoslawien. So schreibt denn auch der tschechische Dissident Kosta, ehemaliger Assistent von Ota Sik, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Dubček-Clique, und heutiger Professor für Volkswirtschaftslehre in Frankfurt/Main:

„Das klassische Ziel einer ‚Selbstverwaltung der Produzenten‘ ist mit der Organisationsform der Volkskommunen (...) tatsächlich in Angriff genommen worden. Die antibürokratische Stoßrichtung, verbunden mit dem Versuch einer ländlichen Industrialisierung und der Verbreitung industrieller Fertigungsmethoden auf dem Lande sind im Rahmen der ökonomischen und politischen Dezentralisierung als ein sinnvolles, wenngleich hochgestecktes Ziel zu bezeichnen“ (20).

In diesem Zusammenhang bejubelt er die „ersten Schritte zu einer Abkehr von den bürokratisch-autoritären Entscheidungsformen sowjetischen Typs (21), womit er die Leninschen Lehren über die Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft meint. Kosta bejubelt dieses „klassische Ziel einer Selbstverwaltung der Produzenten“ aus dem gleichen Grund, aus dem Lenin dagegen gekämpft hat:

„ (...) daß aus diesen Schwankungen nichts anderes herauskommen kann als die Restauration [Wiederherstellung] der Macht und des Eigentums der Kapitalisten und der Gutsbesitzer, falls die Einheit, die Kraft, der Einfluß der revolutionären Vorhut des Proletariats auch nur im geringsten geschwächt wird“ (22).

Indessen ging die Gruppe um Mao Tse-tung so weit, das Volkskommunen-Konzept, das in Wirklichkeit die spontanen Kräfte des Kapitalismus voll zur Entfaltung brachte, sogar als Übergang zum Kommunismus auszugeben! So heißt es im ZK-Beschluß über die Bildung der Volkskommunen:

„Es scheint, daß es nicht mehr eine Sache der fernen Zukunft ist, den Kommunismus zu errichten. Wir sollten die Form der Volkskommunen dazu verwenden, den konkreten Weg des Übergangs zum Kommunismus einzuschlagen“ (23).

Ebenso schrieb „Renmin Ribao“:

„Der Aufbau der Volkskommune verfolgt vor allem den Zweck, den sozialistischen Aufbau zu beschleunigen und dadurch aktive Vorbereitungen für den Übergang zum Kommunismus zu treffen. Es hat jetzt den Anschein, als ob die Verwirklichung des Kommunismus nicht länger eine Sache der fernen Zukunft sei“ (24).

„China bewegt sich mit blitzartiger Geschwindigkeit vorwärts. Noch vor kurzem waren 50jährige Bauern besorgt, sie könnten womöglich

das herrliche Zeitalter des Kommunismus nicht mehr erleben. Jetzt glauben sogar die 80- und 90jährigen begeistert und fest daran, daß sie das Glück des Kommunismus noch genießen können. Manche alten Männer sind sogar fest davon überzeugt, daß sie bereits im Zeitalter des Kommunismus leben“ (25).

In der Tat ging man in etlichen Kommunen zur kostenlosen Verteilung über und machte alles bis hin zu den Kochtöpfen zum Allgemeinbesitz. Dies war allerdings ein recht merkwürdiger „Kommunismus“, den Mao da errichten wollte; dieser „Kommunismus“ hat mit dem marxistisch-leninistischen Begriff nichts gemein. Denn der Kommunismus setzt einen Entwicklungsstand der Produktivkräfte voraus, der einen Überfluß an materiellen Gütern sichert. „Gegenüber der kapitalistischen Arbeitsproduktivität“, schrieb Lenin, „bedeutet der Kommunismus eine höhere Arbeitsproduktivität freiwillig, bewußt, vereint schaffender Menschen, die sich der fortgeschrittenen Technik bedienen“ (26).

Demgegenüber bedeutet Maos „Kommunismus“: erzwungene Gleichmacherei auf der Basis wenig entwickelter Produktivkräfte, einer zersplitterten Wirtschaft und geringem Wohlstand der Massen bei gleichzeitiger Fortexistenz der Bourgeoisie (27).

Die Tendenzen zur kleinbürgerlichen Gleichmacherei gingen immerhin so weit, daß das ZK auf seiner Wuhan-Tagung im Dezember 1958 beschließen mußte: „Wir sollten nicht grundlos erklären, daß wir in den Volkskommunen auf dem Land sofort das Volkseigentum schaffen oder gar mit ihnen sofort in den Kommunismus eintreten“ (28).

Im Laufe des Jahres 1959 wurde es immer deutlicher, daß der „Große Sprung“ in einer wirtschaftlichen Katastrophe enden mußte.

Auf der Luschan-Tagung des ZK im August übte Peng De-huai scharfe Kritik an den Experimenten Mao Tse-tungs. Mao war zu Rückzugsgefechten gezwungen. Wir zitieren im folgenden aus seiner in „Mao-Intern“ abgedruckten Rede auf der Luschan-Konferenz; sie paßt so eindeutig ins allgemeine Bild, daß wir ihre Echtheit für erwiesen halten:

„Den ‚Wind des Kommunismus‘ haben hauptsächlich die Kader der beiden Ebenen des Kreises und der Kommunen, insbesondere ein Teil der Kommunekader angefacht. Sie ließen ihn über Produktionsbrigaden und Produktionsmannschaften hinwehen, das war nicht gut (...).

(...) heute muß ich den Unheilbringer abgeben, beide Gruppen sind da über mich nicht erbaut. (...) Der eine Punkt sind die 10,7 Millionen Tonnen Stahl anzustreben — den Entschluß fällte ich. Das Ergebnis war, daß 90 Millionen Menschen in den Kampf zogen. (...) Der Gewinn macht die Verluste nicht wett.

Der zweite Punkt sind die Volkskommunen. Die Erfindung der

Volkskommunen lag nicht innerhalb meiner Befugnisse, ich habe nur die Befugnis wahrgenommen, den Vorschlag zu machen. (...) Als ich in Shantung war, fragte mich ein Journalist: „Sind die Volkskommunen gut?“ Ich bemerkte: „Sie sind gut“, und das hat er dann in die Zeitungen gebracht. Ein wenig kleinbürgerlichen Feuereifer hat es auch gegeben. In Zukunft müssen sich die Journalisten entfernen.

Zwei Sünden kommen auf mein Konto, die eine sind die 10,7 Millionen Tonnen, die Stahlschmelze im großen Ausmaße, ihr wart damit einverstanden, da könnt ihr auch einen Teil der Last von mir nehmen; (...) die hauptsächliche Verantwortung liegt bei mir. Dann die Volkskommunen, dagegen stellte man sich in der ganzen Welt. (...)

Des weiteren die Generallinie; was daran leere Präention und was real war, daran habt auch ihr euren Anteil. (...)

Was den Wunsch nach Schnelligkeit angeht, so hat auch Marx nicht wenige Fehler begangen (...) (29).

Diese teilweise geradezu komisch anmutenden Entschuldigungs- und Rechtfertigungsversuche Maos sind um so bemerkenswerter, als der Große Sprung auch in Zukunft und besonders nach der Kulturrevolution als großer Sieg hingestellt wird, der der „Weisheit des großen Vorsitzenden Mao“ zu verdanken ist.

Auch auf der Luschan-Konferenz wird versucht, nach außen hin die Verantwortung der Parteiführung für die katastrophalen Fehler zu verschleiern. In den Dokumenten der ZK-Tagung (30) und dem nur wenige Tage später von Tschou En-lai gehaltenen Bericht an den Nationalen Volkskongreß zeigen sich zwar bedeutende Änderungen, aber die alten Parolen werden sorgsam bewahrt.

Zum Beispiel die „Massenbewegung zur Produktion von Stahl“:

Natürlich hatte sich längst herausgestellt, daß dieser Stahl aus den Kleinst-Hochöfen unbrauchbar war und nur eine riesige Verschwendung von Arbeitskraft, Erz und Kohle darstellte. Trotzdem wird sie weiter umjubelt. Aber plötzlich verschwindet der „nach landläufigen Methoden produzierte Stahl“ aus den Produktionsplänen, in die er vorher mit eingegangen war. Den örtlichen Behörden wird vorgeschlagen, unter Berücksichtigung des Arbeitskräftemangels in der Landwirtschaft die Stahlproduktion „entsprechend den örtlichen Bedingungen und dem eigenen Bedarf“ selbst zu bestimmen (31); ein Wink mit dem Zaunpfahl, damit Schluß zu machen.

Auch bei den Volkskommunen wird zwar der Name beibehalten, ansonsten wollte man aber wieder zu kleineren Einheiten übergehen. Die Grundlage für die Rechnungsführung sollte nun die Produktionsbrigade bilden, die nächste Untergliederung der Volkskommune, die in ihrer

Größe in etwa einer landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft entspricht (32). Diese offensichtliche Abkehr vom Volkskommunenkonzzept wird aber begleitet von einer scharfen Zurückweisung aller Kritiken daran.

Die Luschan-Tagung endete mit einem Kompromiß, der ein bezeichnendes Licht auf die Prinzipienlosigkeit der chinesischen „Linienkämpfe“ wirft: Die Kritik Peng De-huais an Mao wird scharf zurückgewiesen, Peng wird als Verteidigungsminister abgesetzt. An seine Stelle tritt Lin Biao. Andererseits hatte Mao schon auf der Wuhan-Konferenz im Dezember 1958 seine Stellung als Staatspräsident an Liu Schao-tschang abgeben müssen und verlor in der folgenden Zeit immer mehr an Einfluß, während die Gruppe um Liu Schao-tschang und Deng Hsiao-ping und Peng Dscheng an Einfluß gewann. Diese Gruppe war es, die in den nächsten Jahren in der Praxis ihre Politik durchsetzte.

DIE PERIODE NACH DEM „GROßEN SPRUNG“ (1961 - 1965)

Wenn die Politik Maos von der Gruppe um Liu kritisiert wurde, so erfolgte diese Kritik nicht vom Boden des Marxismus-Leninismus aus; sie richtete sich nicht gegen die verstärkte Entwicklung des Kapitalismus, sondern gegen die kleinbürgerlichen Utopien und Maßnahmen, die auch der Bourgeoisie nichts nützten, sondern schaden.

Wie wir bereits gezeigt haben, konnte auch vor dem „Großen Sprung“ nicht die Rede davon sein, daß der Kapitalismus vollständig vernichtet war. Einige sozialistische Maßnahmen, wie die Entwicklung des staatlichen Sektors in der Industrie und im Handel hatten dazu geführt, daß die Wirkungsmöglichkeiten der kapitalistischen Entwicklungsgesetze eingeschränkt wurden. Im „Großen Sprung“ wurden diese für den Kapitalismus hemmenden Faktoren beseitigt.

Die Dezentralisierung und der unkontrollierte, planlose Aufbau zahlloser Industrieunternehmen in allen Teilen des Landes führte zu einer explosionsartigen Vermehrung der Warenproduktion und Ausdehnung des Marktes. Es fand ein Warenaustausch zwischen dem Staat und den Volkskommunen, dem Staat und den örtlichen Ebenen, zwischen den Volkskommunen und den Städten und zwischen den einzelnen Volkskommunen statt. Hinzu kam der umfangreiche staatlich-private Sektor, der ja keineswegs vollständig dem Staat oder den örtlichen Behörden unterstellt war.

Da kein zentraler Plan die Wirtschaft lenkte, mußte es zu einem

Aufblühen der Anarchie in der Produktion kommen. Durch die ausgedehnte Rolle des Marktes konnten sich die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus in verstärktem Maße durchsetzen und die Produktion regulieren. Das Ergebnis war nach einem stürmischen Aufschwung eine schwere Krise, die zu einem starken Rückgang der Produktion führte.

Liu Schao-tschü erklärte 1960:

„Die derzeitigen Schwierigkeiten in der Wirtschaft und den Finanzen sind derart ernst, daß unsere Wirtschaft in Kürze zusammenbrechen wird“ (1).

Als Beispiel für den Verfall der Produktion seien hier nur zwei Beispiele erwähnt, die aufgrund ihrer zentralen Bedeutung für Industrie und Landwirtschaft als Maßstab für weite Bereiche der Volkswirtschaft dienen können: Stahl und Getreide. Die chinesische Propaganda nennt aus verständlichen Gründen für diese Jahre keine konkreten Zahlen, so daß man auf andere Quellen angewiesen ist.

Die Stahlproduktion, für die 1959 12 Millionen Tonnen veranschlagt waren, betrug (nach Schätzungen) 1961 nur 8 Millionen Tonnen (2). Diese Zahl klingt plausibel, wenn Tschou En-lai 1971 angibt, in den vorangegangenen Jahren habe die Stahlproduktion zwischen 10 und 18 Millionen Tonnen gelegen (3).

Die Getreideproduktion, die für 1958 mit 250 Millionen Tonnen angegeben wurde, lag (ebenfalls nach Schätzungen) 1960 und 1961 nur noch bei 160 Millionen Tonnen und damit knapp über dem Stand zu Beginn des ersten Fünfjahrplans (4). Auch diese Zahl ist realistisch, da Tschou En-lai angibt, 1970 habe die Getreideproduktion nach „neun Jahren in stetigem Wachstum“ (5) 240 Millionen Tonnen betragen.

Wenn nachträglich versucht wird, Mao von der Verantwortung für diese schwere Krise freizusprechen, indem die Schuld auf die Einmischung Lius geschoben wird, entspricht das nicht den Tatsachen. Diese Krise war das Ergebnis der hemmungslosen Wirkung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus, die Mao mit seinem „Großen Sprung“ selbst gefördert hatte.

Wie wurde nun in den folgenden Jahren die Wirtschaft reorganisiert?

In den Jahren 1961 und 1962 wurden die Volkskommunen derart verkleinert, daß in einer Kommune im Durchschnitt nicht mehr als 7000 Menschen verblieben. Die Brigaden wurden zu den grundlegenden Produktionseinheiten auf dem Lande — eine Großbrigade umfaßte rund 200, eine Produktionsbrigade 30 bis 40 Bauernhöfe. Auf die Produktionsbrigaden ging 1961 die volle Verfügungsgewalt über Arbeitskräfte, Boden, landwirtschaftliche Geräte und Arbeitsvieh über (6). Beendet wurden die unsinnigen Versuche, in den ländlichen Volkskommunen

mit primitiven Mitteln industrielle Produkte herzustellen(7). Eine Unmenge von Kleinbetrieben, die während des „Großen Sprungs“ aus dem Boden gestampft worden waren, wurden stillgelegt, da sie sich allen Spekulationen zum Trotz als nicht rentabel erwiesen(8).

Es zeigte sich mit aller Deutlichkeit, auf welch instabiler Grundlage die Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt worden war: An einigen Orten wurden sogar die Produktionsbrigaden aufgelöst und die Produktionsaufgaben unmittelbar den Bauernhöfen auferlegt; insgesamt war ein Rückgang der Kollektivierung unter das bereits 1956 erreichte Niveau zu verzeichnen(9).

Bis zu einem gewissen Grade war das die Quittung dafür, daß die Kollektivierung nicht auf der Basis einer maschinellen Großindustrie erfolgt war. Allerdings tat die Gruppe um Liu alles, um unter dem Vorwand der Rückständigkeit der Produktivkräfte den Rückgang der Kollektivierung zu betreiben, um so die Entwicklung des Kapitalismus auf dem Lande zu beschleunigen. So erklärte Liu 1961:

„Wir müssen den freien Markt wieder einführen und uns nicht fürchten, vom Kapitalismus überrannt zu werden“ (10).

Ebenso sagte Li Hsien-nien 1960:

„Wenn wir die Bauern selber machen lassen, dann wird sich die Mehrheit dafür entscheiden, zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen überzugehen“ (11).

Aber nicht nur in der Landwirtschaft, sondern in allen Bereichen sollte die Entwicklung des Kapitalismus beschleunigt werden. So sagte Liu:

„Ihr müßt von den Kapitalisten lernen, Banken im westlichen Stil eröffnen. (...) Ihr müßt von der Erfahrung der kapitalistischen Länder lernen. (...) Das gegenwärtige System ist noch rückschrittlicher als das kapitalistische. (...) Die Kosten sind zu hoch (...)“ (12).

Der Wirtschaftswissenschaftler Sun Yefang veröffentlichte 1963 eine Studie mit dem Titel „Die Kennziffer Profit in der sozialistischen Planwirtschaft“, in der er forderte, den Profit zu rehabilitieren. Unter anderem schlug er vor, die Rentabilität der Betriebe nach einer Durchschnitts-Kapitalprofitrate zu berechnen(13). Auch diese Leute hatten nicht vor, den Sozialismus aufzubauen. Sie wollten die Entwicklung des Kapitalismus schneller und offener betreiben und dabei auf die kostspieligen Abenteuer Mao Tse-tungs verzichten.

Bei alledem muß festgestellt werden, daß der Widerspruch zwischen der Gruppe um Mao Tse-tung und der Gruppe um Liu Schao-tschi kein prinzipieller, kein Klassenwiderspruch war. Wenn Liu offen davon sprach, daß man vom Kapitalismus lernen muß, daß man den Gewinn

zum Erfolgsmaßstab machen muß, dann war auch Mao keiner anderen Meinung; dies war ja gerade die Stoßrichtung der von ihm in den „Zehn Beziehungen“ dargelegten Politik. Auch in der Periode, als die Gruppe um Liu die Macht hatte, wurde die Parole „Alle Kräfte in die Landwirtschaft“ propagiert (14). Genau wie Mao wollte auch Liu den Aufbau der Schwerindustrie nicht vorantreiben, da diese nicht so profitabel war. Dabei war der Stand der Mechanisierung der Landwirtschaft nach wie vor äußerst schlecht. In der Periode nach dem „Großen Sprung“ gab es schätzungsweise lediglich 100 000 Traktoren bei einem Mindestbedarf von 1,2 bis 1,5 Millionen; höchstens 10 Prozent der Anbauflächen wurden maschinell bearbeitet (15). Einen gewissen Unterschied zur Politik Maos gab es insoweit, als zur Zeit der Herrschaft der Liu-Gruppe Industrieausrüstungen aus dem Ausland gekauft wurden (16).

Was die Politik gegenüber den alten Kapitalisten betrifft, so gab es hier keinen wesentlichen Unterschied zwischen Mao und Liu. Es ist einfach lächerlich, wenn die Maoisten in der Kulturrevolution den Gegnern Maos vorwarfen, mit der alten Bourgeoisie zusammengearbeitet zu haben. So ergeht sich Yao Wen-yüan in seiner Broschüre „Kommentar zu den zwei Büchern von Tao Dschu“ auf Seite 44 in blumenreichen Beschimpfungen Lius, weil dieser 1949 erklärt hat: „Wenn etwas Gutes an den Kapitalisten ist, müssen wir sagen, daß es gut ist, wenn etwas an den Arbeitern schlecht ist, müssen wir sagen, daß es schlecht ist.“ Sollte Maos Lobredner wirklich vergessen haben, daß sich der „Große Steuermann“ fast wörtlich genauso geäußert hat?

Es fragt sich, worin denn nun der Widerspruch zwischen der Mao-Fraktion und der Liu-Fraktion bestand.

Zum einen sicherlich im persönlichen Machtstreben. Zum anderen aber verfolgten die beiden Gruppen unterschiedliche sozialökonomische Konzeptionen, die freilich beide auf die Errichtung des Kapitalismus abzielten. Maos Konzeption haben wir bereits dargelegt: Es ist ein anarchosyndikalistischer Weg der „Selbstverwaltung der Produzenten“, der sich bemüht, die kleinbürgerlichen Massen als soziale Basis für den Kapitalismus zu gewinnen. In ständigen Massenkampagnen sollte das Volk zur Unterstützung der Ziele der Bourgeoisie mobilisiert werden, „linke“ Phrasen sollten materiellen Wohlstand ersetzen.

Die Gruppe um Liu hingegen vertrat jenen technokratischen Weg des Kapitalismus, den China heute geht. Diese Gruppe wollte keine „revolutionären“ Phrasen und keine „linken“ Experimente: „In normalen Zeiten braucht man nicht viel Aktivismus. Man muß nur die Fachbücher studieren und soll sich nicht um Politik kümmern“ (17).

In der Landwirtschaft sollte nach Möglichkeit jegliche Kollektivierung

unterbleiben, auch wenn sie mit dem Sozialismus überhaupt nichts zu tun hatte. Die Dezentralisierung der Wirtschaft sollte nicht zu weit getrieben werden, da dies letztlich zum Chaos führte: So förderte die staatliche Plankommission 1963 im Zuge der „Vertikalisierung“ die Bildung von Betriebsvereinigungen, die den Ministerien direkt unterstellt waren, eine Maßnahme, die auf den Widerstand der Mao-Gruppe stieß (18).

Auch war die Gruppe um Liu gegen Maos „Allzweck-Fabriken“ (19), da das Konzept des Aufbaus von weitgehend autarken Wirtschaftseinheiten nicht nur mit dem Aufbau des Sozialismus unvereinbar ist, sondern auch die Entwicklung des Kapitalismus hemmt.

Die sowjetrevisionistische, gegen China gerichtete Propaganda befürwortete mehr oder minder offen den Weg der Gruppe um Liu Schao-tschü. Sie kritisierte den anarcho-syndikalistischen Kurs Mao Tse-tungs, wobei sie sich in vielen Einzelfragen durchaus marxistisch-leninistischer Argumente bediente. Es ist schließlich nicht schwer, solche Argumente gegen Mao anzuführen, und die Sowjetrevisionisten vergaben sich dabei nichts.

Es muß indessen betont werden, daß der von Liu praktizierte Weg ebenso wenig mit dem Marxismus-Leninismus und dem Sozialismus zu tun hat wie der Mao Tse-tungs. Die Sowjetrevisionisten und die Liu-Gruppe betonten stets die wirtschaftliche Rückständigkeit Chinas, den niedrigen Stand der Produktivkräfte und folgerten daraus — teils offen, teils versteckt —, daß der Aufbau des Sozialismus in China nicht möglich sei. Sie wollten alle rückständigen Länder dazu verdammen, den Kapitalismus zu durchlaufen. Demgegenüber lehrt der Marxismus-Leninismus, daß in solchen Ländern das Proletariat im Bündnis mit der Bauernschaft die Macht ergreifen und diese dazu benutzen muß, so schnell wie möglich die ökonomischen Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen.

Die Sowjetrevisionisten wie auch die Maoisten greifen diese Lehre an. Trotz aller theoretischer Differenzen stehen sie auf der gleichen Seite der Barrikade und sind Feinde des Proletariats und des Sozialismus.

In diesem Zusammenhang muß betont werden, daß die 1956 von Mao in den „Zehn Großen Beziehungen“ formulierte Politik in vielen Punkten den Thesen des Chruschtschow-Revisionismus entnommen war. Mao Tse-tung hielt diese Rede zwei Monate nach dem XX. Parteitag der KPdSU, auf dem Chruschtschow die Politik Stalins mit Schmutz beworfen hatte. Mao berief sich ausdrücklich auf die „Fehler und Mängel der Sowjetunion“, die nun „ans Tageslicht gekommen seien“ (20), womit er die „Fehler“ Stalins meinte, die nun von Chruschtschow korrigiert seien. Diesen „Umwegen“ solle China nicht folgen.

Mao war also mit Chruschtschows Haßtiraden auf Stalin und die

Diktatur des Proletariats völlig einverstanden und befürwortete seine Pläne zur Restauration des Kapitalismus in der Sowjetunion. Bloß brauchte man in China nicht erst den Sozialismus zu zerschlagen, sondern konnte gleich daran gehen, den Kapitalismus mit voller Kraft zu entwickeln.

DIE KULTURREVOLUTION

Das Fiasko des „Großen Sprungs“, der das Land in ein Chaos gestürzt hatte, hatte dazu geführt, daß die Gruppe um Liu Schao-tschi, Deng Hsiao-ping und Peng Dschen die Führung an sich riß und die Gruppe um Mao Tse-tung, der zwar Parteivorsitzender blieb, von der Macht weitgehend verdrängte. Mao zog sich schließlich nach Schanghai zurück, um von dort aus seinen Gegenschlag gegen die Liu-Gruppe zu führen.

Im November 1965 ließ er Yao Wen-yüan einen Artikel veröffentlichen, der eine Kritik an dem Theaterstück „Die Absetzung von Hai Jui“ beinhaltete. Diese Affäre ist ein Beispiel für die in China übliche Gepflogenheit, den Kampf um die Macht zu führen und Intrigen gegen einflußreiche Gegner zu spinnen, indem man scheinbar harmlose Geschichten mit historischem Hintergrund abdruckt. Die Parallelen zur Gegenwart, die den Angriff auf den jeweiligen Gegner beinhalten, sind zwar versteckt, aber jeder versteht sie.

So auch in diesem Fall: Das Theaterstück „Die Absetzung des Hai Jui“ enthält die Kritik des Beamten Hai Jui am Kaiser Chia-Ching, der „das Volk ausgepreßt“ hat; für die Kritik war Hai Jui vom Kaiser ungerechtfertigt gemäßregelt worden. Jedermann wußte, daß der Kaiser Mao Tse-tung symbolisieren sollte, während Hai Jui in Wirklichkeit der ehemalige Verteidigungsminister Peng De-huai war, der wegen seiner Kritik am „Großen Sprung“ abgesetzt worden war. Yao Wen-yüans Artikel bezeichnete dieses Stück nun als „giftiges Unkraut“; er pries die Verdienste des Kaisers und tadelte den gemäßigten Beamten Hai Jui. Damit verteidigte er Mao und den „Großen Sprung“ und stellte fest, daß Mao zu Unrecht von der Macht verdrängt worden sei.

Das von der Liu-Fraktion kontrollierte Zentralkomitee reagierte gelassen: Es stellte sich dumm und tat so, als würde es die Anspielung nicht verstehen und die Anregung Yao Wen-yüans als „gute Anregung“ betrachten, eine akademische Diskussion über die Kulturfrage zu eröffnen. Auf diese Weise sollte Maos Angriff von vornherein die Spitze genommen werden. Es wurde eine Fünfergruppe ernannt, die die angebliche Kulturdebatte — damals schon „Kulturrevolution“ genannt — leiten

sollte; Chef der Gruppe war Peng Dschen, der dritte Mann der führenden Gruppe um Liu. Die Kommission legte im Februar einen Plan der Kulturrevolution vor, der darauf hinauslief, die ganze Angelegenheit in rein akademisches Geschwätz auslaufen zu lassen. Dieser Plan wurde vom Zentralkomitee gebilligt.

Drei Monate später, am 16. Mai 1966, kam ein ZK-Schreiben völlig entgegengesetzten Inhalts heraus: Peng Dschen wurde scharf angegriffen; ihm wurde vorgeworfen, er habe den Bericht der Fünfergruppe ohne „Billigung von Genossen Mao Tse-tung“ eigenmächtig „zusammengebraut“. Der Bericht habe deshalb eine akademische Diskussion vorgeschlagen, um vom Kernpunkt abzulenken, „nämlich von der Amtsenthebung der rechten Opportunisten auf der Luschan-Konferenz von 1959“. Peng Dschen wurde gestürzt, bald darauf auch Liu Schao-tshi und Deng Hsiao-ping; die Gruppe um Mao Tse-tung hatte sich die Macht in Peking gesichert. Es fragt sich also, was zwischen den beiden völlig entgegengesetzten ZK-Beschlüssen — vom Februar und vom Mai 1966 — geschehen war.

Der Schlüssel all dieser Ereignisse ist die Armee, die Lin Biao, einem Parteigänger Maos, unterstand. Große Teile der Armee standen bereit, zugunsten der Gruppe Mao Tse-tungs einzugreifen (1). Dieser militärische Druck war es, der den ZK-Beschluß vom 16. Mai erzwang. Dieser Druck war es offenbar auch, der ein für den 21. Juli vorgesehenes ZK-Plenum verhinderte. Vom 1. bis zum 12. August fand dann ein von der Mao-Gruppe vorbereitetes Plenum statt, das den Machtwechsel besiegelte. Es war das erste ZK-Plenum nach vier Jahren und allem Anschein nach gemäß dem Statut gar nicht beschlußfähig. Das Kommuniqué verzichtete im Gegensatz zur bis dahin üblichen Praxis darauf, die Anzahl der teilnehmenden Mitglieder und Kandidaten zu nennen. Mao soll den Verlauf der Tagung durch den Ausschluß zahlreicher ZK-Mitglieder und die Teilnahme von Rotgardisten beeinflußt haben (2). Auf dem Plenum ließ sich Mao von Lin Biao bescheinigen:

„Vorsitzender Mao hat Weitblick und Gedanken, von denen wir viele nicht verstehen. Wir müssen entschlossen die Weisungen des Vorsitzenden Mao ausführen, egal ob wir sie verstehen oder nicht“ (3).

All dies unterstreicht den staatsstreichartigen Charakter der Kulturrevolution. Es war ein Militärputsch, durch den eine bürgerliche Clique die andere abgelöst hat. Hier wird deutlich, wie Maos Ausspruch „Alle Macht kommt aus den Gewehrläufen“ zu verstehen ist: Er meint nicht, daß eine unterdrückte Klasse nur mit Waffengewalt die Macht ergreifen kann, sondern seine machiavellistische Moral, die den Charakter der Linienkämpfe in China stets bestimmte. Sie werden nach denselben

Gesetzmäßigkeiten entschieden, die in einem Raubtiergehege gelten: Der Stärkere frißt den Schwächeren.

Die Mobilisierung der Schüler und Studenten

Nachdem die Mao-Fraktion in Peking die Macht ergriffen hatte, stellte sich die Aufgabe, die Macht im ganzen Lande an sich zu reißen und sie zu festigen. Die Anhänger der Liu-Gruppe kontrollierten im wesentlichen den Staatsapparat. Das mußte geändert werden. Aus diesem Grund rief Mao nun eine stark anarchistisch geprägte Schüler- und Studentenbewegung ins Leben.

Vermutlich reichte der Einfluß Lin Biaos in der Armee nicht aus, die Macht im ganzen Land zu sichern. Aber es entspricht auch dem ganzen Wesen Maos, seinen Militärputsch mit einer großangelegten kleinbürgerlichen Massenbewegung zu verbinden. Die Bewegung der Roten Garden richtete sich gegen den Partei- und Staatsapparat. War die KP Chinas auch niemals eine wirkliche bolschewistische Partei gewesen und bestand sie auch zu dieser Zeit nur noch aus einer Reihe unterschiedlicher bürgerlicher Fraktionen, so hatte sie doch versucht, nach außen hin das Bild einer marxistisch-leninistischen Partei abzugeben. Aber auch damit war es nun vorbei. In aller Offenheit stritt die Mao-Gruppe die führende Rolle der Partei ab.:

„Es ist die Linie des Vorsitzenden Mao, die Massen sich selbst erziehen und befreien zu lassen. Bei dieser Linie geht „Kühnheit“ allem anderen voran, kühn sein, den Massen zu vertrauen, sich auf sie zu verlassen und kühn sein, sie vorbehaltlos zu mobilisieren. Sie ist die Anwendung und Weiterentwicklung der Massenlinie der Partei in der großen Kulturrevolution.“

„Die bürgerliche Linie ist gegen die Massenlinie, ist dagegen, die Massen sich selbst erziehen und befreien zu lassen (...).“ (4)

„Diese Große Demokratie ist eine neue Form, in der die Mao-Tse-tung-Ideen den breiten Massen in Fleisch und Blut übergehen, eine neue Form der Selbsterziehung der Massen. Sie ist ein neuer Beitrag des Vorsitzenden Mao zur marxistisch-leninistischen Theorie über die proletarische Revolution und die proletarische Diktatur.“ (5)

Was die Leugnung der führenden Rolle durch die kommunistische Partei und ihre Ersetzung durch die spontane Bewegung der Massen, insbesondere der Intellektuellen, mit dem Marxismus-Leninismus und der Diktatur des Proletariats zu tun hat, bleibt das Geheimnis der „Kulturrevolutionäre“. Mit den „revolutionären Massen“, die sich selbst „er-

ziehen und befreien“, war ja niemand anderes gemeint, als die Schüler und Studenten der Roten Garden; die „Große Demokratie“ war eine Demokratie für diese Roten Garden. Sie bedeutete, daß sie nicht nur nach Herzenslust auf den Straßen randalieren konnten, sondern daß sie auch in die Fabriken eindringen konnten, um die Arbeiter zu „revolutionieren“.

Als die Arbeiter sich energisch zu Wehr setzten, (6), sah sich die maoistische Führung zum Einlenken veranlaßt:

„Es ist nicht notwendig, daß die Roten Garden und die revolutionären Lehrer, Schüler und Studenten der Hoch- und Mittelschulen in die Fabriken und aufs Land gehen, um revolutionäre Erfahrungen auszutauschen und sich in die dortigen Vorkehrungen einzumischen. Die Arbeiter, die armen Bauern und die unteren Schichten der Mittelbauern sind völlig imstande, die revolutionäre Bewegung in ihren Institutionen erfolgreich durchzuführen.“ (7) Im gleichen Atemzug jedoch propagierte Mao selbst die führende Rolle der Intellektuellen:

„Einige Probleme müssen bald geregelt werden. Zum Beispiel sollen die Arbeiter, Bauern und Soldaten sich nicht in die große Kulturrevolution einmischen. Laßt die Studenten auf die Straße gehen.“ (8)

Immer noch wurde die ganze Bewegung als **Kulturrevolution** ausgegeben. Im Kulturbereich zeigte sich auch der enge nationalistische und chauvinistische Charakter dieser Bewegung: So wurde die gesamte fortschrittliche Weltkultur verdammt, die naturgemäß zum größten Teil in Ausbeutergesellschaften geschaffen wurde. Die Werke von Shakespeare, Beethoven, Dante usw. wurden als bürgerliches Gift bezeichnet und aus dem chinesischen Kulturleben verbannt.

Für Mao war allerdings die „Kulturkritik“ nur eine Nebenfront. Die wesentliche Aufgabe war die Zerschlagung des alten Partei- und Staatsapparats. Und hierzu wurde die Unterstützung der Armee benötigt. Deshalb erklärte er 1967:

„In der gegenwärtigen Lage des äußerst zugespitzten Kampfes der zwei Linien kann die Armee nicht abseits stehen. Dabei ist es klar, daß ihre Parteinahme und Unterstützung der Linken gelten muß.“ (9)

Die Liquidierung der Schüler- und Studentenbewegung durch die Armee

Als der alte Apparat zerschlagen war, brauchte Mao die Roten Garden nicht mehr; sie stellten überdies für ihn eine Gefahr dar, da zunehmend extrem anarchistische Parolen auftauchten, die jegliche Autorität ablehnten und stürzen wollten, also auch Mao selbst. Zudem

hatten die wirren Aktionen das ganze Land in ein Chaos gestürzt, und die Wirtschaft schwer geschädigt. Immer öfter sprach die Pekinger Propaganda davon, daß die „jungen Revolutionäre“ nicht nur „Verdienste“ aufzuweisen hätten, sondern auch „Fehler begehen“ würden.

Im Februar 1967 erließ Mao eine neue Anweisung:

„Die Armee rückt vor, die Produktion nimmt zu. Strafft die Disziplin, damit die Revolution siegreich bleibt.“ Kurze Zeit später übernahmen Armeekontrollkommissionen alle wichtigen Betriebe, Verkehrseinrichtungen und Behörden, wo sie Disziplinierungsmaßnahmen gegen die Roten Garden einleiteten (10). Gleichzeitig begann eine massive Kampagne zur Propagierung der Armee und ihres Führers, Lin Biao, der nunmehr zu einem Halbgott aufgebaut wurde.

Die Roten Garden reagierten empört auf die Unterdrückungsmaßnahmen durch die Armee, betrachteten sie sich doch als „Rebellen des Vorsitzenden Mao“ und Mao selbst als „obersten Rebellen“. Mao — der sie ja mit Sprüchen wie „Rebellion ist gerechtfertigt“ dazu erzogen hatte, gab ihnen nun unmißverständlich zu verstehen, daß mit dem Rebellieren auch einmal Schluß sein müsse. Im Juli 1968 ließ er angesichts blutiger Schlachten verfeindeter Rotgardisten-Gruppen Armee-Einheiten an die Pekinger Universität schicken. Als die Roten Garden diesen Schritt als Unterdrückungsmaßnahme einer „konterrevolutionären Schwarzen Hand“ angriffen, ließ Mao die Anführer der Pekinger Rotgardisten zu sich kommen, gab sich selbst als „Schwarze Hand“ zu erkennen, und drohte mit weiteren Aktionen der Armee gegen die Roten Garden (11).

An den einzelnen Orten ging die Macht an „Revolutionskomitees“ über, in denen das Militär eine große Rolle spielte. Die Schüler und Studenten hingegen wurden massenhaft „zur Umerziehung“ aufs Land geschickt. Auf diese Weise wollte die maoistische Führung einerseits diesen Störfaktor loswerden, und andererseits das Problem der Arbeitslosigkeit in den Städten lösen.

Der Widerstand der Arbeiter gegen die Kulturrevolution

Die Maßnahmen zur Unterdrückung der Roten Garden wurden mit der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ begründet. Das ist allerdings nichts als blanker Hohn. Denn wie ein roter Faden zieht es sich durch diese „Große Proletarische Kulturrevolution“, daß die elementaren materiellen Interessen der Arbeiterklasse mit den Füßen getreten wurden. Der Angriff der „Linken“ gegen „Ökonomismus und Eigensucht“ war in Wirklichkeit ein Angriff auf den Kampf der Arbeiter zur Verteidigung

und zur Hebung ihres Lebensstandards. 1967 kam es zu einer Woge von Streiks, an der Millionen von Arbeitern teilnahmen: im Nordosten, in Schanghai, Nanking, Wuhan, Kanton und anderen Industriestädten (12).

Die Kulturrevolutionäre waren allerdings der Auffassung, daß sie eine Bewegung zur — wie sie sagten — „Umgestaltung der Seele“ durchführten; wie konnten die „rückschrittlichen Arbeiter“ da an so profane Dinge wie die Verbesserung ihrer materiellen Lebensbedingungen denken!

So heißt es in einem „Appell an die Einwohner Schanghai“:

„Indem ihr es zulaßt, daß euch die Leute aufhetzen, und eure Arbeitsplätze verlaßt, welchen Interessen dient ihr da?“ „Gegenwärtig ist das Umsichgreifen der ökonomistischen Mentalität ein Problem, dem man erste Aufmerksamkeit schenken muß. Das ist ein Gegenangriff der bürgerlichen reaktionären Linie (...).“

„Um ein Abweichen von der Hauptorientierung des Kampfes zu vermeiden, sollen die Angelegenheiten zur Regulierung und Nachzahlung von Löhnen und materieller Wohlfahrt prinzipiell in einer späteren Phase der Bewegung behandelt werden.“ (13)

Die sowjetrevisionistischen Quellen stellen die Bewegung der Arbeiter so hin, als seien sie für die Verteidigung der Liu-Gruppe bzw. der von ihr kontrollierten Parteiorganisationen auf die Straße gegangen. Wenn das auch in der Regel der Fälle sicherlich nicht stimmt, so ist es dennoch nicht auszuschließen, daß Teile der Arbeiter angesichts des anarchistischen Terrors der Roten Garden in der Liu-Gruppe ihre Interessenvertretung sahen. Das chinesische Proletariat, dem eine wirkliche Vorhutpartei fehlte, befand sich schließlich in einer politisch sehr schwierigen Lage. Auf jeden Fall waren die Aktionen der Arbeiter ein gerechter Kampf zur Verteidigung ihrer elementaren Rechte und ihres Lebensstandards.

Es muß betont werden, daß als revolutionär getarnte Parolen und Maßnahmen wie „Streichung der Prämien“, Kürzung des Lohnes der qualifizierten Arbeiter“ usw. nichts anderes als einen Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiter darstellten.

Überhaupt ist die Kritik der chinesischen „Linken“ am „Ökonomismus“ schon eine recht merkwürdige Sache:

„Tao Dschu sagt, daß das ‚Ideal des Kommunismus‘ gleichbedeutend mit komfortablen Wohnungen sei. Daß bedeutet, daß ‚jede Wohnung mit elektrischem Licht versehen und jedem ermöglicht wird, sich nett anzuziehen und einen Wagen zu fahren...‘

Kurzum, das bedeutet ‚gutes Essen, gute Kleider und gute Wohnungsverhältnisse, und überhaupt ein genußreiches Leben. Er ist bereit, seine Seele dem zu verkaufen, der ihm ‚gutes Essen und gute Wohnverhältnisse‘ beschert, und schiebt ihm dabei einfach noch den Titel eines ‚Kommuni-

sten' zu. Das ist wirklich die Philosophie eines Verräters der schlimmsten Sorte! ‚Kommunismus‘ als Anstrich, aber Ultraindividualismus, d.h. Kapitalismus, als Wesen — das ist die Definition für das ‚Ideal des Kommunismus‘ Tao Dschus. Kann man daraus nicht geradezu folgern, daß das Leben der Bourgeoisie in den USA genau dem ‚Ideal des Kommunismus‘ entspricht?“ (14)

Gewiß ist es revisionistisch, Kommunismus einfach mit materiellem Wohlstand **gleichzusetzen**, wie Chruschtschow es getan hat. Wenn aber, wie hier, das Streben nach materiellem Wohlstand überhaupt abgelehnt und als „Individualismus“ und gar „Kapitalismus“ verdammt wird, dann wird dazu jeder normale Mensch sagen, daß die Leute ihren „Kommunismus“ für sich behalten sollen.

Wenn also Mao im Zusammenhang mit der Unterdrückung der Roten Garden und der zunehmenden Militarisierung der Produktion auf einmal wieder von der „Vorrangigkeit der Arbeiterklasse“ sprach, so muß man ihm folgende Worte Lenins entgegenhalten:

„Vorrangigkeit ist Bevorzugung, aber Bevorzugung ohne Konsum ist nichts. Wenn man mich so überzeugen will, daß ich ein achtel Pfund Brot erhalte, dann danke ich ergebenst für eine solche Bevorzugung. Bevorzugung wegen Vorrangigkeit ist Bevorzugung auch im Konsum. Sonst ist die Vorrangigkeit ein schöner Traum, ein blauer Dunst. Wir aber sind immerhin Materialisten. Und auch die Arbeiter sind Materialisten. Wenn man von Vorrangigkeit redet, dann muß man auch Brot und Kleidung und Fleisch geben.“ (15)

Der IX. Parteitag

Die alte Partei war faktisch zerschlagen. Eine Äußerung, die der damalige stellvertretende Ministerpräsident Hsie Fu-chih 1967 machte, läßt erkennen, wie der Aufbau des neuen Parteiapparats vonstatten ging: Er sprach davon, daß „der Partei frisches Blut“ zugeführt werden müsse, „nämlich Leute, die sich in den letzten beiden Jahren gut geführt haben“ — also solche Leute, die der Mao-Gruppe genehm waren. „Die Kompetenz zur Zulassung dieser Menschen sollte nicht ausschließlich der Parteiorganisation überlassen bleiben. Das Revolutionskomitee muß darüber hinaus die Massen (...) anhören.“ (16)

Dabei dürfte dem Hinweis auf das „Anhören“ der Massen nicht die größte Bedeutung zukommen. Entscheidend ist vielmehr, daß man dieser Äußerung Fu-chih's entnehmen kann, wer tatsächlich den entscheidenden Einfluß auf den Aufbau des neuen Parteiapparats hatte: Die Revolutions-

komitees, jene örtlichen Machtorgane, in denen die Armee starken Einfluß hatte.

Zur Vorbereitung des IX. Parteitags fand im Oktober 1968 das 12. erweiterte ZK-Plenum statt; das 11. hatte im August 1966 getagt. In der Zwischenzeit war das ZK nicht zusammengetreten. Wie schon das 11. entsprach auch dieses Plenum nicht der gewählten Zusammensetzung. Einerseits waren zahlreiche Gegner Maos entfernt worden, andererseits wurden die Teilnehmerreihen willkürlich durch Leute aus allen möglichen Kulturrevolutionsgruppen aufgefüllt. Daher die Bezeichnung „erweitertes Plenum“.

Ähnlich undemokratisch und statutwidrig dürften die Delegierten für den IX. Parteitag zusammengestellt worden sein. Hsieh Fu-chih hat sich 1967 sehr orakelhaft über den Wahlmodus geäußert:

„Die Wahl der Delegierten zunächst auf zentraler Ebene, dann auf Provinz-Ebene und schließlich auf Kreis-Ebene wird ein ZK der Partei zustande bringen, das ein Programm von Mao-Tsetungs Lehren und seine revolutionäre Linie besitzt, die die Qualität der Partei sicherr werden.“ (17)

Das Kommuniqué des Parteitags sagte schließlich, die Delegierten zum Parteitag seien „einmütig“ gewählt worden, und zwar „von den Parteiorganisationen der verschiedenen Ebenen durch ausreichende demokratische Konsultationen“ (18).

Das läßt eindeutig erkennen, daß von einer Wahl der Delegierten kein Rede sein kann. Daß die „Wahl“ zunächst auf zentraler Ebene stattfand kann doch nur heißen, daß die Pekinger Zentrale die Delegierte bestimmte und die unteren Ebenen dann in „demokratischen Konsultationen“ zustimmen konnten.

Trotzdem dürfte es bei den Verhandlungen mit den örtlichen Machhabern zu Schwierigkeiten gekommen sein, denn der Termin für den Parteitag wurde ständig verschoben. Es ist auf jeden Fall nicht weiter verwunderlich, wenn bei diesem „Wahlmodus“ unter den 279 Mitglieder und Kandidaten des Parteitags 110 Berufssoldaten gewesen sein sollte (wobei diejenigen Militärs nicht mitgerechnet sind, die gleichzeitig zivile Funktionen ausüben). (19)

Es war im Grunde genommen eine neue Partei, die sich auf diesen Parteitag konstituierte. Sie war genausowenig Partei der Arbeiterklasse wie die alte; wenn aber das auf dem VIII. Parteitag angenommene Statut noch in vielen Punkten den Klang eines leninistischen Parteistatuts hatte, so wurde jetzt auch dieser Anschein fallen gelassen. Nach den inzwischen üblich gewordenen Lobhudeleien auf Mao Tsetung, der den Marxismus-Leninismus auf eine völlig neue Stufe gehoben haben soll

wird Lin Biao — dessen Truppen Mao an die Macht geputscht haben — als Nachfolger bestimmt; er ist „der nächste Kampfgefährte des Genossen Mao Tsetung und sein Nachfolger“ (20). Aber nicht genug damit, daß der Vorsitzende und sein Nachfolger im Statut festgelegt werden und damit praktisch nicht mehr wählbar sind, gleichzeitig werden — wie bereits erwähnt — die Mitgliederrechte vollständig gestrichen.

Ebenso werden die Kandidatenzeit und die Kontrollkommissionen abgeschafft; eine Angabe darüber, wie oft das ZK tagt, fehlt ebenfalls. Dafür wird aber in Artikel 9 festgelegt:

„Unter der Leitung des Vorsitzenden, des stellvertretenden Vorsitzenden und des ständigen Ausschusses des Politbüros des Zentralkomitees werden einige erforderliche vereinfachte und leistungsfähige Organe geschaffen, die die laufende Arbeit der Partei, der Regierung und der Armee auf zentralisierte Weise erledigen.“ (21)

Hiermit dürfte das berüchtigte Generalbüro gemeint sein, jene berüchtigte Institution also, in der unter direkter Führung Maos in China fortan alle Machtfragen entschieden und alle Intrigen gesponnen wurden.

In seinem Bericht auf dem IX. Parteitag drohte Lin Biao offen: „Wer in irgendeiner Zeit oder unter irgendeinem Umstand gegen Vorsitzenden Mao, gegen die Mao-Tse-tung-Ideen auftritt, der wird von der ganzen Partei verurteilt und vom ganzen Volk verdammt“ (22).

Damit war jegliche Kritik an Mao praktisch verboten. Das nahm in der Zukunft geradezu groteske Züge an: so bezeichnete Yao Wen-yüan eine Äußerung, wonach sich „in der Sonne selbst (...) dunkle Flecken“ befinden, als „unverholene Schmähung (...) unseres großen Führers“; das „böswillige Monstrum“, das jene Äußerung getan hat, habe sich dadurch entlarvt und demaskiert.

Der Mao-Kult, der nun im Statut verankert war, nahm ungeheure Ausmaße an. Jedem seiner Aussprüche wurde Unfehlbarkeit zugesprochen, auch den banalsten. Allein das Zitieren seiner Worte hatte Beweiskraft. Die Geschichtsklitterung, die bereits mit dem Beschluß des ZK von 1945 die Entwicklung der gesamten Partei auf Mao zuschnitt, erfuhr nun eine noch weitere Steigerung: alles, was Mao getan hatte, war ohne Fehler, alles was seine Gegner einmal gesagt oder getan hatten, falsch und schlecht.

Die sozialökonomische Konzeption der Kulturrevolution

Nun wurde auch das Urteil über den „Großen Sprung“ vollständig revidiert: die große wirtschaftliche Katastrophe wurde in einen Erfolg um-

gemünzt. Wenn Schwierigkeiten aufgetreten waren, so war das ausschließlich auf die Störmanöver der Feinde Maos zurückzuführen:

„Auf der 8. Plenartagung des VIII. ZK um August 1959 trat Peng De-huai auf den Plan, griff in gehässiger Weise die Generallinie der Partei von rechts her an und trat wie vom Wahnsinn besessen gegen den Großen Sprung nach vorn, die Volkskommune und die revolutionäre Massenbewegung auf.“ (23)

Dementsprechend ging man wieder dazu über, das sozialökonomische Konzept der Mao-Gruppe zu praktizieren. Die Bildung von den Ministerien direkt unterstellten Betriebsvereinigungen jeweils einer Branche wurde kritisiert, stattdessen sollten kleinbetrieblich organisierte Mehrzweckbetriebe errichtet werden (24).

Im Zusammenhang damit wurden die Modelle Dadschai (eine landwirtschaftliche Volkskommune) und Datjing (ein Erdölfeld als Musterbetrieb für die Industrie) im ganzen Land propagiert. Dadschai wurde dafür gelobt, daß es landwirtschaftliche Geräte nicht vom Staat kaufte, sondern selber herstellte und reparierte. Man setzte die Schlagworte „dreierlei nicht fordern“ und „dreierlei viel“ in Umlauf, das bedeutete, vom Staat kein Geld, Material und Getreide zu fordern, und dem Staat möglichst viel Getreide zu geben, womit weniger für Nahrung und Verteilung in den Brigaden zurückblieb (25).

Selbst aus den chinesischen Propagandabroschüren geht hervor, mit welchen Entbehrungen das chinesische Volk die hier empfohlene Politik der „Mechanisierung auf eigene Faust“ bezahlen muß. Laut diesen Angaben mußten die Bauern von Dadschai, das 430 Einwohner hat, innerhalb von 10 Jahren insgesamt 250 Tausend Arbeitstage aufwenden, um praktisch mit bloßen Händen die Felder zu terrassieren und Dämme zu bauen. Pro Jahr und Arbeitskraft wären das ungefähr 80 bis 100 Arbeitstage über die normale landwirtschaftliche Tätigkeit hinaus! (26)

Das Erdölfeld Datjing sollte ein Beispiel dafür geben, auch Industriebetriebe in halbnaturalwirtschaftliche Volkskommunen zu verwandeln. In der Broschüre „Datjing — ein rotes Banner an Chinas industrieller Front“ wird über die Arbeiter von Datjing gesagt:

„(...) zerschmetterten sie den Trugschluß des Renegaten, versteckten Kollaborateurs und Arbeiterversäters Liu Schao-tschü, daß die Beschäftigung der Arbeiter von Datjing mit Ackerbau und Nebengewerben der ‚gesellschaftlichen Arbeitsteilung zuwiderläuft‘.“ (27)

Es wird dann auch geschildert, wie die Aufnahme der landwirtschaftlichen Produktion vor sich ging. Demnach zogen ein Mann und vier junge Frauen mit Spaten bewaffnet aus, um Ödland urbar zu machen. Später liehen sie sich einen Holzpflug. Man darf annehmen, daß sie mehr die

Not dazu trieb, sich wegen der schlechten Versorgungslage selber mit Lebensmitteln zu versorgen, als der Aufruf Maos, „auf die eigene Kraft zu vertrauen“.

Wenn so die Arbeiter gezwungen wurden, sich nebenher mit landwirtschaftlicher Produktion zu befassen, hat man das auch noch als „Aufhebung der Unterschiede zwischen Stadt und Land“ ausgegeben. Es muß nicht besonders betont werden, daß **diese** Art der Aufhebung des Unterschieds zwischen Stadt und Land nichts mit dem Marxismus-Leninismus gemein hat. Im Sozialismus kann dieser Unterschied abgebaut werden, indem die Mechanisierung der Landwirtschaft ein immer höher technisches Niveau annimmt und auf dieser Grundlage das Kollektiveigentum allmählich in das einheitliche kommunistische Eigentum des Volkes übergeht (und nicht indem die Industriearbeiter mit einem Holzpflug aufs Feld ziehen müssen).

DIE ENTWICKLUNG NACH DER KULTURREVOLUTION

Das in der Kulturrevolution entstandene Regime war keineswegs stabil. Die Machtkämpfe innerhalb der Führung gingen weiter; sogar der „engste Kampfgefährte des weisen Vorsitzenden, der das große rote Banner der Mao-Tse-tung-Ideen immer am höchsten gehalten hat“, Lin Biao, fiel ihnen zum Opfer. Es ist nicht sonderlich lohnend, zu untersuchen, *welche der verschiedenen Spekulationen über die verschiedenen Hintergründe der Affäre der Wahrheit am nächsten kommt*. Die in der Kampagne gegen Lin Biao und Konfuzius vorgebrachten Argumente tragen jedoch nicht im mindesten dazu bei, den wirklichen Sachverhalt aufzuklären. Es ist eine Tatsache, daß Lin Biao immer ein Parteigänger Maos war; wenn jedoch in einer aufwendigen Kampagne nachzuweisen versucht wird, daß er sich Mao Tsetung schon immer widersetzt habe, so ist das einfach lächerlich und wirft wieder einmal ein bezeichnendes Licht auf die Gepflogenheiten der chinesischen „Linienkämpfe“.

Geradezu ekelregend aber ist die massenverachtende und zynische Manier, mit der das chinesische Volk gezwungen wurde, diese prinzipienlose Beseitigung politischer Gegner in monatelangen „Massenkampagnen“ zu feiern. Die Werktätigen mußten auf Massenversammlungen, die Woche für Woche stattfanden, den jeweils neu entdeckten Inhold verdammen und dem großen Vorsitzenden ewige Treue schwören. Studiengruppen zur Untersuchung der „ideologischen Hintergründe“ und zur „theoretischen Vertiefung“ wurden aus dem Boden gestampft, und die Presse brachte die immer gleichlautenden Meldungen nach dem Motto

„und die Massen jubelten begeistert: Lin Biao und Konfuzius sind aber wirklich große Verbrecher!“

Diese Kampagnen als „unmittelbare Demokratie“ und „direkte Machtausübung des Volkes“ hinzustellen, kann man nur als den Gipfel des Zynismus bezeichnen. Denn über die wirklichen politischen Hintergründe wurde das Volk nicht einmal informiert.

Die Instabilität des Regimes beruhte nicht in erster Linie auf den Machtkämpfen innerhalb der Führung, sondern auf dem Umstand, daß das Konzept Maos auf wachsenden Widerstand stieß. Solange der Kapitalismus noch schwach entwickelt ist, mag das Konzept „viele dezentrale Kleinbetriebe ergeben bei gleichem Kapitaleinsatz mehr Profit als ein entsprechender Großbetrieb“ für die Bourgeoisie durchaus akzeptabel sein. Wenn die Bourgeoisie aber erstarkt ist und den Aufbau einer modernen imperialistischen Großmacht anstrebt, dann ist dieses Konzept für sie nicht mehr tragbar. Daher gewann die gegnerische Fraktion, die sich um Deng Hsiao-ping sammelte, an Einfluß, und Mao sah sich gezwungen, viele in der Kulturrevolution gestürzte Funktionäre rehabilitieren zu lassen.

Hinzu kommt noch der folgende Umstand: Maos Konzept zielte darauf ab, die Bauern als soziale Basis für den Kapitalismus zu gewinnen. Andererseits muß eine Wirtschaftspolitik, die die Bauern dazu auffordert, dem Staat möglichst viel zu geben, aber nichts zu fordern, auf die Dauer Unzufriedenheit hervorrufen. Demgegenüber versprach die Gegenfraktion den Bauern die Modernisierung der Landwirtschaft durch Verstärkung des Außenhandels und Öffnung des chinesischen Marktes für die westlichen Imperialisten. Auch dürfte die von der Mao-Gruppe geschaffene sterile Atmosphäre im Land, die jede Lebensäußerung des Volkes als bürgerlich verdammt, und das Kulturleben in unerträglicher Weise einschränkte, der Deng-Fraktion Auftrieb gegeben haben, die bürgerlich-demokratische Freiheiten versprach. Die Kampagne gegen Deng Hsiao-Ping war der letzte verzweifelte Versuch der Mao-Gruppe, das Steuer noch einmal herumzureißen. Die „Linken“, die diese Kampagne durchführten, ordneten sie selber in die Tradition der Linienkämpfe in China ein. So wird beispielsweise im Zusammenhang mit der Kritik an Deng noch einmal daran erinnert, daß Peng De-huai 1959 „gegen die Generallinie der Partei auftrat und versuchte, den großen Sprung vorwärts und die Volkskommunen zu verneinen.“ (1)

Die „Linken“ charakterisierten das Programm Dengs folgendermaßen: „Die einzige Möglichkeit [die vier Modernisierungen zu vollbringen, Anm. d. Red.] bestünde also darin, ‚aus dem Ausland Technologie und Anlagen einzuführen‘, um die ‚technische Umgestaltung der

Industrie zu beschleunigen und die Arbeitsproduktivität zu steigern'. Diesem Zweck dient die von ihm formulierte ‚großangelegte Politik‘, nach der China ‚langfristige Abkommen mit dem Ausland‘ schließen sollte. Als ‚Bezahlung‘ für ihre Belieferung Chinas mit ‚modernsten und hochqualitativen Anlagen‘ sollten die ausländischen Kapitalisten mineralische Produkte erhalten.“ (2)

Dieses Programm, das heute in China durchgeführt wird, wurde von den „Linken“ als ein Programm des Ausverkaufs Chinas an den Imperialismus gebrandmarkt. Natürlich hatten sie damit nicht unrecht, denn wenn ein armes Land die „Hilfe“ der Imperialisten in Anspruch nimmt, gerät es unweigerlich in deren Abhängigkeit. Sie vergaßen allerdings, daß dies auch die logische Folge der von Mao getragenen Politik war, keine sozialistische Industrialisierung durchzuführen und auf den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie zu verzichten; ab einem bestimmten Punkt mußte diese Politik zwangsläufig zu einer Öffnung Chinas für die Imperialisten führen. So hatte Stalin bereits 1925 betont, daß der Verzicht auf die sozialistische Industrialisierung zum Ausverkauf der Sowjetunion an die Imperialisten geführt hätte:

„Dem Stalinschen Plan der sozialistischen Industrialisierung stellte der Sinowjewmann Sokolnikow einen bürgerlichen Plan entgegen, der unter den Haifischen des Imperialismus im Schwange war. Gemäß diesem Plan sollte die Sowjetunion ein Agrarland bleiben, das hauptsächlich Rohstoffe und Lebensmittel erzeugt, diese ins Ausland ausführt und von dort Maschinen einführt, die es selber nicht erzeugen soll. Wie die Dinge im Jahre 1925 lagen, nahm sich dieser Plan aus wie ein Plan zur ökonomischen Versklavung der Sowjetunion durch das industriell entwickelte Ausland, wie ein Plan der Verewigung der industriellen Rückständigkeit der Sowjetunion zu Nutz und Frommen der imperialistischen Haifische der kapitalistischen Länder.“ (3)

Das Programm Deng Hsiao-pings wurde von den Mao-Anhängern weiterhin wie folgt charakterisiert:

„Nachdem Deng Hsiao-ping wieder zu arbeiten begonnen hatte, führte er ohne Wissen und Billigung des von Vorsitzenden Mao geleiteten Zentralkomitees der Partei bei der wirtschaftlichen Verwaltung der Betriebe wieder das System der ‚direkten und ausschließlichen Kontrolle der Unternehmen durch das jeweils zuständige Ministerium‘ ein. Das bedeutete, daß einige wenige führende Leute in den zuständigen zentralen Ministerien direkt Befehle an Unternehmen in allen Teilen des Landes erteilen und über sie bestimmen konnten. Unternehmen der gleichen Branche wurden so zu einem eigenen System zusammengefaßt, innerhalb dessen diese Leute nach ihrem Ermessen handelten. Es war dies der Weg

der Liquidierung des Kommandos des Zentralkomitees der Partei und der lokalen Parteikomitees über die Wirtschaft (...)“ (4)

Es handelte sich also um das alte Konzept der „Vertikalisierung“ der Wirtschaft, daß schon 1963 von der Liu-Gruppe gegen den Widerstand Maos durchgesetzt und in der Kulturrevolution wieder rückgängig gemacht worden war. Es ist nicht zu leugnen, daß dieses Konzept auf „eine kapitalistische Konzentration der Produktion und auf einen Prozeß der Monopolbildung“ hinauslief, wie die Mao-Anhänger schrieben. (5) — Darauf läuft die Entwicklung der kapitalistischen Produktion schließlich immer hinaus. Die „Linken“ hielten der Politik Dengs Maos anarcho-syndikalistische Konzeption entgegen. Sie führten zunächst ein Zitat aus den „Zehn Großen Beziehungen“ an, wonach es notwendig sei, „die örtlichen Organe unter der einheitlichen Leitung des Zentralkomitees noch mehr unternehmen zu lassen“, und fuhren dann fort:

„Unter dem Vorwand der ‚zentralisierten und einheitlichen‘ Leitung wollte er (Deng) den ‚höheren Behörden übergeben‘, was er ‚Schlüsselunternehmen, die dem ganzen Lande dienen und organisierter Koordination im Landesmaßstab bedürfen‘, nannte. Wäre diese Politik befolgt worden, so hätte eine ‚Übergabe‘ der meisten großen und der mit ihnen zusammenarbeitenden mittelgroßen und kleinen Unternehmen stattgefunden. Unvermeidlich hätte das zum Abwürgen der örtlichen Initiativen und jener der Volksmassen geführt ebenso wie zur Unterminierung des sozialistischen Aufbaus als Ganzes. Was Deng damit bezweckte, das ist völlig klar: Es sollte der vom Vorsitzenden Mao festgelegte Kurs mit allen Mitteln sabotiert, die richtige Beurteilung der Kulturrevolution revidiert, die revisionistische Linie weiter durchgesetzt und der in den Sumpf führende Weg der imperialistischen Trusts beschritten werden (...).

Da die ‚direkte und ausschließliche Kontrolle der Unternehmen durch das jeweils zuständige Ministerium‘ die Balance der Volkswirtschaftszweige mißachtet, zerstört sie auf die Dauer die rationelle Standortverteilung innerhalb der Volkswirtschaft (...)“ (6).

Es wäre interessant, das Geheimnis zu erfahren, wie die lokale Kontrolle über die Wirtschaft im Selbstlauf zu einer „Balance der Volkswirtschaftszweige“ und zu einer „rationalen Standortverteilung innerhalb der Volkswirtschaft“ führen soll. Im übrigen sind diese Ausführungen nichts anderes als das altbekannte Gejammer von Leuten, die den Kapitalismus befürworten, seine gesetzmäßige Entwicklung zum Imperialismus aber aufhalten wollen. Wenn sie auch die Politik Deng Hsiao-pings zu Recht als großkapitalistisch angreifen, so doch nicht vom Standpunkt des Proletariats und des Sozialismus aus. Sie verteidigen die Interessen der Kleinproduzenten, der kleinen und mittleren Unternehmen

gegen die monopolistischen Großkonzerne.

Zwar konnten sich die „Vier“ kurz vor dem Tod Maos noch einmal durchsetzen, da die Deng-Hsiao-ping-Gruppe aufgrund der Macht Maos zu seinen Lebzeiten keinen Putsch wagte. Sofort nach seinem Tod aber riß Deng mit Hilfe des Geheimdienst-Chefs Hua Guo-feng die Macht an sich.

Wir wollen die Politik der Deng/Hua-Clique hier nicht im einzelnen untersuchen; Genosse Enver Hoxha hat die Methoden, mit denen die heutige chinesische Führung China zu einer imperialistischen Supermacht entwickeln will, in seinem Werk „Imperialismus und Revolution“ ausführlich dargelegt. Grundsätzlich handelt es sich um jenen technokratischen Weg, den die Liu/Deng-Gruppe bereits vor der Kulturrevolution einzuschlagen versuchte. Allerdings werden auch von Mao Tse-tung entwickelte Konzepte weiterhin angewendet. So wird in „Peking Rundschau“ 14/79 beispielsweise die Losung „Fabriken betreiben Landwirtschaft“ und das Modell Datjing propagiert. In letzter Zeit hat die chinesische Führung, die derzeit noch bemüht ist, die für sie günstigsten Methoden beim Aufbau des Kapitalismus und Imperialismus herauszufinden, auch großes Interesse für das „Selbstverwaltungsmodell“ der jugoslawischen Revisionisten gezeigt.

Seit dem Machtantritt der Deng/Hua-Clique lassen die chinesischen Revisionisten immer mehr ihre Maske fallen, wird der wahre Charakter ihres Regimes immer offensichtlicher. In jüngster Zeit mußten sie vor der Weltöffentlichkeit zugeben, daß es auch in China Arbeitslosigkeit, besonders unter der Jugend, gibt und die Lebenshaltungskosten laufend steigen. Aber nicht erst in den letzten Jahren hat der Kapitalismus mit all seinen Übeln seine Herrschaft angetreten. Über einzelne sozialistische Maßnahmen kam der Aufbau des Sozialismus nie hinaus, die Diktatur des Proletariats hat in China nie existiert.

Wenn auch Mao Tse-tung es besser verstand, sich mit „revolutionären“ Phrasen zu tarnen, so war auch er nichts anderes als ein Feind der Arbeiterklasse und des Sozialismus. Die Linienkämpfe in der KP Chinas waren Kämpfe verschiedener Fraktionen der Bourgeoisie; ihre Auseinandersetzungen gingen um Meinungsverschiedenheiten über unterschiedliche Methoden beim Aufbau des Kapitalismus. Die Klasseninteressen des Proletariats werden von keiner dieser Fraktionen vertreten.

Mit der weiteren Entwicklung des Kapitalismus werden sich auch in China die Klassengegensätze unvermeidlich verschärfen. Dem chinesischen Proletariat bleibt kein anderer Weg, als im revolutionären Klassenkampf die Macht zu ergreifen und seine Diktatur zu errichten.

ANMERKUNGEN

30 Jahre Volksrepublik China — 30 Jahre Lüge und Betrug

- (1) Die Mao-Tse-tung-Ideen widersprechen dem Marxismus-Leninismus, Resolution, verabschiedet vom IV. Parteitag der KPD/ML, in: Der Weg der Partei 1/79, Verlag Roter Morgen GmbH, S. 95

Die „Neue Demokratie“

- (1) Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens, Tirana 1971, S. 296
(2) Georgi Dimitroff, Ausgewählte Schriften in drei Bänden, Dietz-Verlag Berlin, 1958, Band 3, S. 598: V. Parteitag der Bulgarischen Arbeiterpartei
(3) Georgi Dimitroff, ebenda, S. 596 f.
(4) Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke, Peking 1968, Bd. 2, S. 521 und 418
(5) Mao Tse-tung, Bd. 2, S. 408
(6) Mao Tse-tung, Bd. 3, S. 273
(7) Mao Tse-tung, Bd. 2, S. 408
(8) Mao Tse-tung, Bd. 4, S. 449
(9) Mao Tse-tung, Bd. 3, S. 271
(10) ebenda, S. 299
(11) Mao Tse-tung, Bd. 4, S. 447
(12) 30 Jahre — Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas, von Hu Tschiau-mu, Dietz-Verlag, Berlin 1954, S. 90
(13) ebenda, S. 92
(14) Mao Tse-tung, Bd. 5, S. 124 f.
(15) Mao Tse-tung, Vier philosophische Monographien, Peking 1968, S. 92
(16) ebenda, S. 125 ff.
(17) Peking Rundschau Nr. 27, 1978, S. 12
(18) ebenda, S. 11

Zur Politik der KP Chinas vor 1949

Die bolschewistische Partei — eine unerläßliche Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus

- (1) Hu Tschiau-mu, a.a.O., S. 14 f.
(2) Stalin, Gesammelte Werke, Bd. 8, Über die Perspektiven der Revolution in China, insbesondere S. 332 f.
(3) Hu Tschiau-mu, a.a.O., S. 21
(4) Angabe bei Vjatskij, Die „Kulturrevolution“ und die Arbeiterklasse in China, in: Moskau contra Mao, Droste-Verlag, Düsseldorf 1971, S. 80

- (5) Stalin, Werke, Bd. 8, S. 319-334
- (6) Angabe bei Edgar Snow, Roter Stern über China, Fischer Taschenbuch-Verlag, Ffm. 1974, S. 427
- (7) Ernst Thälmann, Reden und Aufsätze 1930-1933, Köln 1975, Bd. 1, S. 220
- (8) Mao Tse-tung, Bd. 1, S. 32
- (9) Mao Tse-tung, Bd. 2, S. 428
- (10) Vjatskij, siehe Anmerkung (4)
- (11) Mao Tse-tung, Bd. 3, S. 189
- (12) ebenda, S. 71
- (13) Zur Stalinfrage, in: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, S. 137
- (14) Mao Tse-tung, Band 3, S. 279
- (15) Mao Tse-tung, Band 1, S. 197
- (16) Mao Tse-tung, Band 4, S. 213
- (17) Stalin, Werke, Band 10, S. 17
- (18) ebenda
- (19) Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente Band 1, Peking 1956, S. 189
- (20) Statut der Kommunistischen Partei Chinas, Peking 1969, S. 25 f

Die Entwicklung der Industrie von 1949 - 1957

- (1) Zahlenangaben nach Peking Rundschau 49/1977, S. 8
- (2) Nach Angaben in: Die VR China, Ostberlin 1972, Übersetzung aus dem Russischen, S. 74 und S. 83 f lieferte der staatliche Sektor bereits unmittelbar nach seiner Gründung 48 Prozent der Maschinenbauerzeugnisse, 49 Prozent der Produktion von Baumwollgarn, 58 Prozent der Elektroenergie, 68 Prozent der Kohle- und Zementproduktion, 92 Prozent des Roheisens und 97 Prozent der Stahlproduktion des Landes.

Der privatkapitalistische Sektor der nationalen Bourgeoisie, der nicht enteignet wurde, beschäftigte 1949 18 Prozent aller Werktätigen in Industrie und Handwerk (1815 000 Menschen) und lieferte 28 Prozent der Kohleproduktion, 36 Prozent der Elektroenergie, 47 Prozent des Baumwollgarns, 50 Prozent des Maschinenbaus, 59 Prozent der Sodaproduktion, 79 Prozent des Mehls, 80 Prozent der Zigaretten und 81 Prozent der Streichhölzer. Damit hatte der privatkapitalistische Sektor zwar eine gewisse Bedeutung innerhalb der industriellen Produktion; seine Bruttoproduktion nahm bis 1953 sogar um 93 Prozent zu, wobei in diesem Sektor 2 231 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren. Die größten und bestausgerüsteten Werke und Fabriken aber gehörten zum staatlichen Sektor. 88 Prozent der privatkapitalistischen Betriebe waren Kleinbetriebe, die nicht oder nur wenig über 10 Personen beschäftigten; sie produzierten zudem größtenteils Konsumtionsmittel, ihr Anteil an der Produktion von Produktionsmitteln betrug lediglich 25 Prozent.

- (3) Peking Rundschau 49/1977, S. 8
- (4) Peking Rundschau 52/1977, S. 10 f
- (5) ebenda, S. 12
- (6) Stalin, Werke Band 7, S. 316
- (7) Peking Rundschau 52/1977, S. 11
- (8) ebenda
- (9) Tschou En-lai sagt auf dem VIII. Parteitag der KP Chinas: „Von den mehreren 10000 Kapitalisten und höheren Angestellten in den gemischt staatlich-privaten Betrieben hat der größte Teil einige Erfahrungen in der Produktionstechnik oder in der Geschäftsführung und in der Verwaltungsarbeit. Manche haben sogar verhältnismäßig hohe Produktionstechnik und sehr viel Geschäftsführungs- und Verwaltungserfahrungen. Ihre Fähigkeiten auf dem Gebiet der Produktionstechnik und ihre brauchbaren Geschäftsführungs- und Verwaltungserfahrungen müssen wir unbedingt voll und ganz ausnutzen.“ (in: Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas, Dokumente, Band I, S. 298)
- Das weist darauf hin, daß die Zahl der Kapitalisten, die nun leitende Stellen in der chinesischen Wirtschaft bekamen, keineswegs unbedeutend war.
- (10) Peking Rundschau 1/1977 S. 16 f
- (11) Jiri Kosta, Jan Meyer: Volksrepublik China, Frankfurt 1976, S. 129

Der Charakter des staatlichen Sektors der Industrie

- (1) Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Peking 1972, S. 46 f
- (2) Jiri Kosta, Jan Meyer: Volksrepublik China, S. 32
- (3) Peking Rundschau 1/1977, S. 11
- (4) Der VIII. Parteitag der KP Chinas, Dokumente, Band I, S. 218
- (5) Das erste Vierteljahrhundert des neuen China, Peking 1975, S. 32
- (6) ebenda, S. 16

Die Entwicklung in der Landwirtschaft (1949 - 1956)

- (1) Politische Ökonomie (Lehrbuch), Berlin 1971, Band 2, S. 671
- (2) Genau genommen handelt es sich hier um die „asiatische Produktionsweise“, die sich in einigen Merkmalen von der europäischen Form des Feudalismus unterscheidet. Vor allem besteht eine besondere Form der Abhängigkeit der Bauern gegenüber dem Staat, die sich darauf gründet, daß der Staat die für den Reisanbau wichtigen Bewässerungsanlagen kontrolliert. Da diese Abhängigkeit nicht grundsätzlich an das Privateigentum an Boden gebunden ist, kam es zu der Erscheinung, daß die Ausbeutung vollzogen wurde bei gemeinschaftlichen Formen des Eigentums an Boden.
- (3) zitiert in Kosta/Meyer: Volksrepublik China, S. 20

- (4) Der VIII. Parteitag..., a.a.O., S. 25 f
- (5) Lenin, Werke Band 32, S. 219
- (6) ebenda, S. 481
- (7) Stalin, Über die rechte Abweichung in der KPdSU(B), Werke Band 12, S. 44
- (8) ebenda
- (9) Peking Rundschau 1/1977 S. 15 f
- (10) Geschichte der KPdSU(B) — Kurzer Lehrgang, S. 377 f, 382
- (11) Der VIII. Parteitag..., a.a.O., S. 26
- (12) ebenda, siehe auch: Die VR China, a.a.O., S. 26
- (13) Kosta/Meyer, Volksrepublik China, S. 37
Der VIII. Parteitag... a.a.O., S. 26
- (14) Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas, Peking, 1974, S. 13
- (15) Kosta/Meyer, Die Volksrepublik China, S. 43
- (16) Mao Tse-tung, Werke Band 5, S. 224 f
- (17) Kosta/Meyer, Die Volksrepublik China, S. 43
- (18) Der VIII. Parteitag..., a.a.O., S. 29
- (19) In einer Volkskommune, Peking 1975, S. 112 f
- (20) Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas, a.a.O., S. 12
- (21) vgl. auch: Die VR China, a.a.O., S. 92
- (22) vgl. Max Biehl, Die chinesische Volkskommune im „Großen Sprung“ und danach, Hamburg, 1965, S. 16
- (23) Peking Rundschau 52/1977, S. 8 f
- (24) Stalin, Ökonomische Probleme..., a.a.O., S. 106 f
- (25) Dschang Tschun-tjiao, Zur allseitigen Diktatur über die Bourgeoisie, Peking 1975, S. 5
- (26) ebenda, S. 7

Mao Tse-tung über den chinesischen „Sozialismus“

- (1) Der Glanz der Kulturrevolution ist unauslöschlich, Nachdruck in: Nieder mit der Deng-Hsiao-ping-Bande!, Dortmund 1976, S. 24
- (2) Lenin, Staat und Revolution, Band 25, S. 485
- (3) ebenda, S. 486
- (4) ebenda, S. 484
- (5) angeführt in: Vjatskij, Die „Kulturrevolution“ und die Arbeiterklasse in China, in: Moskau contra Mao, a.a.O., S. 87
- (6) Datjing — ein rotes Banner an Chinas industrieller Front, Peking 1972, S. 64
- (7) Stalin, Ökonomische Probleme..., a.a.O., S. 21
- (8) ebenda, S. 22
- (9) ebenda, S. 26
- (10) ebenda, S. 102 ff
- (11) vgl. hierzu: Peking Rundschau Nr. 14/1979, S. 14 ff: Das Wertgesetz richtig anwenden; weitere Aufsätze zum Thema in der deutschen Übersetzung in: Kommunismus und Klassenkampf, 5/79, S. 28: Die Nutzung des

Wertgesetzes im Dienste des Sozialismus, S. 31: Entschlossen und bewußt sich für den sozialistischen Profit einsetzen, S. 37: Das Wertgesetz spielt eine regulierende Rolle bei der Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit und der Produktion im Sozialismus

Die Volkskommunen und der „Große Sprung nach vorn“ (1958 - 1960)

- (1) Das erste Vierteljahrhundert des neuen China, a.a.O., S. 31 f
- (2) Kurzer Abriß der Wirtschaft Chinas, a.a.O., S. 22
- (3) Kosta/Meyer, Volksrepublik China, a.a.O., S. 126 f
- (4) ebenda
- (5) Biehl, Die chinesische Volkskommune im „Großen Sprung“ und danach, a.a.O., S. 199, unter Berufung auf: Hsüeh si, Peking, 1958, Nr. 3
- (6) Zahlenangaben finden sich in: Dokumente der sechsten Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Peking 1959, S. 5: Schätzungsweise wird der Gesamtwert der Industrie- und Agrarproduktion im Jahre 1958 gegenüber 1957 um 70 Prozent ansteigen, während das Wachstum der Produktion im Jahre 1957 im Verhältnis zu 1952 nur 68 Prozent ausmachte.

Im einzelnen werden folgende Zahlen genannt:

Produkt	1957	1958
Stahl	5,35 Mill. t	11 Mill. t
Kohle	130 Mill. t	270 Mill. t
Werkzeugmaschinen	28 000 Stück	90 000 Stück
Getreide	185 Mill. t	375 Mill. t
Baumwolle	1,64 Mill. t.	3,35 Mill. t

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß in diesen Zahlen auch, wie bei Stahl, unbrauchbare Produkte enthalten sind, und, wie bei Getreide, die Zahl einfach zu hoch geschätzt war.

Tschou En-lai, Reden und Schriften 1949-1976, Köln 1976, Bericht über die Berichtigungen der hauptsächlichen Planziele des Volkswirtschaftsplans 1959 und die weitere Entfaltung der Bewegung zur Erhöhung der Produktion und zur Sparsamkeit, S. 132. Er nennt für das erste Halbjahr 1959 folgende Wachstumsraten gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres: Gesamte Industrieproduktion: 65 Prozent, Eisen (aus moderner Produktion): 160 Prozent; Stahl (aus moderner Produktion): 66 Prozent; Kohle: mehr als 100 Prozent.

- (7) Tschou En-lai, Reden und Schriften, a.a.O., S. 134
- (8) Dokumente der 6. Plenartagung des VIII. ZK, a.a.O., S. 39
- (9) Tschou En-lai, Reden und Schriften, a.a.O., S. 140
- (10) Zahlenangaben vgl.: Tschou En-lai, ebenda, S. 140; Dokumente des 6. Ple-

nums des VIII. ZK, S. 5; Kosta/Meyer, Volksrepublik China, a.a.O., S. 291; Dokumente der 8. Plenartagung des VIII. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, Peking, 1959, S. 4, S. 18

(11) Die VR China, a.a.O., S. 115

(12) zitiert bei Biehl, Die chinesische Volkskommune..., a.a.O., S. 200

(13) abgedruckt bei: Knoll, China — Revolution plus Produktion, Gießen 1975, S. 111

(14) Die Dokumente der zweiten Plenartagung des VIII. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas, Peking 1958, S. 62

(15) Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Dietz Verlag Berlin, S. 481

(16) Lenin, Band 32, S. 249 f

(17) ebenda

(18) MEW, Band 4, S. 562

(19) In den chinesischen Propagandabroschüren findet man immer wieder Beispiele wie folgendes (In einer Volkskommune, S. 62): Der staatliche Plan fordert die Produktion von Baumwolle, für die Kommune (die sich ja „auf die eigenen Kräfte stützen“ soll) wäre jedoch die Produktion von Getreide vorrangig, da sie bisher Getreide kaufen mußte. Dieser Widerspruch wird dann durch „ideologische Überzeugungsarbeit“ gelöst; solche Widersprüche werden in derartigen Broschüren immer wieder geschildert und immer wieder auf demselben Wege gelöst. Es liegt indessen auf der Hand, daß sie in der sozialökonomischen Struktur dieser „Volkskommunen als Grundeinheiten der Gesellschaft“ wurzeln. Auch kamen in den Volkskommunen anscheinend immer wieder Tendenzen zum primitiven „Verteilerkommunismus“ auf. So findet man in den Propagandabroschüren Passagen wie folgende:

„Bei der Behandlung der Beziehungen zwischen kollektiver Akkumulation und Verteilung an die Kommunemitglieder gilt bei uns das Prinzip, die sozialistische Kollektivwirtschaft ständig auszuweiten. In den Beziehungen zwischen Akkumulation und Verteilung geht es nicht lediglich darum, wieviel gespart und wieviel ausgegeben werden soll. Die Frage dabei ist, ob der sozialistischen Landwirtschaft eine erweiterte Reproduktion gesichert werden soll oder nicht; ob sich die sozialistische Kollektivwirtschaft entwickeln und verstärken soll; und ob der kommunistische Stil der Liebe zum Kollektiv und zum Staat entfaltet werden soll. **Wir kirtisieren Tendenzen, die darauf abzielen, alles zu verteilen und aufzuessen.**“ (Guo Feng-liän, im Anhang zu Hua Guo-feng, Die ganze Partei mobilisieren..., S. 51; Hervorhebung von uns) Solche Tendenzen müssen in einer Wirtschaft, die im wesentlichen auf weitgehend unabhängigen landwirtschaftlichen Kollektiven beruht, wohl zwangsläufig aufkommen — da helfen auch alle Propagandasprüche nichts.

(20) Kosta/Meyer, Volksrepublik China, a.a.O., S. 141

(21) ebenda, S. 131

(22) Lenin, Band 32, S. 252

(23) Angeführt bei: Kosta/Meyer, a.a.O., S. 134

(24) Renmin Ribao vom 6.8. 1958, zitiert bei: Bauer, China — vom Ende des Kaiserreichs zur neuen Weltmacht

- (25) Renmin Ribao vom 10.9. 1958, zitiert bei: Fahrle, Schöttler, Chinas Weg — Marxismus oder Maoismus, Frankfurt 1969, S. 75
- (26) Lenin, Band 29, S. 417
- (27) Bezeichnend für Maos Vorstellung vom Kommunismus ist auch ein Ausspruch von ihm, der kurz vor seinem Tod im ganzen Land propagiert wurde: „Wird in 100 Jahren Revolution nötig sein? Wird auch noch in tausend Jahren Revolution nötig sein? Revolution ist immer notwendig. Ein Teil der Menschen wird sich immer unterdrückt fühlen; kleine Beamte, Studenten, Arbeiter, Bauern und Soldaten wollen nicht von großen Tieren unterdrückt werden. Darum wollen sie Revolution. Sollten in 10000 Jahren keine Widersprüche mehr zu sehen sein? Wieso nicht? Immer noch werden welche zu sehen sein.“ (Quelle: Der Glanz der Kulturrevolution ist unauslöschlich, a.a.O.) Natürlich gibt es in 10000 Jahren noch Widersprüche, aber eben keine Klassenwidersprüche und schon gar keine „kleinen Beamten“ und „großen Tiere“ mehr, von den Soldaten einmal ganz abgesehen. Mao ersetzt den marxistisch-leninistischen Begriff des Kommunismus durch einen historischen Fatalismus, wonach sich in der Geschichte im Grunde genommen alles ständig wiederholt und die Menschheit in 10000 Jahren noch vor den gleichen Problemen steht wie heute.
- (28) Dokumente der 6. Plenartagung, a.a.O., S. 26, vgl. auch Biehl, a.a.O., S. 43
- (29) Mao intern, München, 1974, S. 129 ff
- (30) Dokumente der 8. Plenartagung, a.a.O.,
- (31) ebenda, S. 15, S. 4 f
- (32) ebenda, S. 12 f

Die Periode nach dem „Großen Sprung“ (1961 - 1965)

- (1) zitiert bei Kosta/Meyer, a.a.O., S. 166
- (2) ebenda, S. 291
- (3) vgl. Edgar Snow, Die lange Revolution, Stuttgart 1973, S. 181
- (4) Kosta/Meyer, a.a.O., S. 291
- (5) vgl. Edgar Snow, a.a.O., S. 180
- (6) vgl. zur Reorganisierung der Volkskommunen: Die VR China, a.a.O., S. 124 f; Kosta/Meyer, a.a.O., S. 140; Knoll, a.a.O., S. 35; Biehl, a.a.O., S. 65 f
- (7) vgl. Kosta/Meyer, a.a.O., S. 175, 292
- (8) vgl. Die VR China, a.a.O., S. 123; Knoll, a.a.O., S. 35
- (9) vgl. Die VR China, a.a.O., S. 125; Kosta/Meyer, a.a.O., S. 187
- (10) angef. bei Kosta/Meyer, Volksrepublik China, S. 164
- (11) angef. ebenda, S. 185
- (12) angef. ebenda, S. 165
- (13) Kommunismus und Klassenkampf, 5/1979, S. 31 ff
- (14) vgl. Kosta/Meyer, a.a.O., S. 169; ebenso: Die VR China, S. 124
- (15) vgl. Die VR China, S. 127

- (16) ebenda, S. 135
- (17) angef. bei Kosta/Meyer, Volksrepublik China, S. 177
- (18) ebenda, S. 174
- (19) ebenda, S. 175
- (20) Peking Rundschau 1/1977, S. 10

Die Kulturrevolution

- (1) vgl. hierzu: Leys, Maos neue Kleider, Frz Originalausgabe Paris 1971, deutsch: München 1971, S. 63 ff; Domes, Kulturrevolution und Armee, Bonn 1967, S. 94; Adrian Hsia, Die chinesische Kulturrevolution, Neuwied 1971, S. 231
- (2) vgl. Mao-Chronik, München 1976, S. 197
- (3) ebenda
- (4) Lin Biao, Wichtige Dokumente der Großen Proletarischen Kulturrevolution, S. 313 f
- (5) ebenda, S. 316
- (6) vgl. Fahrle, Schöttler, Chinas Weg... a.a.O., S. 144; Die VR China, S. 137
- (7) Peking Rundschau 39/1966, S. 26
- (8) Mao Papers, deutsch: München 1972, S. 57
- (9) ebenda, S. 71, vgl. auch Domes, a.a.O., S. 46; Mao Chronik, a.a.O., S. 204
- (10) vgl. Mao Chronik, S. 205
- (11) vgl. Mao-Intern, S. 165 - 192, Mao-Chronik, S. 214 f
- (12) Genosse Enver Hoxha berichtet in seinem Werk „Imperialismus und Revolution“ auf S. 453, daß die albanischen Genossen in China „mit eigenen Augen die Arbeiter der Fabriken gegen die Jugendlichen kämpfen“ sahen. Vgl. im übrigen Die VR China, a.a.O., S. 138
- (13) Peking Rundschau 4/1967, abgedruckt in: Die Januar-Revolution von Schanghai, Westberlin 1972, S. 70 ff
- (14) Yao Wen-jün, Kommentar zu den zwei Büchern von Tao Dschu, Peking 1968, S. 18 f
- (15) Lenin, Band 32, S. 11
- (16) zitiert bei: Fahrle/Schöttler, Chinas Weg..., a.a.O., S. 162
- (17) ebenda
- (18) Dokumente des IX. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas, S. 151
- (19) Angabe bei Leys, a.a.O., S. 234
- (20) Dokumente des IX. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas, S. 127
- (21) ebenda, S. 139
- (22) ebenda, S. 79
- (23) in: Die Januarrevolution von Schanghai, a.a.O., S. 68
- (24) vgl. Kosta/Meyer, Volksrepublik China, S. 215
- (25) vgl. Die VR China, S. 135
- (26) nach: Dadschai — Vorbild für die Landwirtschaft in China, Peking 1972, S. 2 und S. 14

(27) Datjing, a.a.O., S. 18

Die Entwicklung nach der Kulturrevolution

- (1) in: Nieder mit der Deng-Hsiao-ping-Bande, a.a.O., S. 68
- (2) ebenda, S. 142 f
- (3) Geschichte der KPdSU(B) — Kurzer Lehrgang, Kapitel IX.5.
- (4) in: Nieder mit der Deng-Hsiao-ping-Bande, a.a.O., S. 136
- (5) ebenda, S. 138
- (6) ebenda, S. 137